# **Grosser Gemeinderat Winterthur**

Protokoll der **4. und 5. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2017/2018 vom 26. Juni 2017

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.00 Uhr

Vorsitz: F. Landolt (SP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: M. Gubler (SVP), D. Hofstetter (Grüne), B. Zäch (SP): 4./5. Sitzung

Ch. Magnusson (FDP), F. Albanese (SVP), Ch. Baumann (SP): 4. Sit-

zung

### **Traktanden**

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokolle der 20./21. Sitzung des Amtsjahres 16/17 und der 1., 2./3. Sitzungen des Amtsjahres 17/18	
2.*	17.76	Wahl eines Mitgliedes in die Sozialhilfebehörde anstelle des zurückgetretenen T. Brütsch (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018	S. Stierli
3.*	17.77	Wahl eines Mitgliedes in die Sozialhilfebehörde anstelle der zurückgetretenen C. Bremi Bischof (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018	S. Stierli
4.	17.78	Wahl von zwei Mitgliedern in den Vorstand des Vereins «House of Winterthur»	S. Stierli
5.*	17.81	Wahl eines Mitgliedes in die Kunstkommission anstelle der zurücktretenden B. Baltensperger (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018	S. Stierli
6.*	17.46 (DFI)	Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes 2016	Verschiedene Referent/innen
7.*	17.80	Tätigkeitsbericht 2016 der Finanzkontrolle	M. Gross
8.*	17.72	Jahresbericht 2016 der Ombudsstelle	I. Kuster
9.*	17.61	Tätigkeitsbericht 2016 des Datenschutzbeauftragten	I. Kuster

10.*	17.79 (DFI)	Investitionskredit von Fr. 576'000 für die Übernahme des Scanning Provider-Auftrags des Kantons Solothurn durch das Steueramt Winterthur	
11.	17.33 (DSS)	Kredit von Fr. 4'643'800 für die Erweiterung der Schulanlage Laubegg im Quartier Dättnau (Projekt-Nr. 12080)	
12.	16.129 (DKD)	Kenntnisnahme des Schlussberichts zum Projekt «Fokus», Zusammenführung der Verwaltung im Gebäudekomplex Superblock auf dem Sulzerareal Stadtmitte	
13.	17.3 (DSU)	Kredit von Fr. 850'000 für das Projekt «Mobile Workforce Management», Projekt-Nr. 20634 und 20684	
14.	17.32 (DB)	Kredit von Fr. 770'000 für das Projekt SBB - Hauptbahnhof Nord, Verbreiterung Bahnfussweg, Projekt-Nr. 11375	
15.	16.100 (DSU)	Erlass einer Verordnung über Energie-Contracting M. Nater	
16.	17.47 (DSU)	Zusatzkredit über Fr. 2.5 Mio. zum Kredit von Fr. 19.59 Mio. für die Umnutzung der Liegenschaft Schöntal, Untere Schöntalstr. 12, von einem Werkhof zu einem gemischt genutzten Technik- und Bürogebäude	
17.	17.73 (DSU)	Nachtragskredit von Fr. 661'000 für die Stadtpolizei Winterthur  U. Glättli	
18.	12.86 (DB)	Antrag und Bericht zur Motion B. Meier (GLP), F. Landolt (SP), J. Altwegg (Grüne), L. Banholzer (EVP) und D. Schneider (FDP) betr. schnellere energetische Erneuerung der Gebäude	
19.	16.93 (DKD)	Begründung des Postulats M. Zeugin (GLP) und M. Wäckerlin (PP) betr. gute Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in Winterthur	
20.	16.121 (DKD)	Begründung des Postulats I. Kuster (CVP), U. Hofer (FDP) und P. Rütsche (SVP) betr. Beteiligungscontrolling	
21.	16.89 (DKD)	Beantwortung der Interpellation A. Steiner (GLP) und M. Wäckerlin (PP) betr. Zukunft von Winterthur als Industriestadt - ohne Industrieland auch keine Industrie 4.0	
22.	16.87 (DKD)	Beantwortung der Interpellation M. Zeugin (GLP) und M. Wäckerlin (PP) betr. Standortbestimmung bei der Beteiligung an der Winterthurer Technopark AG	
		(* An dieser Sitzung behandelte Geschäfte)	

# Bürgerrechtsgeschäfte

- 1. B16/022 GOVORI Smajl, geb. 1960, mit Kind Marigona, geb. 2000, kosovarische Staatsangehörige
- 2. B16/030 TETIKASAR geb. KANSIZ Zühal, geb. 1963, türkische Staatsangehörige
- 3. B16/060 KUBASIK geb. YAGICIBULUT Fatma, geb. 1975, mit Kindern Arda, geb. 2005, und Araz, geb. 2007, türkische Staatsangehörige

4.	B16/068	VRBAN Mijo, geb. 1965, kroatischer Staatsangehöriger
5.	B16/070	KELMENDI Arbnora, geb. 1977, mit Kind JUNIKU Ensar, geb. 2016, kosovarische Staatsangehörige
6.	B16/097	SENCHEREY Peter Nana Kofi, geb. 1962, mit Kindern Petra Nana, geb. 2004, Kenneth Nana Yaw, geb. 2006, und Melissa Nana, geb. 2010, ghanaische Staatsangehörige
7.	B16/118	SHILLOVA geb. BUZOKU Valentina, geb. 1989, kosovarische Staatsangehörige
8.	B16/128	JUEN geb. SOKÓL Jolanta, geb. 1963, und Ehemann JUEN Hermann, geb. 1945, österreichische Staatsangehörige
9.	B16/130	MAYE MOHAMED Ruchia, geb. 1964, somalische Staatsangehörige
10.	B16/131	PAUNOVIC Danijela, geb. 1988, serbische Staatsangehörige
11.	B16/132	SENKAL Murat, geb. 1974, türkischer Staatsangehöriger
12.	B16/135	WENDEL Jörg, geb. 1970, und Ehefrau WENDEL geb. KRUFT Bettina, geb. 1970, mit Kindern Jakob Maximilian, geb. 2000, und Rebekka Luisa, geb. 2006, deutsche Staatsangehörige
13.	B16/136	WURST Annalotte, geb. 1963, deutsche Staatsangehörige
14.	B16/137	BYTYQI geb. SHALA Safije, geb. 1982, mit Kindern Jonida, geb. 2007, und Elson, geb. 2009, kosovarische Staatsangehörige
15.	B16/138	CALIEBE Alexander, geb. 1978, deutscher Staatsangehöriger
16.	B16/139	FERRO geb. MERMELSTEIN Lorena Regina, geb. 1974, argentinische Staatsangehörige
17.	B16/140	FUSCO Antonio, geb. 1964, italienischer Staatsangehöriger
18.	B16/142	GUNTERMANN Axel Peter Hermann, geb. 1966, deutscher Staatsangehöriger
19.	B16/143	LESCHKE Wolfram Bernhard, geb. 1953, deutscher Staatsangehöriger
20.	B16/144	NEJI Okba, geb. 1969, mit Kindern Malhek, geb. 2005, und Zied, geb. 2007, tunesische Staatsangehörige
21.	B16/145	PATZKE Marc, geb. 1968, und Ehefrau PATZKE geb. WICHMANN Jessica, geb. 1975, mit Kindern Amelia, geb. 2012, und Celia, geb. 2014, deutsche Staatsangehörige
22.	B16/146	PINHEIRO REGO Basílio António, geb. 1978, mit Kind GOMES REGO Gonçalo Basílio, geb. 2006, portugiesische Staatsangehörige
23.	B16/147	RODRIGUEZ VALER Raymar Jesus, geb. 1972, und Ehefrau RODRIGUEZ CARBALLOSA Idalmis, geb. 1974, mit Kind RODRIGUEZ RODRIGUEZ Lia, geb. 2001, kubanische Staatsangehörige
24.	B16/148	SCHICHT Olivier Olaf, geb. 1970, deutscher Staatsangehöriger
25.	B16/150	SEKER Erdal, geb. 1969, türkischer Staatsangehöriger

26. B17/007 NZULI Ngui Kioko, geb. 1971, mit Kindern Happiness Zawadi, geb. 2008, Joy Wanjiru, geb. 2010, und Blessing Mumbe, geb. 2016, kenianische Staatsangehörige

27. B17/017 SPASOVSKA geb. TRAJKOVSKA Vesna, geb. 1966, mazedonische Staatsangehörige

## Mitteilungen

Ratspräsident F. Landolt: Begrüsst zur 4. und 5. Sitzung der Legislatur des Amtsjahres 2017/18 des Grossen Gemeinderates von Winterthur.

Abwesenheiten: Ich muss melden, dass Matthias Gubler für beide Sitzungen nicht hier ist, Benedikt Zäch ebenfalls für beide Sitzungen und Doris Hofstetter hat sich krankgemeldet. Christoph Magnusson, Christoph Baumann und Franco Albanese kommen nicht zur Nachmittagssitzung, sie sind erst bei der Abendsitzung anwesend.

Von der Ratsleitung muss ich noch mitteilen, dass für das Departement Technische Betriebe für die beiden heutigen und die Sitzungen nächste Woche die bisherigen Zuständigkeiten in diesem Übergangsjahr beibehalten werden, d.h. Stadträtin Barbara Günthard-Maier ist für Stadtwerk verantwortlich, Josef Lisibach für Stadtgrün und Stefan Fritschi für Stadtbus.

# Fraktionserklärungen

Ratspräsident F. Landolt: Wir kommen zur Fraktionserklärung der SP, Silvio Stierli bitte.

S. Stierli (SP): Am 23. Juni hat der Stadtrat in einer Medienmitteilung mitgeteilt, dass er den Handballverein Pfadi Winterthur mit Fr. 100'000 unterstützt, verteilt über die nächsten Jahre. Es ist festzuhalten für die, die jetzt schon die Messer wetzen: Handball ist ein wichtiger Sport und Pfadi Winterthur verdient Anerkennung für seine Nachwuchsförderung, Um das geht es nicht, das ist nicht der Punkt. Aber der finanzielle Entscheid des Stadtrates steht angesichts der Balance-Massnahmen quer in der Landschaft. Der Landbote titelte dazu zu Recht: «Der Stadtrat sündigt für Pfadi». Da muss man sich wirklich fragen, da einzelne Mitglieder des Stadtrates dem Verein sehr nahe sind (und auch andere bürgerliche Politikers), ob da wirklich die notwendige Objektivität vorhanden gewesen ist oder nicht. Der Entscheid schafft erstens einmal ein gefährliches Präjudiz. Viele andere Vereine sind auch sehr wertvoll für Winterthur und machen auch eine gute Nachwuchsförderung. Diese Vereine und Sportorganisationen werden zu Recht die Stadt auf die ungleiche Behandlung anprangern. Meine Frage wäre, ob dann diese, wenn sie wie Pfadi ihre Finanzen nicht im Griff haben, auf einen Konkurs zusteuern und auch Probleme haben, ob die Stadt dann bei finanziellen Problemen und bei Missmanagement auch helfen würde. Zweitens: Wie ordnet der Stadtrat diesen Pfadi-Entscheid in die Finanzpolitik und insbesondere ins laufende Sanierungsprogramm Balance ein? Die Bevölkerung von Winterthur spürt diese Sanierungsmassnahmen. Ich muss es nicht aufzählen, Ihr kennt das: Abgeschraubte Bänkli, Abbau von Verkehrslotsen, Verzicht auf den Beitrag an die Voliere, Gebührenerhöhungen, Steuererhöhungen... Wie erklärt der Stadtrat den Leuten seinen Entscheid, dass gerade Pfadi da so grosszügig unterstützt wird? Drittens fällt es auf, dass zwei Stadträte in diesem Verein «Pro Pfadi Handball» Mitglied sind: Josef Lisibach und Barbara Günthard-Maier. Gemäss den Statuten des Vereines erhalten die Mitglieder zahlreiche Vergünstigungen (2 Gratis-Saisonkarten, gratis Lunch, VIP-Behandlung). Es ist natürlich begrüssenswert, wenn Stadträte einen Sportverein privat unterstützen. Aber gerade wenn man eine solche Nähe hat, sind Entscheide besonders heikel. Ich glaube, da wäre eine neutrale Sicht von aussen wichtig gewesen. Wir hätten es begrüsst, wenn der Stadtrat vor der Entscheidung die zuständige Kommission von uns, die BSKK, einbezogen hätte. Für mich stellt sich dann auch ein bisschen die Frage, wenn man das so anschaut, ob diese beiden Stadtratsmitglieder bei der Beratung dieses Geschäftes im Stadtrat in den Ausstand getreten sind angesichts ihrer Vereinsmitgliedschaft. Wir fordern den Stadtrat auf, Klarheit zu schaffen: Wie wurde diese Ausstandsproblematik gehandhabt? Wann schafft Pfadi gegenüber der Öffentlichkeit Transparenz und gibt Auskunft z.B. über die Löhne? Gegenüber dem Landboten wollte er da keine Auskunft geben. Auch über die Kosten der Sanierungsmassnahmen, die die Firma Price Waterhouse macht, das ist auch ein Betrag in dieser Grössenordnung. Aber ganz wichtig: Wie erklärt der Stadtrat den anderen Vereinen und Organisationen, warum man da gerade Pfadi unterstützt?

Stadtrat St. Fritschi: Ich glaube, der Wahlkampf hat begonnen, wenn ich da Deinem Votum zuhöre. Du machst gleich einen Rundumschlag, was alles sonst noch in Deinen Augen nicht ganz gut läuft. Ich möchte Dir nur so viel sagen: Der Landbote hat nicht selber getitelt, sondern meine Worte übernommen. Ich habe es selber gesagt, es ist eine gewisse Sünde, die wir da begangen haben. Es ist offensichtlich, dass es dem Stadtrat nicht ganz leicht gefallen ist, den Entscheid zu fällen, um Pfadi Winterthur zu unterstützen. Es reichen nicht immer nur anerkennende Worte und Streicheleinheiten, manchmal ist am Schluss auch nur Bares Wahres. Deshalb mussten wir einsehen, dass diese Sanierungsmassnahmen sehr nötig sind für Pfadi und wir mit diesem Betrag – er ist zwar nicht ganz bescheiden (4 x 25'000) - sehr viele private Gelder abholen können, die dadurch kommen, dass die Stadt ein wenig daran leistet. Der Betrag, den Private nun einschiessen müssen für die Sanierung, ist bedeutend grösser als die Fr. 100'000. Es war für uns bei diesem Entscheid wichtig, dass die Junioren und Nachwuchsgruppen von Pfadi, die eine sehr bedeutende Handballtätigkeit darlegen, erhalten bleiben können. Sie wären nicht gesichert gewesen, wenn Pfadi Winterthur in Konkurs gegangen wäre. Es ist nicht der einzige Klub in dieser Stadt und auf dieser Nord-Hemisphäre, der die Finanzen nicht im Griff hat. Es gibt auch noch andere Sportklubs, die mir bekannt sind (nicht nur in Winterthur, auch auf dieser Welt), die die Finanzen nicht im Griff haben. In Winterthur ist es so, dass man ehrlicherweise sagen muss, dass sehr viele Sportarten, die auch finanziell knapp dran sind, durch indirekte Leistungen von der Stadt sehr viel profitieren. Sei es dadurch, dass die Infrastruktur günstig vermietet wird (Schwimmklubs, Eishockey- und Schlittschuhklubs, Fussballklubs, Leichtathletik-Clubs etc.). Das sind alles auch Leistungen, mit denen wir diese Sportklubs indirekt unterstützen. Bei Pfadi ist es so, dass sie für Trainingszwecke auch vergünstigte Konditionen haben mit unseren Turnhallen. Bei den Meisterschaftsaustragungen in der Nationalliga A taugen aber unsere eigenen Sporthallen nicht mehr und da muss Pfadi Winterthur immer aus dem eigenen Sack bezahlen, sei es Eulachhalle oder auswärtige Dreifachturnhallen mieten. Der Entscheid fiel uns nicht ganz leicht, das hat Silvio Stierli richtig herausgelesen aus dem Landboten. Übrigens: Die ganze Überprüfung durch diese Wirtschaftsprüfungsfirma hat ein Privater aus dem eigenen Sack bezahlt, das bezahlt nicht der Klub und erst recht nicht die Stadt. Das muss Dich deshalb auch nicht gross beschäftigen. Ich bin ganz klar der Meinung, dass der Stadtrat die Kompetenz, die er hat, behalten soll und nicht überall freiwillig an den Gemeinderat oder das Volk gelangen. Wir haben die Kompetenzregelung und die halten wir ein. Es ist ganz klar, dass wir offen kommunizieren, es ist kein Geheimnis. Übrigens: Auch wenn diese zwei Stadträte in den Ausstand gegangen wären – das Endresultat wäre dasselbe gewesen. Mathematik kannst Du selber machen. Sie hätten die Unterstützung trotzdem erhalten. Nun möchte ich nur noch hoffen, dass Pfadi Winterthur wirklich aus dem Schneider kommt, dass sie sich sanieren können. Das ist wichtig für den Klub, für den Nachwuchs, für die Junioren, für die Kinder, die ins Handball gehen. Es ist aber auch wichtig für die Stadt Winterthur. Ihr habt ja gelesen, dass wir das Risiko minimiert haben, indem wir die Beträge 3 x jährlich ausbezahlen. Damit wir, wenn die Sanierung nicht glücken würde, dann die Jahrestranche, die noch nicht ausbezahlt worden wäre, nicht in den Sand gesetzt hätten.

Ratspräsident F. Landolt: Mir sind keine weiteren Fraktionserklärungen gemeldet worden. Damit kommen wir zur Traktandenliste. Die Traktandenliste wurde rechtzeitig verschickt, es gab keine Einwände. Deshalb möchte ich beliebt machen, dass wir die nächsten vier Sitzungen dieser Traktandenliste folgen, mit den folgenden vier Bemerkungen: Im Vorfeld wurde angemeldet, dass die Ratsleitung vorschlägt, Traktandum 11, 13 und 14 ohne Beratung abzuhandeln. Wenn man trotzdem ein Wort haben möchte, muss man sich dann entsprechend

bei den Traktanden melden. Im Weiteren ist bei Traktandum 10 die Referentin Regula Keller anstelle von Franco Albanese. Eine weitere Bemerkung: Traktandum 4 ist noch nicht behandlungsreif, es geht dort um die Vertretung im «House of Winterthur». Die letzte Bemerkung, die ich habe, ist die dringliche Interpellation, die auf dem Tisch aufliegt. Und ich möchte Reto Diener bitten, diese Dringlichkeit zu begründen. Für eine Überweisung reicht das einfache Mehr.

# **Dringliche Interpellation**

GGR-Nr. 2017.85: Begründung der dringlichen Interpellation R. Diener (Grüne/AL), B. Zäch (SP), A. Steiner (GLP) und M. Bänninger (EVP) betr. den Auswirkungen einer Annahme des Gegenvorschlags zur «Stopp der Verkehrsbehinderung»-Initiative auf die Stadt Winterthur

R. Diener (Grüne/AL): Nach langer Diskussion zu diesem Thema Busbevorzugung haben wir in Winterthur diese nun vorbereiten und auch erste Schritte einleiten können, um dieses wichtige Thema voranzubringen. Es liegen nun auch entsprechende Vorschläge auf dem Tisch, die wir hier verabschieden können. Wir haben das Problem, dass der Bus im Stau stehen bleibt - da sprechen wir tatsächlich vom Stau, aber v.a. vom Bus, der im Stau stecken bleibt - an der Tösstalstrasse, an der Lindstrasse und an der Römerstrasse, rund um die Altstadt herum besonders. Um die Probleme zu lösen, ist eine Priorisierung der Verkehrsträger Bedingung, d.h. wir haben letztendlich keinen Platz auf unseren Strassen, um diese einfach weiter auszudehnen. Wir wollen keine neuen Strassen in der Stadt innen. Und genau das möchte diese Vorlage, die letztendlich im September zur Abstimmung kommt. Deshalb haben wir diese Interpellation eingereicht, deshalb reichen wir sie auch dringlich ein. Denn diese Abstimmung möchte mit dem Gegenvorschlag zur eingereichten Initiative das erreichen, dass man eigentlich die Strassenkapazitäten in der Stadt ausbauen müsste, wenn man Priorisierungsmassnahmen durchsetzt zugunsten des öffentlichen Verkehrs. Deshalb möchten wir, dass uns der Stadtrat sagt, wie er sich zu dieser Situation stellt, wie er die Auswirkungen auf die Verkehrssituation, auf die Verkehrsplanung im Hintergrund, beurteilt, und wir bitten ihn deshalb, diese Fragen zu beantworten.

Zunächst bitte ich die Mitglieder, diese Dringlichkeit zu unterstützen.

Ratspräsident F. Landolt: Keine weiteren Wortmeldungen. Das ist die Begründung der Dringlichkeit. Ich möchte darüber abstimmen lassen und bitte die Stimmenzähler, die Anwesenden zu zählen.

Es sind 52 Ratsmitglieder anwesend. Das einfache Mehr ist 27.

Wer die Dringlichkeit dieser Interpellation unterstützt, soll das bezeugen durch Handerheben. Die Dringlichkeit wird mit 28 Stimmen überwiesen.

Jetzt die Frage an Stadtrat Lisibach: Es gibt zwei Möglichkeiten, entweder ausführlich gleich jetzt beantworten oder es könnte auf die Sitzung Ende August traktandiert werden.

**Stadtrat J. Lisibach:** Ich wähle die Option 1 und beantworte es gleich. Sie haben der Dringlichkeit zugestimmt und ich nehme im Namen des Stadtrates dazu Stellung.

Zur besseren Orientierung sind vorne die verschiedenen Texte eingeblendet. Der Kantonsrat hat mit 120 zu 52 Stimmen dem Antrag der Kommission - diesen sehen Sie in der Spalte ganz rechts - zugestimmt und die Volksinitiative abgelehnt. In der Zwischenzeit wurde die Initiative zurückgezogen und aufgrund des obligatorischen Referendums kommt es am 24. September 2017 zur Volksabstimmung über diesen Text.

Sie sehen in der linken Spalte den heutigen Text der Kantonsverfassung zum Verkehr. Dann in der zweiten Spalte farbig den Text der Volksinitiative der SVP. In der dritten Spalte haben Sie den Gegenvorschlag des Regierungsrates. Der Regierungsrat hat einen Gegenvorschlag gemacht, weil er rechtliche Bedenken bei dieser Volksinitiative hat. Dies aus zwei Gründen: Der eine Grund ist, dass die Ausbauten nach dem Bedarf im Sinne einer Nachfrageorientie-

rung vorbehaltslos hätten getätigt werden müssen. Gemäss Regierungsrat geht das nicht. Man hat dies auch im öffentlichen Verkehr nicht. Kantone und Gemeinden müssen die Einbettung ins gesamte Verkehrssystem und auch in die Raumordnung berücksichtigen. Der andere Grund war die Begrifflichkeit. Es ist unklar, ob der Artikel im ganzen Kanton hätte gelten sollen, oder nur in den Städten Zürich und Winterthur. Weil nur bei den Städten Zürich und Winterthur spricht das Strassengesetz von überkommunalen Strassen anstelle von Staatsstrassen. Der Kanton kann aber in der Verfassung keine Lex specialis und eine spezielle Verkehrspolitik für die Städte machen. Der Regierungsrat will verkehrspolitische Leitlinien setzen, welche für den ganzen Kanton gelten sollen. In diesem Sinn hat sich Regierungsrätin Carmen Walker Späh im Kantonsrat geäussert. Mit dem Gegenvorschlag des Regierungsrates, welchen ich persönlich als guten und zweckmässigen politischen Kompromiss beurteile, wurden diese beiden Mängel behoben.

Der Kantonsrat hat im Gegensatz zum Gegenvorschlag des Regierungsrates eine Kompensation bei einer Verminderung der Leistungsfähigkeit im umliegenden Strassennetz wieder aufgenommen. Ich kann es nochmals vorlesen, es ist ein bisschen kompliziert. Dazu sagte Regierungsrätin Carmen Walker Späh im Kantonsrat: «In diesem Sinne findet es der Regierungsrat richtig, dass man den Gegenvorschlag nun so formuliert, auch wenn er von der Kommission Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) leicht verstärkt wurde. Er ändert am System nichts und es ist richtig, dass diese Gesamtleistungsfähigkeit auch für die Strassen und nicht nur für den öffentlichen Verkehr in der Verfassung verankert wird. Ich bitte Sie um Zustimmung zum Gegenvorschlag der KEVU.»

Nun zu den einzelnen Fragen, die gestellt werden. Ich erlaube mir die wichtigste Frage zuerst zu beantworten.

Was nimmt der Stadtrat für eine Haltung gegenüber dem Gegenvorschlag ein? Der Stadtrat hat an einer Stadtratssitzung über den Gegenvorschlag diskutiert. Der Stadtrat musste im Rahmen der Diskussion zur Kenntnis nehmen, dass die rechtliche Bedeutung im Gegensatz zum ursprünglichen Gegenvorschlag des Regierungsrates nun um einiges unklarer ist. Dies betrifft vor allem die Formulierung betreffend Ausgleich bei einer Verminderung der Leistungsfähigkeit. Für den Stadtrat ist somit der Gegenvorschlag in Bezug auf die Umsetzung mit einer nicht unerheblichen Rechtsunsicherheit verbunden. Deshalb nimmt der Stadtrat gegenüber dem Gegenvorschlag des Kantonsrates eine ablehnende Haltung ein. Er empfiehlt für die Volksabstimmung vom 24. September die Nein-Parole. Die Mitglieder des Stadtrates werden aber weder im Ja-Komitee noch im Nein-Komitee Einsitz nehmen. Die Katze ist aus dem Sack und die anderen Fragen lassen sich wie folgt beantworten: Was hätte die Umsetzung von «Kompensation im umliegenden Strassennetz» am Beispiel einer zentralen Hauptverkehrsachse in Winterthur für mögliche Folgen?

Die Folgen aus der Formulierung «Eine Verminderung der Leistungsfähigkeit einzelner Abschnitte ist im umliegenden Strassennetz mindestens auszugleichen» sind unklar. Ich habe bereits am 1. März 2017 gegenüber dem Landboten gesagt, dass ich nicht beurteilen könne, wie der Gegenvorschlag letztlich umgesetzt würde und dass der Gegenvorschlag diesbezüglich eine Blackbox sei. Projekte an überkommunalen Strassen sind grundsätzlich durch den Kanton zu bewilligen. Wir haben das Amt für Verkehr angefragt, wie eine zukünftige Bewilligungspraxis aussehen könnte. Die Fachleute im Amt für Verkehr konnten dies nicht beantworten.

Nächste Frage: Die Vorlage will u.a. auch den Stau verringern. Mit welchen anderen Massnahmen liesse sich dieses Ziel allenfalls auch oder sogar besser erreichen? Der Stadtrat hat sich zum Ziel bis 2026 gesetzt, dass das Verkehrssystem gemäss städtischem Gesamtverkehrskonzept funktioniert. Dass das übergeordnete Strassennetz funktionsfähig für alle Verkehrsträger ist, und in den Quartieren weitere Massnahmen zum Wohnschutz getroffen werden.

Im städtischen Gesamtverkehrskonzept sind somit etliche Massnahmen enthalten, welche helfen, Staus zu verhindern. Dazu gehören unter anderem auch die Schlüsselprojekte ÖV-Hochleistungskorridor (aktuell wird in der BBK über einen Kredit zur Umsetzung dieser Vorlage im Sinne dieser Massnahme beraten), Umsteigepunkt Grüze, Veloschnellroute, Massnahmen im Sinne der regionalen Verkehrssteuerung (RVS) und Zentrumserschliessung Neuhegi. Ich danke Ihnen, wenn Sie diese Schlüsselprojekte mittragen.

Was wir bei diesem Thema auch nicht aus den Augen verlieren dürfen, ist die Situation auf der Autobahn. Der Landbote schrieb am 23. Juni 2017 unter dem Titel «Neuer Staurekord auf den Nationalstrassen», dass fast neun von zehn Staustunden durch Verkehrsüberlastungen verursacht sind. Dies hat in Winterthur die bekannte Folge, dass es auf dem überkommunalen Strassennetz zu mehr Stausituationen kommt. Deshalb setzt sich der Stadtrat für eine Pannenstreifenumnutzung und eine Kapazitätserhöhung bei der Umfahrung Winterthur ein. Damit können wir Staus in und um Winterthur massiv verhindern. Ich danke Ihnen für die Unterstützung der Kapazitätssteigerung auf der Autobahn um Winterthur und der entsprechenden Projekte des ASTRAs.

Nächste Frage: Strassenkapazitäten sind in der Stadt ein kostbares und teures Gut. Der MIV nutzt diese Ressourcen gerade in Bezug auf die Anzahl Personentransporte pro km und Zeiteinheit äusserst schlecht. Welche Möglichkeiten stehen zur Verfügung, die eingesetzten Gelder verkehrstechnisch effizienter zu nutzen?

Dafür sind z.B. im sGVK ÖV-Hochleistungskorridore angedacht. In der BBK wird, wie erwähnt, zurzeit die Kreditvorlage von Fr. 4.6 Mio. für die Planung und Umsetzung der Sicherstellung vom Verkehrsfluss und der Priorisierung des öffentlichen Verkehrs beraten. Sie sind ein Teil dieses ÖV-Hochleistungskorridors.

Nächste Frage: Welche negativen Auswirkungen auf die aktuell geplanten, verkehrspolitischen Massnahmenpakete sind mit der Vorlage zu erwarten? Welche Projekte könnten gefährdet sein?

Mögliche negative, aber auch mögliche positive Auswirkungen des Gegenvorschlages sind unklar. Es besteht aber aus Sicht des Stadtrates für die Stadt Winterthur und die städtische Verkehrspolitik eine erhebliche Rechtsunsicherheit für die Umsetzung der angedachten Massnahmen.

Nächste Frage: Mit welchen Folgen für die mittel- bis langfristige Verkehrspolitik der Stadt Winterthur rechnet der Stadtrat bei Annahme der Vorlage durch das Volk?

Die Folgen sind auch nach Rücksprache mit dem Kanton, der Bewilligungsinstanz für die Projekte auf den überkommunalen Strassen ist, unklar.

Ich hoffe, dass ich Ihnen die Haltung des Stadtrates zur Anti-Stauinitiative erklären konnte und sehe der Volksabstimmung vom 24. September 2017 mit Interesse entgegen.

#### Ratspräsident F. Landolt: Besten Dank. Gibt es Wortmeldungen?

- R. Diener (Grüne/AL): Vielen Dank für die Beantwortung. Wir von den Interpellanten sind natürlich froh, dass Eure Seite auch eine Ablehnung dieser Vorlage fordert. Wir sehen natürlich auch, dass es schwierig ist, jetzt schon voraussagen zu können, wie sich das auswirken wird. Wir haben einige Male gehört, dass alles unklar ist und dass man nicht richtig weiss, um was es da tatsächlich geht. Ich meine, man weiss es schon ziemlich genau und immerhin ist ja Eure klare Haltung, die Ihr gesagt hat, dass wir diese Vorlage ablehnen wollen, auch ein klares Indiz dafür, dass das eigentlich kein Weg sein kann, wenn wir uns in derart unsichere Zonen begeben und wegbegehen von den Möglichkeiten, mit Hilfe von Massnahmen, die in der Stadt innen den Verkehr optimieren und versuchen, ihn flüssiger zu machen. Selbstverständlich soll es ja auch für den MIV Platz geben, aber es braucht weitere Massnahmen. Da sind wir auch der Meinung, dass wir uns nicht von solchen Wischi-Waschi-Artikeln, die da ins Gesetz geschrieben werden wollen, beeinflussen lassen dürfen. Ich bedanke mich nochmals für die Antwort und für mich ist es soweit klar.
- **D. Oswald (SVP):** Ich danke Josef Lisibach für die kompetente und rasche Antwort, die er zu dieser Interpellation geben konnte. Man sieht, er ist bei seinen Geschäften up to date und plant voraus. Andere Stadträte brauchen zwei Monate, um dringliche Interpellationen beantworten zu können. Bei unserem Stadtrat ist das anders.

Zur Sache selber: Auf der einen Seite wundert mich die Polemik nicht, die von der grünen Seite her kommt. Da hat natürlich der Abstimmungskampf begonnen zu diesem Thema. Es geht ja genau darum, dass man endlich aufhört damit, die einzelnen Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen. Es geht ja um die Leistungsfähigkeit des Strassennetzes und es verbietet nicht irgendetwas, sondern wir müssen eine Leistungsfähigkeit vom Strassennetz ga-

rantieren. Ihr werdet es dann noch begründen mit CO<sub>2</sub>-Problematik usw., dass das den ökologischen Wandel, der auch stattfinden wird, nicht berücksichtigt. Irgendwann einmal wird das CO<sub>2</sub>-Problem nicht mehr da sein und auch dann brauchen wir ein leistungsfähiges Verkehrsnetz für verschiedene Arten von Verkehrsträgern und dann muss man langfristig denken. Es ist auch ein Affront dem Kantonsrat gegenüber, denn 70% des Kantonsrates (BDP, CVP, EDU, FDP und SVP) haben einen Kompromiss geschnürt, haben eine weitsichtige Lösung gemacht für die Verkehrsinfrastruktur. Da sind ja alle anderer Meinung als die SVP, Ihr meint ja, es müssen noch viel mehr Leute hereinkommen und da müssen wir ja wirklich auch die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur sicherstellen und da müssen wir andere Wege gehen, als Ihr geht. Ihr wollt ja, ideologisch geblendet, einfach mit Hemmnissen, mit Inselchen, mit Verengungen wollt Ihr einfach den MIV einschränken. Ihr könnt jetzt blöd lachen, es ist einfach so, Ihr müsst nicht so überheblich tun. Dazu muss man einfach sagen «Halt, einen Schritt zurück». Da weiss man genau, um was es geht: Die Leistungsfähigkeit sicherzustellen. Dass man im Einzelfall noch nicht weiss, welche Lösung dazu führt, das ist ja klar, aber das wisst Ihr ja bei Euren Forderungen auch nicht, und deshalb ist es einfach entfernt von jeder politischen Korrektheit, wenn man davon spricht, man weiss nicht, was kommt, von Rechtsunsicherheit... Nein, es gibt keine Rechtsunsicherheit, es steht klar, was Sache ist, sonst hätten sicher nicht 70% des Kantonsrates, die das solide beraten haben, dazu Ja gesagt, wenn das so wäre, wie Du sagst, Reto Diener. Ich denke, wir haben da in Winterthur gerade von bürgerlicher Seite aus mit dem Zusammenschluss eine konstruktive Verkehrspolitik begonnen, bei der wir sagten, wir machen eine regionenbezogene Verkehrspolitik und nicht eine Verkehrsträger-bezogene. Wir bleiben nach wie vor auf diesem Weg, obwohl in solchen Situationen irgendeiner irgendwann einmal sagen muss, dass es eigentlich nichts nützt, die anderen bleiben ja auf ihren ideologischen Pfaden – aber wir bleiben dabei, dass man es konstruktiv angeht und die einzelnen Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielt.

Und ausserdem finde ich es auch langsam problematisch, wie man immer die Exekutive in die Abstimmungskämpfe nötigt. Es gibt gewisse Parallelen. Es läuft nicht bei allen Themen gleich, aber es ist so: Die einen Stadträte gehen bei solchen Themen proaktiv in den Stadtrat und bewirken Stadtratsentscheide, die anderen gehen zuerst nach aussen und machen Parteipolitik und lassen hintendran den Stadtrat im Regen stehen, wie es bei der Unternehmenssteuerreform gemacht wurde. Das ist sicher nicht kollegial. Ich danke dem Stadtrat für seine kompetente Arbeit, die er macht, und die hervorragende Berücksichtigung des Kollegialitätsprinzips.

A. Steiner (GLP/PP): Ich finde es schön, dass Daniel seinen Stadtrat derart gerühmt hat. Wenn er auch noch inhaltlich beigepflichtet hätte, hätte ich das noch schöner gefunden. Effektiv geht es schlussendlich um Effizienz. Du sprichst von der Leistungsfähigkeit der Strassen, Daniel. Und es geht darum, dass wir in der Stadt Winterthur möglichst viele Personen von A nach B bewegen können. Der Strassenraum ist gegeben, den können wir nicht mehr gross ausweiten. Aus dem heraus entsteht ja dann auch diese Rechtsunsicherheit, wie man diesen Strassenraum ausweiten soll, wenn es eigentlich gar nicht geht. Und dann kommt dann die Frage, ob es tatsächlich nicht wieder zu einer Abwägung zwischen Verkehrsträgern kommt, wo Du gerade sagst, das soll es nicht geben. Fakt ist: In Bezug auf Effizienz ist das Auto nicht so wahnsinnig gut unterwegs. Es braucht einfach extrem viel Platz. Und wenn wir möglichst viele Personen von A nach B bewegen wollen, dann müssen wir Verkehrsträger nehmen, die dazu in der Lage sind. Und ich bin sehr froh, dass Josef Lisibach sich mittlerweile so gut in die Thematik eingearbeitet hat, dass auch er das gut vertreten kann hier drinnen, dass das, was da jetzt kommt bei dieser Abstimmung, ein Riesenproblem geben wird für die Stadt Winterthur. Wir haben in der Stadt Winterthur mehrere Volksentscheide gefällt, mit denen wir den Weg klar gewiesen haben, in welche Richtung es gehen muss. Und das, mit dem jetzt der Kanton mit dieser Initiative oder diesem Gegenvorschlag kommt, ist diametral gegen das, was wir in Winterthur angedacht haben. Ich begrüsse es sehr, dass der Gesamtstadtrat und Josef Lisibach eine klare Ablehnung zu dieser Initiative, zu diesem Gegenvorschlag, empfehlen. Ich hoffe, dass sie das auch nach den Ferien nochmals laut sagen, wenn es in den Abstimmungskampf geht. Es wird eine unsägliche Geschichte, es wird unendlich Rechtsstreitigkeiten geben, das möchten wir ja eigentlich nicht. Wir möchten am Schluss ein leistungsfähiges Netz in der Stadt, um die Leute von A nach B zu bewegen.

S. Stierli (SP): Nachdem ich am Anfang Stadtrat Fritschi tadeln musste, gibt es nun wirklich ein riesiges Lob an Josef Lisibach. Ich teile die Einschätzung, die ich von den Vorrednern gehört habe. Es ist eine sehr erfreuliche Antwort, von ihm aber auch vom Gesamtstadtrat. Die Auswirkungen des Gegenvorschlages wären für Winterthur fatal geworden, da stimme ich meinen Vorrednern zu. Es wäre schwierig geworden, unsere Verkehrspolitik da sinnvoll umzusetzen. Auch der Regierungsrat selber hat zu seinem Gegenvorschlag schon geschrieben: «Durch den Gegenvorschlag wird ein Gegengewicht zum Förderauftrag für den ÖV geschaffen.» Nur schon das zeigt ein bisschen die Denkrichtung dieser verschiedenen Gegenvorschläge. Wenn es dabei noch juristische Unsicherheiten gibt, ist das ein Unding. Ich glaube, die allererfreulichste Aussage für mich war, dass sich heute der bürgerliche Gesamtstadtrat vorbehaltlos hinter das städtische Gesamtverkehrskonzept gestellt hat. Auch das finde ich eine wichtige Aussage, dass er nicht versucht, dieses Paket, das die Grundlage unserer Verkehrspolitik da in der Stadt Winterthur ist, zu ändern oder zu begraben, er stellt sich heute voll dahinter. Das ist erfreulich.

Der Hasstirade von Daniel Oswald konnte ich nicht überall folgen. Aber zum Stadtrat: Wir sollten den Stadtrat nicht politisch einbinden, ich glaube, das ist nicht richtig. Die Verkehrsexperten sind im Stadtrat und wenn eine Vorlage derart unklar ist wie diese, ist es wichtig, dass sich der Stadtrat über die Auswirkungen einer solchen Vorlage äussert. Hoch interessant ist ja auch, dass sie beim Kanton rückgefragt haben und nicht einmal die Experten dort haben eine klare Antwort gegeben. Ich denke, das ist wichtig für die Bevölkerung in der Stadt Winterthur, dass man weiss, was Sache ist, dass man weiss, was der Stadtrat und die Experten denken und dass man dann auch eine Gesamthaltung hört vom Stadtrat. Da gibt es wirklich nichts zu bemängeln und das ist demokratisch.

Stadtrat J. Lisibach: Ich danke für die unterschiedlichen Lobe, auch wenn sie aus unterschiedlichen Motivationen kommen. Es wurde aber überall erwähnt, dass es alle Verkehrsträger braucht, dafür danke ich auch. Beweist das doch und geht auf Eure Kantonsratsfraktionen zu. Am 7.7. ist Kantonsratssitzung in Winterthur zum Jubiläum «100 Jahre Proporzwahlrecht Kanton Zürich». Dort wird über ein sehr wichtiges Geschäft abgestimmt für Winterthur: Der Richtplaneintrag für die Zentrumserschliessung. Ein ganz wichtiger Teil für die Erschliessung dieses ganzen Gebietes, für den MIV. Wir müssen unbedingt beide Richtplanänderungen drin haben. Insbesondere schaue ich dabei die GLP an, die dort nicht mitmachen will. Die SP-Vertreter von Winterthur dürfen immerhin. Also: Nehmt bitte auf Eure Fraktionen im Kantonsrat Einfluss, steht für Winterthur hin. Silvio Stierli hat den sGVK erwähnt. Das ist in etwa so verbindlich wie es der Gemeinderat da beschlossen hat - einstimmig – aber man hat deutlich gesagt, man schaut jedes einzelne Projekt an. Das weisst auch Du noch.

Ratspräsident F. Landolt: Vielen Dank. Wir kommen zur regulären Traktandenliste.

#### 1. Traktandum

Protokolle der 20./21. Sitzung des Amtsjahres 16/17 und der 1., 2./3. Sitzungen des Amtsjahres 17/18

Ratspräsident F. Landolt: Die Protokolle der 20./21. Sitzung des Amtsjahres 2016/17 und der 1., 2./3. Sitzung des Amtsjahres 2017/18 waren aufgeschaltet. Es geht mittlerweile wahnsinnig schnell. Es gingen keine Bemerkungen ein und es gibt auch jetzt keine. Somit sind die Protokolle genehmigt. Vielen Dank an die Protokollführerin.

#### 2. Traktandum

GGR-Nr. 2017.76: Wahl eines Mitgliedes in die Sozialhilfebehörde anstelle des zurückgetretenen T. Brütsch (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018

S. Stierli (SP): Die IFK schlägt vor: Roger Widmer (SVP).

Ratspräsident F. Landolt: Gibt es Mehrungen? – Nein. Damit haben Sie Roger Widmer gewählt.

#### 3. Traktandum

GGR-Nr. 2017.77: Wahl eines Mitgliedes in die Sozialhilfebehörde anstelle der zurückgetretenen C. Bremi Bischof (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018

**S. Stierli (SP):** Die IFK schlägt vor: Bea Baltensperger (SP). Wenn sie gewählt wird, würde sie dafür aus der Kunstkommission zurücktreten.

Ratspräsident F. Landolt: Gibt es Mehrungen zu diesem Vorschlag? – Nein. Damit haben Sie Bea Baltensperger in die Sozialhilfebehörde gewählt.

#### 4. Traktandum

GGR-Nr. 2017.78: Wahl von zwei Mitgliedern in den Vorstand des Vereins «House of Winterthur»

Die Wahl erfolgt an der Sitzung vom 3. Juli 2017.

### 5. Traktandum

GGR-Nr. 2017.81: Wahl eines Mitgliedes in die Kunstkommission anstelle der zurücktretenden B. Baltensperger (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018

S. Stierli (SP): Die IFK schlägt vor: Silvio Näf (SP).

Ratspräsident F. Landolt: Gibt es Mehrungen dazu? – Nein.

Damit haben Sie Silvio Näf als Mitglied in die Kunstkommission gewählt.

#### 6. Traktandum

GGR-Nr. 2017.46: Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes 2016

Ratspräsident F. Landolt: Wir kommen zu einem Schwerpunkt der heutigen Sitzung, der Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes. Es gibt ein Eintretensvotum und es gibt eine Detailberatung. Ich möchte darauf hinweisen, dass man sowohl beim Eintreten als auch bei der Detailberatung zu beidem spricht, zur Rechnung und zum Geschäftsbericht. Wie wir die Detailberatung durchgehen, werde ich später noch erläutern. Zum Eintreten.

A. Steiner (GLP/PP): Ich werde versuchen, in den folgenden Minuten das Geschäft vorzustellen und einigermassen einen Überblick zu verschaffen. Als Erstes der Überblick über die Gesamtzahlen. Wir haben den Bruttoaufwand und den Bruttoertrag und am Schluss den Aufwandüberschuss von 97 Mio. Ich habe festgehalten, auf was dieser primär zurückzuführen ist: Die Pensionskasse steht im Mittelpunkt mit 115.5 Mio. Rückstellungen, die diese Rechnung negativ belasten. Im operativen Rechnungsabschluss konnte man ein Plus von 18.4 Mio. realisieren.

Der Überblick bei der Investitionsrechnung. Ich lese nicht alle Zahlen vor. Wesentlich sind die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen von 173 Mio., wovon alleine die Nettoinvestitionen in das allgemeine Verwaltungsvermögen 59.8 Mio. sind. Darauf komme ich später nochmals kurz zurück. Im Finanzvermögen gab es Bruttoausgaben von ca. 20 Mio. und Bruttoeinnahmen ca. 8 Mio., was Nettoinvestitionen im Finanzvermögen von gut 11 Mio. ausgemacht haben.

Was hat das für einen Einfluss auf das Eigenkapital? Man sieht den Streifen an Eigenkapital bei 2016 wahrscheinlich nicht mehr, das die Stadt Winterthur jetzt noch hat. Es ist faktisch Null. Es sind noch 5 Mio., das ist bei dem riesigen Budget, das wir haben, praktisch nichts mehr. Der Eigenfinanzierungsgrad bei den Investitionen ist um 98%, das wäre in Bezug auf die Nettoinvestitionen, wenn man die Investitionen in das allgemeine Verwaltungsvermögen anschaut.

Zu den einzelnen Posten in der Erfolgsrechnung.

Wenn man den Personalaufwand anschaut, dann kann man sagen, wenn man nur das Blaue anschaut, dass man eigentlich sehr gut gearbeitet hat in diesem Jahr. Es gab zwar Mehrausgaben von ca. 4 Mio., das konnte man aber sehr einfach erklären und darauf kommt man auch später noch zurück. An dieser Stelle viel problematischer bzw. mehr ins Gewicht fällt die PK-Rückstellung, die man in diesem Jahr machen musste. Die Pensionskasse ist bekanntlich im Minus und entsprechend muss man etwas machen. Soweit ist das wohl unbestritten. Wie dass man es macht, ist heute Abend nicht die Diskussion. Das wird eine separate Weisung geben. Was Fakt ist: Der Stadtrat ist verpflichtet, Rückstellungen zu bilden, wenn man annimmt, dass eine Ausgabe mit einer mehr als 50%en Wahrscheinlichkeit getätigt werden muss in Zukunft. Der Stadtrat hat erste Szenarien angedacht in Bezug auf die Sanierung der Pensionskasse und kam auf diesen Betrag von 144 Mio. So wie er es angedacht hat, wurde es auch von der Finanzkontrolle vertieft angeschaut und in dem Sinne sind die Zahlen, die vorlagen, plausibel. Was ein bisschen das Problem war: Erst 2017 wurde das auch effektiv so verbucht und zusammengetragen. Als die Rechnung präsentiert wurde, hat man das auch gleich mit ersten Sanierungsideen aufgezeigt. Die Finanzkontrolle wollte dann selbstverständlich auch die Plausibilität prüfen. Es ging relativ lange, bis sie überhaupt Daten erhielt. Die letzte Zahl ist zwei Monate nach dem Beschluss eingegangen, dass sie diese Daten sehen müsste. Aber die Finanzkontrolle konnte das Urteil abgeben bis zu diesem Zeitpunkt, dass es plausibel und nachvollziehbar ist.

Die PK-Sanierung tauchte danach auf verschiedene Produkte verteilt irgendwo wieder auf. Man hatte eine Gesamtzahl, aber man hatte eigentlich nie so richtig den Überblick, was man denn eigentlich schon bezahlt hat und was steht noch an. Was haben wir an Rückstellungen auf der Seite und was haben wir bereits bezahlt? Was ist bereits bewilligt worden vom Gemeinderat und vom Volk? Wir haben diese Zahlen in der AK eingefordert, das ist das, was jetzt hier vorne aufliegt. Man hat auf der linken Seite alles, was bereits bezahlt worden ist. Einerseits sind das die Beträge, die man in der Volksabstimmung bereits bewilligt hatte und andererseits ist man jetzt am Auflösen von Rückstellungen der Arbeitgeberbeiträge, die man bilden musste. Die Arbeitgeberbeiträge, die an diese Sanierung hätten beitragen sollen, wollte man ursprünglich in die Laufenden Rechnungen hineinbuchen. Das ging aber aus rechnungslegungstechnischen Gründen nicht mehr. Man musste dort eine Rückstellung machen. Entsprechend bucht man jetzt diese Rückstellung langsam ab und es ist nicht mehr in der Laufenden Rechnung. Was kommt auf uns zu? Das ist auf der rechten Seite. Da wurden bereits mehrere Rückstellungen gebildet für verschiedene Zwecke. Am Schluss interessiert wahrscheinlich das Endtotal, auf der einen Seite, was man bereits gemacht hat (255 oder 256 Mio.), und auf der anderen Seite Rückstellungen, von denen man im Moment 240 Mio. hat. Diese Rückstellungen sind nicht sakrosankt, das entscheidet sich jetzt dann, wie man

diese Sanierung angeht, was man überhaupt braucht von dem, was man bereits zurückgestellt hat, und was nicht. Das ist einfach einmal in Aussicht gestellt, was es in etwa sein könnte, Zeitpunkt 31.12.2016.

Was zu Diskussionen führte, auch im Zusammenhang mit dieser PK-Sanierung, ist diese Aufteilung. An einigen Orten hat man es den Eigenwirtschaftsbetrieben überwälzt, an einigen Orten nicht, in einigen Produkten war es drin oder teilweise drin. Man versuchte einen Überblick zu machen, wo und aus welchen Gründen es drin ist, aber aus Rechnungslegungsgründen wird das so nicht möglich sein. Man wird das korrigieren müssen, entweder man bucht die ganzen Rückstellungen auf die städtischen Allgemeinkosten und verteilt es später, oder man bucht es von Beginn weg in die Eigenwirtschaftsbetriebe. Diese Eigenwirtschaftsbetriebe haben z.T. nicht einmal eine Eröffnungsbilanz, also schon aus diesem Grund geht es ganz sicher nicht so, wie man es im Moment verbucht hat. Das kann man aber korrigieren. Da es noch nicht getätigte Ausgaben sind, kann man diese Rückstellungen korrigieren und am richtigen Ort dazubuchen. Das wäre es zu den Personalkosten gewesen, wo der grosse Happen von der Pensionskassensanierung drin ist.

Beim Sachaufwand gab es auch eine kleine Überschreitung von ca. 4 Mio., das konzentriert sich v.a. auf Ausgaben im Bereich von Dienstleistungen Dritter bei externen Betreuungs- und Transportkosten im Schulbereich und im Asylbereich.

Bei Abschreibungen, Finanz- und Transferaufwand gibt es nicht allzu viel zu sagen. Es stand bereits in den Zeitungen, der Punkt von den 1.5 Mio., die man bei den Lehrpersonen nachschiessen musste, weil man den Zeitpunkt des Anstellungsverhältnisses verschieben musste. Das hat man eigentlich schon länger gewusst. Warum dass es nicht als Rückstellung gebucht wurde, ist mir eigentlich nicht klar. Auf jeden Fall musste man es in diesem Jahr aktivieren und ausbezahlen, damit da ein sauberer Tisch ist. Das macht auch völlig Sinn, dass man das macht - warum es in diesem Jahr ist, ist mir nicht ganz klar.

Die individuelle Unterstützung ist nach wie vor ein grosses Thema in Winterthur. Das Budget war in diesem Sinne zwar gut, aber wir haben Kostensteigerungen drin. Man kann sagen, sie sind immer noch da und werden weitergehen. Das wird uns in den nächsten paar Jahren definitiv beschäftigen. Auch die ganze Ungewissheit mit der Aufteilung Kanton und Stadt macht die Budgetierung auf weite Sicht relativ schwierig. Auch die Diskussion, wer die Heimplatzierungen bezahlt usw. – das hatte dieses Jahr eine positive Auswirkung von 3 Mioo., in einem anderen Jahr ist dann vielleicht wieder eine andere Unterteilung, die dann wieder zu Mehrkosten führt. Das ist aus unserer Sicht in Bezug auf die Verlässlichkeit in der Zukunft ein grösseres Problem.

Damit kämen wir zu den Erträgen. Da haben wir einen erfreulichen Balken, mindestens für dieses Jahr. Wir konnten wesentlich höhere Steuereinnahmen verbuchen, leider nicht aufgrund der normalen Steuererträge, da zeichnet sich momentan keine Steigerung ab, sondern aus ausserordentlichen Steuererträgen von vergangenen Jahren, die nachbezahlt werden mussten. Man kann hoffen, dass das auch in Zukunft so weitergeht. Es war auch bei vielen anderen Gemeinden im Umfeld so, dass da noch zusätzliche Einnahmen hereinkamen. Das ist aber ziemlich schwierig zum Prognostizieren.

Bei den Entgelten sind 6.9 Mio. höhere Rückerstattungen für individuelle Unterstützung und dann aber Mindereinnahmen bei der Stadtpolizei, die nicht so viele Bussen verteilt hat, wie sie ursprünglich budgetiert hat.

Bei den Eigenwirtschaftsbetrieben hat man höhere Erträge aus dem Stromhandel, aus dem Gashandel und aus der Haustechnik. Bei Stadtbus, Alter und Pflege und Entsorgung hat man leichte Mindereinnahmen verzeichnet, aber das wurde längstens wettgemacht durch das, was Stadtwerk zusätzlich hereingeholt hat.

Noch zu den einzelnen Produktegruppen:

Der Stadtrat gab in der Weisung einen Überblick, wo dass denn die grösseren Posten mit Abweichungen sind. Auf verschiedenste bin ich bereits eingegangen (z.B. bessere Steuereinnahmen). Was ich noch nicht gesagt habe, sind die tieferen Zinse. Diese wurden bei der Pensionskassenüberweisung nochmals explizit erwähnt. Einerseits schlechter, weil wir tiefe Zinsen haben, andererseits profitieren wir aber in der Stadtrechnung von den tiefen Zinsen. Das ist richtig so in der Aussage, aber wenn man es zu Ende denkt, würde das eigentlich heissen, dass sich das gegenseitig ausgleichen müsste. Eigentlich müsste das, was man

spart an tieferen Zinsen in der Stadt, direkt in die Pensionskasse hineinfliessen können. Das wäre dann dieser Gedankengang zu Ende gedacht und aus meiner Sicht hinkt er so, wie er von Seiten des Stadtrates gebracht wird.

Bei der Verschlechterung der Produktegruppen: Es gibt 6 Mio. Bewertungsverlust im Finanzvermögen. Das wird es wahrscheinlich immer wieder geben, man wird häufig Neubewertungen machen müssen und entsprechend kann es das durchaus geben. Ansonsten die Budgetüberschreitung der Stadtpolizei, das wird heute Abend noch Diskussion sein, da wird es sicher Voten geben dazu. Bei der Sonderschulung ebenfalls. Das sind unschöne Überschreitungen. Die Verschiebungen bei den Anstellungsverhältnissen habe ich bereits erwähnt. Das führt zu folgender Bilanz: Ich habe es vorher erwähnt, wir haben noch ein zweckfreies Eigenkapital von 5 Mio. Wir haben ein zweckgebundenes Eigenkapital, das leicht angestiegen ist, bei den Betriebsreserven der Eigenwirtschaftsbetriebe. Das ist in diesem Sinne da nicht so tragisch. Hingegen beim zweckfreien Eigenkapital gab es eine massive Verschlechterung von diesen 97 Mio.

Auch die Verschuldung sieht nicht so erfreulich aus. Wir haben uns auch dieses Jahr wieder zusätzlich verschuldet, einerseits durch diese PK-Rückstellung, aber auch im Bereich der Investitionen schaffen wir es noch nicht wirklich, die Investitionen aus der Laufenden Rechnung zu finanzieren. D.h. wir verschulden uns nach wie vor. Das ist ein schwieriges Thema. Wir sind in den Investitionen mittlerweile wesentlich tiefer als vor ein paar Jahren. Das ist einerseits gut, andererseits birgt das immer die Gefahr, dass man einen Investitionsstau produziert und Investitionen auf nachkommende Generationen verschiebt. Von daher gesehen ist sicher das Credo: Dort, wo wir investieren, müssen wir probieren, so kostengünstig wie möglich aber trotzdem nachhaltig – auch das ist ein Spagat. Und dass man schaut, wo die Investitionen wirklich notwendig sind, das betrifft v.a. auch den Unterhalt, wo es extrem wichtig ist, dass man nicht einen Investitionsstau hat.

Zum Geschäftsbericht (Buch B, zuvorderst): Der Geschäftsbericht des Stadtrates ist sehr knapp ausgeführt. Vor einigen Jahren sagte man, dass man kein dickes Buch mehr braucht zu diesem Geschäftsbericht, dass man dort bereit ist, dass man etwas effizienter sein kann. Mittlerweile ist er aber sehr, sehr spärlich gehalten und er ist auch irgendwie nicht ganz vollständig und es ist irgendwo dann doch speziell, wenn man bei «beispielhafte Vorhaben» darauf hinweist, dass man eine Finanzstrategie hat mit der Einführung der Schuldenbremse und mit wesentlichen Zielen zur Äufnung eines angemessenen Eigenkapitals und vom Abbau der Verschuldung – und gleichzeitig haben wir in dieser Rechnung ein riesiges Minus beim Eigenkapital. Und notabene: Die Ursache der Senkung dieses Eigenkapitals fand nicht einmal eine Erwähnung in diesem Geschäftsbericht.

Zum Prüfbericht der Finanzkontrolle: Die Finanzkontrolle weist ausdrücklich darauf hin, dass es eine sehr grosse Anzahl Mitarbeitende hat in dieser Stadt, die seit Jahren einwandfrei und vorbildlich arbeiten. Ich möchte mich dem anschliessen. Es sind sehr viele Abteilungen, die sehr gute Arbeit leisten. Sehr viele Produkte haben besser gearbeitet als budgetiert. Das Kostenbewusstsein ist eigentlich schon ziemlich gross an vielen Orten. Das werden wir weiter brauchen, denn wie man vorher sah bei der Bilanz: Es geht uns nicht extrem gut auf. Prozesse müssen immer wieder kritisch hinterfragt werden, es braucht laufende Verbesserungen – und dafür braucht es einen guten Willen dazu. Das letzte Jahr war geprägt von Administrativuntersuchungen zu Stadtwerk. Das hat die Finanzkontrolle sehr stark beansprucht und führte auch dazu, dass sie nicht ganz so viele Produkte abnehmen konnte. Das ist aus unserer Sicht eigentlich problematisch, der 6-Jahres-Rhythmus ist das Minimum, das eingehalten werden müsste. Von daher gesehen hoffen wir schon, dass da die Frequenz wieder erhöht werden kann. Es ist auch erstmals eine Bestätigung gemacht worden, dass es ein IKS hat (Internes Kontrollsystem). Dort wird man laufend schauen müssen, dass das auch sehr gut greift. Das wird die Abteilungen in den nächsten Jahren sicher noch beschäftigen. Was man festhalten kann: Es gab sehr viele Einzelfeststellungen (über Fr. 50'000), aber letztendlich, in der Summe dieser Feststellungen, verändert es das Bild der Jahresrechnung nicht massiv. Aus diesem Grund empfiehlt die Finanzkontrolle diese Rechnung auch zur Abnahme – aus sachlicher Sicht. Das andere Thema habe ich bereits angesprochen: Es war nicht immer einfach, dass alle Daten rechtzeitig zur Verfügung standen, um auch wirklich speditiv diesen Prüfbericht verfassen zu können.

Als Letztes die Empfehlungen der Aufsichtskommission bzw. auch der Sachkommissionen: Eine Mehrheit der Aufsichtskommission (AK) hat die Jahresrechnung und den generellen Einlagensatz so abgenommen. Die Produktegruppen in den Sachkommissionen wurden besprochen. Dort sind zwei zur Nicht-Abnahme empfohlen worden: Bei Alterszentren und Spitex empfahl eine Mehrheit die Nicht-Abnahme. Die anderen Produktegruppen wurden zum grössten Teil zu Null, zum Teil auch umstritten, abgenommen.

Eine AK-Mehrheit empfiehlt, dass man den Geschäftsbericht in dieser Form ablehnen soll.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Für einmal ist es nicht so, wie es in den letzten Jahren bei der Rechnungsabnahme war. Ich habe ja regelmässig behauptet, ich hätte auch das Vorjahresvotum oder das Vor-Vorjahresvotum halten können - und niemand hätte es gemerkt. Das wäre dieses Jahr definitiv ein bisschen schwieriger. Wie gehört hatten wir operativ eigentlich ein sehr gutes Jahr. Der Gewinn wäre 18.4 Mio., wenn nicht diese PK-Rückstellung wäre. Und somit haben wir halt einen Verlust von 97 Mio. zu verzeichnen. Das hat dazu geführt, dass in der Kommission v.a. intensiv über diese PK-Rückstellung und nicht über die Rechnung diskutiert wurde und das wird auch hier im Gemeinderat nicht anders sein. Für alle, die es nicht mehr wissen: Wenn die Wahrscheinlichkeit für einen Mittelabfluss auf mehr als 50% geschätzt wird, ist die Rückstellung für den Vollbetrag zu buchen. Ich gehe davon aus, dass wir die Rückstellung buchen müssen. Auf die Höhe konnten sich die Finanzkontrolle und das Finanzamt offensichtlich einigen. Und somit ist die Rückstellung für mich im Betrag in Ordnung und sie stellt auch keine Vorwegnahme eines Parlaments- oder Volksentscheides dar. Es gibt meiner Ansicht nach dazu keinen weiteren Diskussionsbedarf. Die Fraktion Grüne/AL bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Arbeit, die man jetzt leider nicht angemessen würdigen darf. Die Fraktion Grüne/AL nimmt die Rechnung 2016 bzw. die vom Stadtrat in der Weisung gestellten Anträge inklusive dem Geschäftsbericht ab. Dem Vernehmen nach habe ich gehört, dass einzelne Departementsrechnungen nicht abnehmen wollen. Ich verstehe die Voten vom bürgerlichen Parlamentarium nicht. Die Ablehnung hat nicht viel damit zu tun, ob gut oder schlecht gearbeitet wurde, sondern v.a. mit der Parteifarbe der zuständigen Stadträtin oder dem zuständigen Stadtrat. Weiter konnte man letzthin hören, dass die SVP mit den drei Stadträten Stefan Fritschi, Mike Künzle und Stadträtin Barbara Günthard-Maier nur begrenzt zufrieden sei. Sie seien zu wenig bürgerlich. Wenn man diese Mode also konsequent weiterführen will, müsste die SVP diese Departementsrechnungen auch ablehnen. Wie gesagt, wir werden diese Rechnung und den Geschäftsbericht abnehmen.

**M. Gross (SVP):** Die SVP wird die Jahresrechnung 2016 generell, den Geschäftsbericht und verschiedene Produktegruppen nicht abnehmen. Es wurde bereits gesagt: Den Geschäftsbericht könnte man eigentlich annehmen, denn die PK-Rückstellung ging ja vergessen. Aber wir wollen da nicht zynisch sein.

Dies hat zwei Hauptgründe: Wir sind nicht zufrieden mit der Arbeit des Finanzamtes und lehnen die Art und Weise, wie die Pensionskasse saniert werden soll, ab. Die zusätzlichen Rückstellungen für die Pensionskasse im Umfang von 144.3 Mio. (ich habe eine andere Zahl) sind für uns inakzeptabel. Der zweite Ablehnungsgrund ist die Jahresrechnung selber respektive die Arbeit des Finanzamtes.

Grundsätzlich darf positiv erwähnt werden, dass die Summe aller Feststellungen im Revisionsbericht, Annetta sagte das, die Jahresrechnung nicht wesentlich verändert und der Bericht zum ersten Mal seit 2013 mit Normalwortlaut ausgestellt werden konnte. Auch positiv zu erwähnen sind die Bemühungen von verschiedenen Departementen, die Ausgaben zu stabilisieren oder sogar wie im Departement Bau zu senken. Leider sind die inhaltlichen Differenzen bezüglich Pensionskasse und Finanzamt jedoch für uns zu gravierend, so dass wir die Rechnung trotzdem nicht abnehmen.

Durch die PK-Rückstellung verkleinert sich das zweckfreie Eigenkapital der Stadt um 97 Mio. auf 5 Mio. Die weiteren Feststellungen der Finanzkontrolle würden das nochmals senken, so dass eigentlich gar nichts mehr vorhanden ist. Mit anderen Worten: Die Stadt Winterthur hat bei einem jährlichen Aufwand von knapp 1.7 Mrd. kein Eigenkapital mehr. Bei jeder privaten Firma müsste man sofort sanieren.

Ein weiteres Mal soll jetzt mit Steuergeld die Pensionskasse saniert werden. Diesmal sind es 144.3 Mio. Insgesamt, das hat Annetta vorher aufgelistet, hat der Stadtrat bis Ende 2016 bereits 240.4 Mio. zurückgestellt. Die vorgeschlagenen Massnahmen belasten fast ausschliesslich den Steuerzahler. Z.B. der im Vergleich viel zu hohe Umwandlungssatz (im Vergleich z.B. zur BVK) von über 6% wird bis 2020 nicht angetastet. Die Eigenwirtschaftsbetriebe müssen überhaupt keine Sanierungsbeiträge leisten.

Bezahlen für die Fehler früherer Stadtregierungen sollen die Steuerzahler. Und weil wir keine Reserven haben, machen wir halt weiter Schulden– zu Lasten unserer Kinder. Einem solchem Konzept wird die SVP unter keinen Umständen zustimmen. Wir lehnen jegliche Rückstellungen für die PK ab, in den Produktgruppen sowie in der Gesamtrechnung.

Das Finanzamt und insbesondere auch unsere Finanzministerin werden nicht müde, die desolate Lage herunterzuspielen. Um uns zu verwirren, werden in der Jahresrechnung neue Zusammenhänge zwischen Schuldzinsen und PK-Rückstellungen konstruiert. Durch die tiefen Zinsen entstünden zwar Fehlbeträge bei der PK, aber auf der anderen Seite könne bei den fremdfinanzierten Ausgaben in der Stadtrechnung massiv gespart werden. Das wird uns gesagt. Alles halb so schlimm, oder? Müssten dann aber nicht auf der anderen Seite Gewinne ausgewiesen werden, 40 Mio. oder mehr? Wo sind diese Überschüsse? Ist etwa der Haushalt etwa nicht nachhaltig ausgeglichen und ist ein Sparprogramm notwendig? Auch will uns das Finanzamt weismachen, in früheren Jahren seien Gewinne der Pensionskasse im Umfang von mehreren hundert Millionen in die Stadtkasse geflossen. Solche Rechenspielereien sind zwar absurd, aber auch hier gilt: Überschüsse in diesem Umfang sucht man in früheren Jahresrechnungen vergebens. Ins Eigenkapital sind sie offensichtlich nicht geflossen. Vielleicht hat man einfach die Rechnung geschönt. Unseres Erachtens greift die Finanzministerin mit solchen Spielereien direkt ihre früheren Kollegen an.

Unzufrieden ist die SVP auch mit der Arbeit des Stiftungsrates der Pensionskasse. Wir haben das Gefühl, dass ein entscheidender Beteiligter nicht vertreten ist: Nämlich der Steuerzahler. Man bedient sich ohne Scham am liebsten in der Stadtkasse, um die eigene Klientel vor einschneidenden Massnahmen zu schützen. Wir fordern eine neue, ausgewogene Besetzung des Stiftungsrates, in der auch die Interessen des Steuerzahlers berücksichtigt sind. Der zweite Grund, ich habe es vorhin angetönt, weshalb die SVP die Jahresrechnung ablehnt, ist die Arbeit des Finanzamtes. Beim Budgetieren und bei Rechnungsabschlüssen sollte das Finanzamt eigentlich eine Vorbildfunktion übernehmen. Immerhin geht es um einen Haushalt von 1.7 Mrd. Da erwarten nicht nur wir Gemeinderäte, sondern auch die Steuerzahler und Einwohner, dass die Einnahmen und Ausgaben korrekt verbucht sind, dass die Rechnung übersichtlich präsentiert wird und dass die Zahlen stimmen.

Leider musste die Finanzkontrolle in der Rechnung verschiedene bedeutende Mängel feststellen. Zum Beispiel ist der Gewinn in der Geldflussrechnung und in der Erfolgsrechnung um über Fr. 700'000 unterschiedlich. Das ist ein wenig peinlich und darf eigentlich nicht passieren. Oder die Investitionsrechnung – ebenfalls um einen Millionenbetrag nicht korrekt. Die Fehler summieren sich über die ganze Rechnung. Für uns undurchsichtig, keine saubere Datengrundlage, viele Flüchtigkeitsfehler – die Jahresrechnung ist insgesamt nicht genügend und v.a.: Sie ist nicht transparent.

Man sollte meinen, dass wenn man solche Feststellungen entdeckt durch eine externe Kontrolle, dass diese vom Amt vorgängig bereinigt werden würden. Aber diese Gelegenheit, obwohl sie vorhanden gewesen wäre, wollte das Finanzamt nicht wahrnehmen. Das Finanzamt verzichtete auf eine vorgängige Korrektur und Fehlerbeseitigung.

Wir sind beunruhigt über diese Einstellung, was ist das für eine Kultur? Ich möchte es an dieser Stelle deutlich sagen: Nach unserem Empfinden läuft es überhaupt nicht rund im Finanzamt. Die Führungsverantwortung wird nicht wahrgenommen.

Die SVP lehnt die Jahresrechnung 2016 ab, insbesondere aber wegen der PK-Rückstellungen. Ich stelle den Antrag, diese Jahresrechnung abzulehnen. Ich stelle den Antrag – ich hoffe, ich kann das da – die Produktegruppen Städtische Allgemeinkosten und Erlöse, Finanzamt, Spitex, Alterszentren, Parkplatzbewirtschaftung, Stadtwerk und Entsorgung abzulehnen.

**U. Hofer (FDP):** Ich kann es vorwegnehmen, die FDP-Fraktion wird die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht ebenfalls nicht abnehmen. In der Begründung wohl mit gewissen Unterschieden zur SVP, im Ergebnis aber gleich. In einem Punkt kann ich aber auch Christian Griesser Recht geben: Es gibt eigentlich sehr viel Positives zu berichten, es gibt sehr viel gute Arbeit zu würdigen. Und doch ist es ein bisschen zum Haare raufen, denn dieses Jahr steht das im Schatten von einigen wenigen Kritikpunkten, die aber im Ausmass alles andere überstrahlen.

Doch zunächst zum Positiven, da wirklich die Gefahr droht, dass das in Vergessenheit oder in den Hintergrund gerät: Erstens erfreulich ist das operative Ergebnis, da sind wir uns einig. Zweitens: Das Sanierungsprogramm vom Stadtrat und die Sanierungsanträge von bürgerlichen Parteien im Gemeinderat zeigen anscheinend eine gewisse Wirkung und es war doch eine Verbesserung erzielbar. Ich könnte einzelne Produktegruppen loben wie z.B. das Tiefbauamt, wo man rund 1 Mio. unter Budget lag, aber das wirklich Erfreuliche ist, dass man eine ziemliche Reihe von Produktegruppen auflisten könnte, wenn man sie positiv würdigen würde, so dass man das Gefühl hat, es findet gesamthaft in einer grossen Breite ein Umdenken statt. Das möchten wir wirklich sehr herzlich verdanken und loben.

Es gibt auch ein paar altbekannte Sorgenkinder wie Sozialhilfe und Sonderschulung. In diesen Themen sind neben uns aber auch übergeordnete Gesetzgeber gefordert, um bessere und fairere Lösungen zu präsentieren. Ich möchte da auch bemerkt haben, dass die Tendenz zunimmt, dass der Kanton befiehlt und nicht bezahlt. Meines Erachtens kann nur beides gleichzeitig sein.

Ich möchte noch ganz kurz ausholen: Das operative Ergebnis, das doch sehr positiv ist — was ist der Preis, den wir dafür bezahlt haben? Wir von der FDP-Fraktion haben das Gefühl, dass wir nach wie vor in einer sehr lebenswerten Stadt leben. Eine überaus sichere Grossstadt, ein unglaubliches kulturelles Angebot, hervorragende öffentliche Infrastruktur, funktionierende Verwaltung und die sozial ist und auch die Schwächeren schützt. Mit dem Umdenken, das wir spüren, sind wir anderen vielleicht schon eine Nasenlänge voraus. Alles in allem bekräftigt uns das, den Pfad, den wir einmal eingeschlagen haben vor einigen Jahren, in aller Konsequenz weiterzuverfolgen und es wird wohl auch darauf hinauslaufen, dass wir in der nächsten Budgetdebatte das Thema Steuererhöhung wieder diskutieren muss. Überaus positiv ist auch der Eigenfinanzierungsgrad von 98% in der Investitionsrechnung. Wir arbeiten ja zusammen mit dem Finanzamt an der Schuldenbremse und es tut eigentlich gut zu beobachten, dass wichtigen Aspekten bereits Rechnung getragen wird. In dem Sinne möchte ich Dir vielleicht anders als der Vorredner auch danken für die geleistete Arbeit in diesem Zusammenhang.

Und nun kommen eben die Schatten, es sind drei. Erstens, das wurde bereits erwähnt, die Technik der Rechnungsstellung an sich. Die Liste der Feststellungen aus dem vertraulichen Revisionsbericht ist aus unserer Sicht zu lange, als dass es einfach normale Fehler sind. Es sind zu wichtige Feststellungen. Noch gravierender, Michael Gross hat das richtig gesagt, ist, dass sich Fehler wiederholt haben, dass man nicht reagiert hat oder allgemein mehr Einsicht gezeigt hat. Ich kann da auch sagen: Das werden wir nicht tolerieren. Im Detail ist das aber in der AK zu besprechen, denn wie gesagt ist der grösste Teil des Berichtes vertraulich. Was wir auch nicht verstehen können – das ist die Überleitung zum zweiten Schatten: Wir bekamen von der Finanzkontrolle die erste wirklich brauchbare Übersicht im Zusammenhang mit den Rückstellungen zur PK. Wer diese Zahl aus der Rechnung ablesen möchte, der verzweifelt. Ich finde, das darf nicht sein, wenn man über derartige Millionenbeträge spricht. Ebenso unverständlich ist es, dass im Geschäftsbericht die PK mit keinem Wort erwähnt ist. Man stelle sich vor, die UBS würde 20 Mrd. Verlust machen und im Geschäftsbericht kein Wort darüber verlieren, was passiert ist. Es gäbe keine akzeptable Entschuldigung dafür. Die PK-Rückstellungen sind der zweite Schatten. Ich möchte es eigentlich nicht zur PK-Debatte machen. Es geht um die Frage, ob man diese Rückstellungen bilden muss – Ja oder Nein. Und ob man diese Rückstellung die Rechnung nachtragen kann. Unsere Antwort ist Nein. Erstens fehlen uns die notwendigen Informationen. Pro memoria: Man hat den Stadtrat in der letzten Budgetdebatte mehrfach aufgefordert, Stellung zu beziehen zum Stand der PK. Im IAFP ist die PK mit keinem Wort erwähnt. Und doch haben wir damals nichts gehört. Und doch soll in die Rechnung 2016 jetzt ein Rückstellungsbetrag von 144 Mio. Und wir haben immer noch

keine Weisung, weshalb dass es 144 Mio. sind. Es fehlen uns Informationen und ich nicke keinen Betrag ab, von dem ich die Informationen nicht habe. Zweitens gibt es keine konkrete rechtliche Grundlage. Es gibt keine indirekte, implizite Staatsgarantie von der Stadt. Es ist schlussendlich Verhandlungssache und wir lassen uns nicht in diese Ecke drängen. Das Dritte ist: Es gibt zu viele offene Fragen und diese sind derart gewichtig, dass auch die 50% Wahrscheinlichkeit, und dort unterscheiden wir uns, meines Erachtens nicht gegeben sind. Es ist der technische Zinssatz. Das ist ein Ermessensentscheid, weshalb gerade um 1.75% senken. Es könnte auch 1% sein. Das macht sofort zweistellige Millionenbeträge aus. Deshalb: Ist der Arbeitgeber im Stiftungsrat auch wirklich angemessen vertreten? Ich fasse zusammen: Ungenügende Informationen, sehr viele offene Fragen. Kurzum: Ich bezweifle, dass es über 50% Wahrscheinlichkeit gibt, dass die PK-Sanierung so durchkommt und deshalb sind auch die Rückstellungen in diesem Umfang nicht zu machen. In der Konseguenz schliessen wir uns der SVP an. Wir können so die Jahresrechnung, weil es ein massiver Betrag ist (es frisst das ganze Eigenkapital), nicht abnehmen. Das können wir so nicht abnehmen, obwohl es wirklich viel Positives gibt. Wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, dass wir diese PK-Geschichte irgendwie besser lösen können. Und auch da möchte ich betonen: Wir als Gemeinderat schulden dem Steuerzahler Rechenschaft. Das ist doch auch ein Unterschied zur Stadtverwaltung und zum Stadtrat.

Es gibt noch einen dritten Schatten, das sind die Geschehnisse rund um Stadtwerk. Es sind zwar seit dem Stabwechsel zu Barbara Günthard zu unserer vollsten Zufriedenheit Probleme angegangen und aufgearbeitet worden, aber diese Rechnung fällt in eine Periode, in der gewisse Sachen nicht so gelaufen sind, wie sie hätten laufen sollen. Auch dort können wir das nicht einfach mit Rechnungsabnahme gutheissen. Mein Kollege Felix Helg wird sich da in der Detailberatung noch weiter dazu äussern.

Th. Deutsch (EVP/BDP): Ich greife dem nächsten Traktandum noch ein bisschen vor und möchte an dieser Stelle gerne einmal aus dem Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle zitieren, in dem steht: «Vieles funktioniert seit Jahren einwandfrei und vorbildlich. Aus diesem Grund möchte ich hier die Gelegenheit wahrnehmen und hervorheben, dass wir bei unserer täglichen Arbeit oft sehr engagierten Mitarbeitenden begegnen, die ihre Aufgaben professionell, mit Herzblut und hohen Leistungsansprüchen ausüben. Dank ihnen werden die Prozesse in der Stadtverwaltung kritisch hinterfragt und laufend verbessert. Damit leisten sie einen grossen Beitrag an die Qualität der Dienstleistungen, welche die Stadtverwaltung für die Steuerzahlenden und die Gebührenzahlenden erbringt. Diesen Mitarbeitenden, welche die Mehrzahl der rund 5'000 Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung ausmacht, möchte ich ganz herzlich danken.» Die EVP/BDP-Fraktion möchte sich diesem Dank anschliessen und tritt gerne auf die Rechnung ein und wird die Rechnung und den Geschäftsbericht abnehmen. Der Ertragsüberschuss von Fr. 18.4 Mio. ist sehr erfreulich. Wir haben auch gehört, dass wir aber unter dem Strich aber einen Verlust von Fr. 97 Mio. haben, der dem Eigenkapital belastet wird und das zweckfreie Eigenkapital damit praktisch pulverisiert wird. Die PK-Rückstellung ist plausibel, wenn man den Sanierungsvorschlag des Stadtrates zu Grunde legt. Dadurch sind die Bedingungen für eine Rückstellung nicht nur erfüllt, sie muss auch gemacht werden. Ich vermute, dass wir uns zwar nicht ganz, aber mehrheitlich einig werden. Worüber wir vermutlich weniger einig sind, ist die Höhe der Rückstellung. Wir sollten hier und heute aber nicht über ungelegte Eier sprechen. Wir werden noch genügend Gelegenheiten haben, wenn die entsprechende Weisung vom Stadtrat in die Kommission bzw. in den Rat gekommen ist. Wir stellen fest, dass die Zinssituation immer noch zu Gunsten der Stadt Winterthur wirkt und die Zinsbelastung weiter gesenkt werden konnte. Es ist allerdings auch klar, dass diese Situation nicht unbeschränkt andauern wird. Dass die vom Kanton vorgeschriebenen Neubewertungen der Finanzliegenschaften und damit die Neubewertungen aufgrund von abgeschlossenen Investitionsprojekten zu Wertberichtigungen von fast 6 Mio. geführt haben, ist unschön. Wie der Stadtrat in der Weisung aber treffend schreibt, hätte die Anpassung der Bewertungsformel durch den Kanton an die gegenwärtige Marktentwicklung aber wieder eine Aufwertung zur Folge. An was wir in den nächsten Jahren aber wirklich arbeiten müssen, sind die Kosten in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales. Diese steigen weiterhin stark an. Wir brauchen da tragfähige Lösungen, die auch den Menschen nicht vergessen,

der hinter diesen Zahlen steckt. Das darf man in diesem Zusammenhang nämlich nicht vergessen.

Wir begrüssen es daher sehr, dass sich der Stadtrat auch weiterhin sehr intensiv für eine Beteiligung der Soziallast im Kanton Zürich einsetzt. Ich habe in diesem Raum auch die anwesenden Kantonsräte dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen. Jetzt haben wir ja nicht mehr so viele Kantonsräte hier, ich hoffe aber trotzdem, dass sie sich weiterhin dafür einsetzen werden. Wir haben eine lebenswerte Stadt. Es braucht den Einsatz und die wohlüberlegten Entscheidungen von uns allen hier, damit es so bleibt. Packen wir es an.

A. Steiner (GLP/PP): Ich möchte die Stellungnahme der GLP/PP-Fraktion bekanntgeben. Auch die GLP/PP-Fraktion tritt auf die Rechnungsabnahme ein. Wir möchten ebenfalls zuerst das Positive festhalten. Ich schliesse mich den Vorrednern an und auch der Finanzkontrolle, die ausdrücklich erwähnt, dass an sehr vielen Orten in dieser Stadtverwaltung sehr gute und engagierte Arbeit geleistet wird und dass immer das Bestreben da ist, dass man sich ständig verbessern kann. Verbessern kann in Bezug auf Effizienz, aber sich auch ständig verbessert in Bezug auf eine saubere Rechnungsführung und möglichst Fehler zu vermeiden. Es sind wichtige Projekte angegangen worden, dafür möchte ich auch ausdrücklich Yvonne Beutler danken, z.B. das IKS, das jetzt stadtweit eingeführt werden konnte. Das ist ein wichtiges Instrument und das wird man in den kommenden Jahren noch perfektionieren müssen. Auch das zentrale Verlustscheinmanagement, das angegangen worden ist (auch ein Wunsch seitens des Gemeinderates), das ist in der Pipeline. Auch die Schuldenbremse ist auf der Pipeline und man kann sagen, auf der Zielgeraden, das wird demnächst auskommen. Man hat dort zwar Korrekturen vorgenommen, aber man hat das Projekt aufgegleist, man hat den Auftrag angenommen und man hat den politischen Diskurs. Es wird eine Lösung geben und wir kommen auch da einen Schritt weiter. Ebenfalls positiv sind sicher, und die haben uns jetzt auch gerettet, die zusätzlichen Steuereinnahmen. Diese führten dazu, dass wir jetzt nicht pleite sind, sondern dass wir doch immerhin noch 5 Mio. Eigenkapital

Wir haben aber auch Baustellen. Baustelle Nr. 1, das wurde mehrmals erwähnt von meinen Vorrednern Michael Gross und Urs Hofer, in Bezug auf die Feststellungen, die gemacht wurden. Im Detailbericht konnten wir diese genauer anschauen. Die Zahl ist auch aus unserer Sicht viel zu hoch. Am meisten gestört haben uns aber gewisse Aussagen, die gekommen sind. Das hat zu tun mit der Kultur, die in gewissen Verwaltungseinheiten vorherrscht, mit der Fehlerkultur. Man wollte einen Fehler nicht korrigieren, da man fand, das sei nicht nötig. Man hat auch Fehler von 2015 nochmals gemacht (wiederholte Feststellungen), so etwas können wir schlicht nachvollziehen. Die PK-Unterlagen sind extrem unübersichtlich, man hatte keinen Überblick. Wie es Urs Hofer sagte, den ersten Überblick machte dann die Finanzkontrolle. Das haben wir auch angefordert von der Aufsichtskommission her. Ein kleines Müsterchen zum Thema Flüchtigkeitsfehler, die Michael vorher angesprochen hat (nur kleine Müsterchen, aber es sind letztendlich doch ziemliche Details): Wir haben im Moment eine Verschuldung von 1.5 Mio. (von dem träumen wir wahrscheinlich alle) – ich gehe davon aus, dass es Milliarden sind. Wir nehmen heute die Jahresrechnung 2015 ab, auch das ist wahrscheinlich Wunschdenken, wir nehmen heute die Jahresrechnung 2016 ab. Auch in der Weisung hat es kleine Details. Klar kann man sagen, Fehler können passieren, aber die Häufigkeit der Fehler irritiert. Die Zusammenstellung der Rechnung ist aus unserer Sicht immer mehr eine Zumutung: Es ist unübersichtlich und es ist weit weg von einer zeitgemässen, WOV-gerechten Berichterstattung, wie wir sie uns eigentlich wünschen würden. Baustelle Nr. 2, auch das wurde genannt, ist die Pensionskasse. Seit langem monieren die Grünliberalen und Piraten, dass man doch einmal Transparenz schaffen soll, dass man die Dinge auf den Tisch legen sollte. Im Moment wird dann kommuniziert, wenn man unbedingt muss, wenn es nicht mehr anders geht. Wir erachten das als eine sehr schlechte Kommunikationsform in einem solch wichtigen Geschäft, das wir haben. Es wurde erwähnt: Im integrierten Aufgaben- und Finanzplan hat die Pensionskasse im letzten November noch keine Erwähnung gefunden. Vier Monate später hatte sie plötzlich 144 Mio. Loch. Die Begründung, man hätte den Betrag noch nicht gewusst, greift zu kurz. Bei der Unternehmenssteuerreform hatte man die Zahlen auch nicht gewusst und man machte eine lange Abhandlung beim

Budget in Bezug auf die Zukunft und den IAFP. Dann hätte es auch mindestens 2-3 Sätze zur Pensionskasse leiden mögen, dass man da ein Problem hat. Auch wenn das vielleicht nicht einmal mit einem Betrag genannt worden wäre. Intransparenz ist auch immer ein schlechtes Gefühl. Ich denke, es wäre jetzt dringendst angesagt, dass man nun sauber alles auf den Tisch legt.

Baustelle Nr. 3 ist sicher die Thematik der Sonderschulung, wo man im letzten Jahr zwar eine gebundene Ausgabe gemacht hat von 1.5 Mio. und ein paar Monate später waren es plötzlich 800'000 mehr. Ein paar Monate später! Da funktioniert einfach das Controlling nicht. Von Seiten des Stadtrates wurde gesagt, dass man da keinen Einflussbereich hätte, das ist Aufgabe der Schulbehörde. Umso mehr ist es dringend notwendig, dass man an die Schulreform herangeht – heute Abend geht ein entsprechender Vorstoss herum. Baustelle Nr. 4 ist sicher auch die Polizei, wo man im Moment am Aufarbeiten ist. Man hat

dort ein grösseres Problem, man musste ein 2. Mal Geld nachschiessen und wir hoffen natürlich schwer, dass es das letzte Mal ist, dass man dort wieder Ordnung hineinbringen kann. Es ist ein wichtiger Bereich, der sauber laufen muss und entsprechend hoffen wir schwer, dass das besser kommt. Die GLP/PP-Fraktion wird die Rechnung aus vielen Kritikpunkten, die wir angebracht haben, nicht abnehmen und auch den Geschäftsbericht werden wir nicht abnehmen.

I. Kuster (CVP/EDU): Vieles wurde bereits gesagt und wir von der CVP/EDU-Fraktion sehen viele Sonnen- und viele Schattenseiten. Wir haben auch mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass die diversen Balance-Massnahmen Früchte tragen und im operativen Bereich ein positives Ergebnis erzielt worden ist. Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die einen Beitrag dazu geleistet haben und sich Mühe gegeben haben, mit den vorhandenen Mitteln kostenbewusst und effizient zu haushalten. Die Zunahme der Steuerkraft pro Einwohner freut uns ebenfalls. Da sind wir auf dem richtigen Weg, aber noch lange nicht am Ziel angekommen.

Keine Freude hatten wir an den Schattenseiten, wahrscheinlich wiederhole ich da. Das ist zum einen die Sanierung der Pensionskasse. Natürlich wissen wir, dass der Stadtrat bei schwieriger finanzieller Lage der Pensionskasse Sanierungsbeiträge leisten muss, aber wir haben auch Zweifel, ob das wirklich in diesem Jahr hatte sein müssen (wie es Urs erwähnt hat) und in diesem Umfang. Wir werden den Eindruck nicht los, dass der Stadtrat relativ locker und ohne die Interessen der Stadt und v.a. der Steuerzahler ausreichend zu wahren darauf einging und die Forderungen vom Stiftungsrat der Pensionskasse einfach übernimmt und sich sagte, wenn wir schon Rückstellungen bilden, dann bilden wir möglichst grosse Rückstellungen, damit der finanzielle Schmerz nur einmal zu spüren ist. Wir sind mit diesem Vorgehen überhaupt nicht einverstanden und wir werden uns dagegen wehren, dass die Sanierung der Pensionskasse vorwiegend durch die Steuerzahler erfolgt. Wir haben den Eindruck, dass bis zur Erstellung der Jahresrechnung deutlicher Raum für Improvement besteht. Es wurde auch schon mehrmals erwähnt, ich möchte da nicht auf die einzelnen Beispiele eingehen. Wir waren wirklich überrascht, aber auch konsterniert, über die hohe Anzahl der Bemerkungen der Finanzkontrolle. Wir sind froh, dass die Finanzkontrolle genau hinschaut und Unzulänglichkeiten aufdeckt und darüber berichtet. Die hohe Anzahl von Revisionsbemerkungen beunruhigen uns sehr und machen uns grosse Sorgen. Für die ordnungsgemässe Erstellung der Jahresrechnung ist nach unserer Ansicht das Finanzdepartement hauptverantwortlich. Dieses muss auch sicherstellen, dass die Einführung der Rechnungslegung, der Vorschriften und der Rechnungslegung überhaupt in den einzelnen Departementen richtig umgesetzt und befolgt wird. Der dritte Schatten ist die Situation bei Stadtwerk. Wie bekannt ist es dort aus dem Ruder gelaufen und es sind interne Weisungen und Richtlinien missachtet worden und diverse Aktivitäten sind unrentabel. Nur weil Stadtwerk aus Gebühren finanziert wird, ist das noch lange kein Grund, dass man mit den Geldern nicht sorgfältiger umgeht. Auch Gebühren belasten die Einwohner und Einwohnerinnen von Winterthur. Tiefere Gebühren würden die Attraktivität vom Wirtschaftsstandort Winterthur erhöhen. Wir sind auch überrascht, dass Stadtwerk einen eigenen Geschäftsbericht mit einem eigenen Zahlenteil publiziert, ohne einen eigenen Revisionsbericht dazu zu veröffentlichen. Wir sind der Ansicht, bei der Kontrolle und Überwachung von Stadtwerk Winterthur besteht dringender Handlungsbedarf. Wir möchten, dass die Jahresrechnung von Stadtwerk Winterthur, wenn sie schon publiziert wird, auch jährlich revidiert wird. Zweitens sind wir der Ansicht, dass die Überwachung und Kontrolle von Stadtwerk Winterthur neu geregelt werden soll. Es muss geprüft werden, ob dazu eine separate Gemeinderatskommission eingesetzt werden soll oder ein anderer Weg gefunden wird. Das ist kein Misstrauensvotum gegenüber den Kolleginnen und Kollegen von der BBK, aber angesichts der finanziellen Bedeutung und der Komplexität sowie der Risikosituation von Stadtwerk Winterthur sind wir der Ansicht, dass da ein neuer Anlauf sinnvoll wäre. Obwohl wir zufrieden sind, dass im operativen Bereich Fortschritte erzielt worden sind, entspricht die diesjährige Jahresrechnung aus den bereits erwähnten Gründen nicht unseren Anforderungen. Es hat zu viele Punkte, bei denen wir in materieller oder formeller Hinsicht unzufrieden sind und bei denen zu viele Fehler begangen worden sind. Deshalb lehnen wir die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht 2016 ab. Trotz der Ablehnung der Jahresrechnung möchte ich nochmals allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf allen Stufen für die gute Arbeitsleistung und den grossen Einsatz danken - in der Hoffnung, dass wir dann nächstes Jahr die Jahresrechnung abnehmen können. Das wäre noch der Wunsch.

R. Kappeler (SP): Die Fraktion der SP tritt selbstverständlich auf die Rechnung ein. Ich beginne mit einem grossen Dank an alle, die mit enormer Arbeit und zuverlässiger Arbeit ermöglicht haben, dass wir heute so detailliert über diese Rechnung diskutieren können. Angefangen bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im Finanzamt, aber auch in der ganzen Stadtverwaltung, in den einzelden Produktegruppen, die verantwortlich sind für das Zusammenstellen dieser Zahlen, weiter zum Finanzdepartement, das eine gute Arbeit geleistet hat, auch dieses Jahr wieder, und last but not least zum Gesamtstadtrat, der da wesentlich mehr Weitblick zeigt als meine Kollegen und Kolleginnen aus den bürgerlichen Fraktionen. Natürlich haben auch wir die 97 Mio. Defizit, das unser freies Eigenkapital fast vollständig auffrisst, traurig zur Kenntnis genommen. Es ist traurig, aber es ist wahr. Wir schauen den Realitäten ins Gesicht und schauen a) ein bisschen dahinter und b) ein bisschen in die Zukunft. Um dahinter zu schauen, blenden wir einmal diese Rückstellungen aus. Ich komme in einem 2. Punkt auf diese zurück. Schauen wir den operativen Bereich an. Es ist das 4. Jahr in Folge mit einem positiven Rechnungsabschluss, das ich miterlebe, und es ist das 3. Jahr in Folge mit einem sehr deutlichen (über 10 Mio.) positiven Abschluss im operativen Bereich, also im Alltagsgeschäft. Das ist sehr erfreulich und es zeigt, dass die Stadtverwaltung ihre Hausaufgaben gemacht hat. Es ist noch nicht lange her, da sprach man in der Presse davon, Winterthur sei das Griechenland der Schweiz. Griechenland ist dafür bekannt, dass sie laufend Geschäfte nicht im Griff haben sollen (ich äussere mich nicht dazu, ich kann das nicht beurteilen). Das war definitiv nie der Fall. Wir haben mit dieser Rechnung gezeigt, dass wenn daran einmal Zweifel geherrscht hätten sollen, diese wirklich beseitigt werden können. Winterthur hat mit einigen Sparpaketen seine Hausaufgaben gemacht und diese Sparpakete. das ist im Jahresbericht, auch ausgeführt. Insbesondere Balance ist zu einem grossen Teil bereits umgesetzt und nachhaltig wirksam. Es ist noch nicht in allen Departementen gleich intensiv umgesetzt worden, das darf man auch sagen, und wir können dazu sagen: Die SP hat Balance immer, auch mit tränendem Auge, unterstützt. Wir haben Ja gesagt dazu. Wir sind aber dezidiert der Meinung, dass gerade der gute Abschluss im operativen Bereich auch zeigt, dass keine neuen Sparpakete angesagt sind. Die Stadt soll auch, wie schon Urs Hofer gesagt hat, hauptsächlich auch wieder ihre Lebensfreude in den Vordergrund stellen. Man soll von dem «Sparjammer» auch wieder einmal ein bisschen wegkommen. Wir sind da auf einem wirklich grünen Zweig, das können wir so sagen. Da auch den Dank allen Beteilig-

Wenn wir den operativen Bereich anschauen, haben wir aber tatsächlich zwei Posten, die auch schon erwähnt wurden, die Sonderschulung und die Polizei, die das Budget nicht eingehalten haben. Und da muss man genauer hinschauen, das machen wir allenfalls in der Detailberatung und machen das sicher weiter in den Kommissionsarbeiten. Wir müssen uns langfristig bewusst sein, das sagte auch bereits Thomas Deutsch, dass die drei grössten Kostentreiber (nicht nur in der Stadt Winterthur, in den ganzen öffentlichen Schweizer Finanzen) Bildung, Gesundheit und Soziales wirklich dauernd unter Beobachtung bleiben müssen,

denn das kostet mehr und mehr. Entweder müssen wir diese Kostenentwicklung stoppen können oder wir müssen sie finanzieren, oder eben einen Mix aus beidem. Das werden wir weiterhin auch anschauen.

Wenn wir jetzt auch wieder zum operativen Bereich kommen, muss ich entgegen dem ganzen Bashing des Finanzamtes, das vorher genannt wurde, auch die Zuverlässigkeit der Rechnung, der Hochrechnung und der Budget- und Planungszahlen loben. Ich habe nun die 4. Jahresrechnung begleitet und habe als Referent u.a. auch die Umstellung auf HRM2 begleitet. Ich habe jederzeit den Eindruck bekommen: Da hat man zuverlässige, taugliche Zahlen, mit denen man arbeiten kann. Das gilt auch für die Jahresrechnung dieses Jahr. Daher herzlichen Dank und viel Lob an alle Beteiligten.

Ein Wort zu den Rückstellungen. Ich lasse mich nicht auf eine Pensionskassendebatte ein, ich möchte nur zu den Rückstellungen nochmals ganz wesentlich zitieren. Rückstellungen werden erstens in jedem Geschäft, also auch in einem öffentlichen Haushalt, erst beim Jahresabschluss gemacht, und d.h. faktisch dann halt erst im Januar/Februar gebildet oder häufig erst dann gebildet, wenn man anschaut und die Risiken einschätzt, die sich per 31. Dezember zeigen und müssen dann nach bestem Wissen und Gewissen geschätzt werden. Es gibt bei Rückstellungen keine absolute Wahrheit. Für irgendetwas haben wir eine Finanzkontrolle. Die Finanzkontrolle, das auch als Zitat aus ihrem Bericht (Annetta Steiner hat das zwar auch schon aufgelegt bei ihrem Eintretensvotum, es war aber dort unter 5 Punkten mit ganz viel Kritik unter einem als Teilpunkt drin – ich finde, man muss den an den Anfang stellen), sagt, das Resultat aus ihrer Prüfung habe sie zusammengestellt und «Zum ersten Mal seit 2013 wurde wieder ein Revisionsbericht im Normalwortlaut publiziert, das heisst ohne Einschränkung und ohne Hervorhebung eines Sachverhalts.» Meine Damen und Herren, wären diese Rückstellungen willkürlich vom Stadtrat viel zu hoch eingeschätzt gewesen, wäre die Finanzkontrolle die allererste Behörde gewesen, die gesagt hätte, das sei Fantasie und gehe nicht. Die Empfehlung zur Abnahme ohne Hervorheben eines Sachverhaltes heisst, diese Rückstellungen sind nicht nur wahrscheinlich (mit mehr als 50% Wahrscheinlichkeit, Urs Hofer), sondern sie sind auch in der Höhe absolut wahrscheinlich und zuverlässig geschätzt. Soviel zum Thema Rückstellungen. Ich nehme noch schnell das Votum der SVP auf, die sagt, sie lehnen jegliche Rückstellung ab. Man kann auch Vogel-Strauss-Politik machen und einfach den Kopf in den Sand stecken. Dann sieht man die Umwelt nicht mehr und muss die bösen Situationen rundherum nicht anschauen und kann sagen: «Dann lehnen wir halt die Rückstellungen ab und lehnen die Rechnung ab und dann wird alles gut.» Das ist ein wenig die Kurzzusammenfassung vom SVP-Nein zur Rechnung. Ich möchte nochmals, oder als Drittes, auf die Zuverlässigkeit der Rechnungslegung kurz eingehen. Urs Hofer hat das ja mit seinem Bild von Licht und Schatten dem Stadi bereits vorweggenommen (man sieht, dass der von allen gelesen wurde). Ich finde allerdings, Du hast Dich sehr weit zum Fenster hinausgelehnt bezüglich Amtsgeheimnisverletzung. Du zitierst nicht gerade Sachen aus einem vertraulichen Bericht, sagst aber doch, der ist vertraulich, aber... und bringst dann einige wesentliche Punkte und andere plappern Dir das heute so nach. Ich möchte das nicht machen, ich sage nur Folgendes: Wir haben eine Jahresrechnung, die im publizierten Bereich, im Buch A ca. 250 Seiten umfasst, im Buch B ca. 350 Seiten und im Buch C ca. 150 Seiten. Das sind ca. 750 Seiten. Meines Wissens stehen ca. 1.5 Mio. Buchungen dahinter. Wo gearbeitet wird, da passieren Fehler. Das ist völlig selbstverständlich. Wo viel gearbeitet wird, passieren halt ein paar Fehler mehr. Ich habe schon x Jahresrechnungen mit meinen Schülern und Schülerinnen angeschaut, die mindestens so schlimme Fehler enthielten wie dass einmal ein falsches Jahr hineinrutscht, sogar in den Hauptzahlen drin. Davon kann nicht die Rede sind. Natürlich gibt es auf den ersten Blick eine grosse Anzahl Feststellungen von der Finanzkontrolle, aber die Wesentlichkeit spielt eine Rolle. Und nochmals, das Zitat aus dem Schlussbericht der Finanzkontrolle: «ohne Einschränkung und ohne Hervorheben eines Sachverhaltes.» Die Finanzkontrolle, die zwar in der Detailarbeit wahnsinnig pingelig ist und sogar bemerkt, wenn es in einer Kasse Fr. 2.50 zu viel drin hat, nimmt am Schluss eine Würdigung vor und sagt, im Wesentlichen zeigt diese Rechnung das richtige Abbild. Und jetzt glauben wir ihnen doch einfach einmal und vertrauen ihnen und massen uns nicht an, dass wir diese Rückstellungen besser abschätzen können und die Arbeit des Finanzamtes besser beurteilen können als dieses positive Gesamtresultat. Neben dem, dass viel gearbeitet wird, muss man auch sagen: Im Finanzamt sind im letzten Jahr oder den letzten paar Jahren Riesenprojekte gestemmt worden. Wir haben die ganze Umstellung der Rechnungslegung von HRM1 auf HRM2, die bewältigt worden ist, in zwei grossen Schritten, den Finanzanpassungsbericht und in diesem Zusammenhang ist es dann halt auch passiert, dass eine Zahl aus der Jahresrechnung übertragen worden ist, die man vielleicht schon im Januar schon übertragen hat. Nachdem man noch ein paar Abschlussbuchungen mehr gemacht hat, hat man diese im Februar oder März nicht mehr angepasst und dann gibt es Fr. 700'000 Unterschied – wohlverstanden auf 97 Mio. Defizit. Das ist unschön, das ist völlig klar, aber das ist 1 Seite von diesen 750. Jetzt kann man natürlich schon versuchen, aus dem einen Strick zu drehen, aber das ist alles andere als Wesentlichkeit. Wenn wir auf das Wesentliche schauen, dann können wir sagen, dass wir in den letzten Jahren gute Grundlagen bekommen haben für unsere Budgetdebatten. Wir haben gute, verlässliche, transparente Zahlen bekommen für unsere Rechnungsabnahme. Und wer nun einfach lieber Vogel-Strauss-Politik macht, der sagt Nein zu dieser Rechnung. Die SP sagt Ja. Mein geplantes Schlusswort hat Thomas Deutsch schon vorweggenommen. Ich hätte auch

gerne den Einleitungstext aus dem Vorwort der Finanzkontrolle zitiert. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz.

- U. Hofer (FDP): Zuerst zum Nebengleis: Wenn man einem Anwalt Verletzung des Amtsgeheimnisses vorwirft, muss ich doch kurz reagieren. Ich habe zu diesem Bericht, es hat einfach zu viel und ich bin nicht ins Detail gegangen. Ich glaube, wir sind uns einig, dass das keine Amtsgeheimnisverletzung ist. Zum Hauptgleis: Du hast es richtig gesagt, es gibt keine absolute Wahrheit. Aber es ist halt bei Rückstellungen so: Es besteht sehr viel Ermessen. Die Finanzkontrolle ist nicht dazu da, Ermessen zu beurteilen. Sie kann sagen, dass es rechnungstechnisch eine Rückstellung ist und sie eine Zahl vorgelegt haben, die in sich plausibel ist. Aber sie ist nicht dazu da, eine politische Würdigung vorzunehmen. Wo Ermessen besteht und wo Politik ist, das wissen wir alle, liegt das in der Natur der Sache, es gibt auch ein politisches Ermessen. Man kann die Zahl kreieren, die man gerne hätte, mit der man gerne einsteigen möchte. Gegen diese Verhandlungstaktik wehren uns, auch bei gebundenen Rückstellungen.
- S. Büchi (SVP): Ich habe nur zwei Bemerkungen. Das eine: Fast alle haben die Stadt und die Verwaltung gelobt, dass gute Arbeit gemacht wird. Das ist zweifellos so. Aber wir müssen halt schon ehrlich sein: Wenn bei einer Airline, die 100'000 Flüge macht, nur einer abstürzt, dann spricht man nur noch über diesen Absturz. Mit dieser Pensionskassen-Rückstellung haben wir halt leider einen grossen Absturz im Zentrum. Dann ist es halt unfair allen anderen gegenüber, die einen guten Job gemacht haben, aber dann müssen wir als politische Verantwortungsträger das halt auch ins Zentrum stellen. Und die 2. Bemerkung ist eine Antwort auf Christian Griesser, der uns vorgeworfen hat, dass wir den bürgerlichen Stadträten guasi vorwerfen würden, dass sie das Departement nicht im Griff hätten. Das ist so nicht richtig. Wir haben den Stadtrat kritisiert, der sich in einer bürgerlichen Mehrheit wähnt, dass er manchmal keine bürgerlichen Entscheide fällt. Und in diesem Fall, bei der Pensionskasse, bei der angedachten Pensionskassensanierung, ist das ja genau solch ein Punkt, der nicht bürgerlich geprägt ist. Das ist ja genau der Punkt, dass wir als SVP-Fraktion solche Pensionskassengeschichten schlichtweg nicht akzeptieren können.

Ratspräsident F. Landolt: Ich stelle fest, dass kein Nicht-Eintretens-Antrag gestellt wurde. Das Eintreten wurde nicht in Frage gestellt. Das Wort hat der Stadtrat.

Stadträtin Y. Beutler: Zuerst ein herzliches Dankeschön an alle, die die Wertschätzung gegenüber den städtischen Mitarbeitenden zum Ausdruck gebracht haben, insbesondere denen gegenüber, die intensiv mit den Zahlen sind. Das sind alle Rechnungsführerinnen und Rechnungsführer der Departemente, alle Departementscontroller und natürlich auch das Finanzamt. Ich schliesse mich diesem Dank an. Es sind genauer gesagt 1'462'680 Buchungen, die vorgenommen wurden. Bei 608'609 Belegen. Ja, es gibt Fehler. Es gibt Fehler, die sind wesentlich und es gibt Fehler, die erreichen die Wesentlichkeitsgrenze nicht. Ich glaube, wenn man ein Urteil abgibt darüber, wie viele Feststellungen es gab, dann ist die Wesentlichkeit wirklich wesentlich. Man kann das sehr dramatisch schildern und dann gibt es ein sehr desolates Bild von unserer Stadtverwaltung. Man kann aber auch anerkennen, dass ein Teil der Feststellungen Jahreszahlen betroffen hat, ein grosser Teil hat auch einen Zusammenhang mit der Umstellung auf HRM2. Ich glaube, das sind Sachen, bei denen man durchaus auch nachsichtig sein darf. Es ist das 2. Mal, wo wir den Rechnungsabschluss unter HRM2, wir sind nach wie vor Pilotgemeinde, wir haben kein Handbuch. Es gibt ganz viele Dinge, bei denen wir immer wieder in Abstimmung mit dem Gemeindeamt schauen müssen, wie wir es letztlich machen.

Die Rückstellung ist das grosse Thema. Zum Vorgehen, wie diese Rückstellung gemacht wurde: Es war der Stadtrat, zusammen mit der Pensionskasse und dem Stiftungsrat, der sich für ein Modell für die PK-Sanierung entschieden hat. Aufgrund dieses Modelles hat das Finanzamt die Rückstellung berechnet. Es war nicht das Finanzamt, das die PK-Sanierung so vorgeschlagen und durchgezogen hat. Es war ein gemeinsamer Entschluss von Stiftungsrat, Stadtrat und diese haben letztlich dem Finanzamt den Auftrag gaben, diese PK-Rückstellung zu berechnen. Die PK-Rückstellung wurde von der Finanzkontrolle überprüft. Es ist ein Ermessen und natürlich ist es Aufgabe der Finanzkontrolle, Ermessen zu überprüfen. Das macht sie auch in anderen Bereichen. Die Finanzkontrolle kam zum Schluss, dass aufgrund dieses Modelles, das der Stadtrat zusammen mit der PK vorschlägt, die Höhe dieser Rückstellung plausibel ist. Und so hat sie dann danach auch das Prüfurteil abgegeben. Es wurde sehr viel gesagt zum Finanzamt. Roland sagte es, es war ein eigentliches Bashing. Besonders von Dir, Michael. Ich glaube, einen Punkt konnte ich bereits ausräumen, nämlich dass es nicht die Vorlage des Finanzamtes war, sondern die Vorlage vom Stadtrat. Der Stadtrat wird die Weisung präsentieren und danach ist auch der Zeitpunkt da, wo wir entscheiden, wie man diese Sanierung durchführt, wie viel von dieser Rückstellung braucht man tatsächlich und wie viel fliesst wieder zurück ins Eigenkapital. Es ist tatsächlich so: In den «goldenen Jahren», in den «goldenen Anlagejahren» konnte sich die Stadt zu 5% bei der PK finanzieren. Das waren die Jahre, wo man auf dem Markt bis zu 10% Rendite erwirtschaften konnte. Das sind einfach die Facts. Wir machten den Vergleich mit der PK der Stadt Zürich. Wenn die PK der Stadt Winterthur etwa gleich angelegt hätte (das wäre einfach mal die Annahme), dann wäre die Sanierung so nicht notwendig gewesen. Das sind Zahlen, die man einfach anerkennen muss. Die Stadt hat über lange Jahre davon profitiert. Was man auch sagen muss, Michael, das Geld hätte nicht ins Eigenkapital fliessen können, weil man unter dem Finanzausgleich jährlich 10% vom Eigenkapital abbauen musste. Wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf: Bevor man ein derartiges Bashing macht, wäre es schön, wenn man auch die Fakten beisammen hätte. Es wurde angeregt, dass der PK-Stiftungsrat falsch zusammengesetzt sei. Die PK-Ausgliederung wurde durch den Gemeinderat beschlossen und danach durch das Volk. Es gab eine Sonderkommission, von Daniel Oswald geleitet. Ich finde, er hat wirklich gute Arbeit geleistet. Wenn Du findest, der Stiftungsrat sei falsch zusammengesetzt, dann diskutiert das doch bitte intern nochmals. Diese PK-Rückstellung muss gebildet werden. Ich glaube, ich muss die drei Voraussetzungen für die Bildung einer Rückstellung nicht nochmals erwähnen, das wurde bereits genügend gesagt. Warum sagte man im Rahmen der Budgetdebatte im Dezember 2016 nichts dazu gesagt? Stichtag für die Entscheidung, ob eine Rückstellung für etwas gebildet wird oder nicht, ist der 31.12.2016. 2016 = Rechnung 2016. Sie war also nicht Teil vom Budget 2017 und auch nicht Teil vom IAFP 2018. Es wäre zu diesem Zeitpunkt nicht möglich gewesen, etwas über eine PK-Rückstellung auszusagen, bevor der Stadtrat beschlossen hatte, mit welchem Modell man gehen möchte, wie hoch eine Rückstellung wäre, wie das aussehen sollte. Ich glaube, das wäre nicht seriös gewesen und es wäre der Sache und der Debatte auch nicht dienlich gewesen. Ich glaube, wenn man diese Diskussion so verfolgt: Wenn man keine Rückstellung gebildet hätte, hätten Sie die Rechnung ebenfalls abgelehnt. Dann hätte zuerst die Finanzkontrolle intervenieren müssen, als zweites dann allenfalls auch der Bezirksrat. Das wäre wirklich falsch gewesen, wenn man das jetzt nicht so gemacht hätte. Dann hätte ich das Verständnis gehabt, wenn Sie diese Rechnung abgelehnt hätten.

Ich möchte noch ein Wort verlieren zum Finanzamt. Roland hat zwar bereits einen Teil dieser Dinge gesagt, aber damit Sie sich auch vorstellen können, was eigentlich in dieser Ver-

waltungseinheit geleistet wird. Ich sage das jetzt auch deshalb, weil es jetzt so explizit in der Kritik steht. Wir haben in den vergangenen Jahren den Release gemacht vom CS2. Das ist die ganze Software, auf der unser ganzes Rechnungswesen basiert. Das war eine Riesenkiste. Wir haben HRM2 eingeführt, als Pilotgemeinde. Wir haben ein IKS eingeführt. Wir haben dazu noch effort und Balance durchgeführt. Und wir haben es nicht mit gleich viel Personal durchgeführt, sondern mit weniger, weil wir nämlich aufgrund von effort und Balance weniger Personal zur Verfügung hatten. Das Finanzamt hat sehr grosse Arbeit geleistet mit einem sehr grossen Einsatz. Die Lichter brannten am Wochenende und die Lichter brannten auch noch abends um 22 Uhr. Ich glaube, wenn jemand es nicht verdient hat, dass man es so hinstellt, dann ist das letztlich wirklich das Finanzamt. Sie haben von diesen grossen Aufgaben, die sie geleistet haben, 95%, 98% richtig gemacht. Ja, es gibt Sachen, die nicht gut gelaufen sind. Die Geldflussrechnung ist eines dieser Beispiele, die wirklich unschön sind, dass am Schluss diese Plausibilisierung nicht stattgefunden hat. Aber auch da ist letztlich die Wesentlichkeit der Feststellung relevant. Eine Geldflussrechnung in der Stadt Winterthur hat nicht die gleiche Bedeutung wie eine Geldflussrechnung in einem börsenkotierten Unternehmen. Also da muss ich sagen: Es ist unschön, es ärgert mich, es ärgert das Finanzamt. Ich glaube, das ist auch etwas, wo man nun weiss, dass man den Prozess nächstes Jahr anpassen muss, damit so etwas letztlich nicht nochmals passieren kann. Ich kann Ihnen einfach nochmals sagen: Eine Rückstellung ist eine Finanzrechnungsgrösse, keine politische Grösse. Wie hoch diese Rückstellung letztendlich sein wird oder resp. wie viel Geld dieser Rückstellung letztlich gebraucht werden muss, werden Sie hier drinnen im Rahmen dieser Weisung dann entscheiden. Eine Rückstellung heisst nicht, dass das Geld dann weg ist. Das Geld ist immer noch da, das Geld ist einfach nicht mehr im freien Eigenkapital, sondern wie gesagt in Form einer Rückstellung parkiert. Wenn Sie sich in Kenntnis aller Fakten für ein anderes Modell entscheiden, dann fliesst das Geld, das nicht gebraucht wird, zurück ins freie Eigenkapital. Natürlich können Sie die Rechnung ablehnen. Wenn Sie aber die Rechnung ablehnen würden, wenn keine Rückstellung gebildet worden wäre, hätte ich Verständnis und wahrscheinlich hätte auch die Finanzkontrolle Verständnis dafür – aber nicht, wenn eine Rückstellung gebildet wird, zu der wir rechtlich dazu verpflichtet sind. In dem Sinn würde ich mir wünschen, dass der eine oder andere von Ihnen vielleicht noch umdenken und die Rechnung verabschieden würde, wie sie vorliegt. Ich glaube, wir können im operativen Teil wirklich zufrieden und auch ein bisschen stolz sein, dass wir diesen sauberen Überschuss von 18 Mio. erwirtschaften konnten. Dass die PK-Rückstellung dieses gute Ergebnis gedreht hat, das ist wirklich sehr bedauerlich. Aber letztlich muss man sagen, im operativen Bereich ist man auf einem guten Weg und das ist für mich etwas, das sehr entscheidend ist.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich möchte gerne ein paar wenigen Äusserungen, die in dieser Eintretensdebatte gefallen sind, noch etwas mehr Gewicht geben, indem ich sie nochmals verdanke. Es fielen Voten wie «die Stadt ist gut unterwegs» (Urs Hofer), Thomas sagte, es sei eine lebenswerte Stadt, Annetta hat aufgezählt, was wir alles Gutes im Finanzbereich gemacht haben mit IKS, mit Sanierungsprogrammen... Ich möchte den Anschein nicht verdecken, aber ein bisschen abschwächen, dass da alles im Argen liege bei uns in der Stadt, sondern ich möchte bewusst, dass es nochmals hervorgehoben wird: Wir haben sehr viel in dieser Stadt, das sehr gut läuft. Das ist auch dem Stadtrat wichtig, dass es eben gut läuft in dieser Stadt, selbst wenn wir bei den Finanzen immer wieder Themen haben. Wir sorgen dafür, dass man das in der Bevölkerung nicht gross merkt. Auch die Sanierungsprogramme haben wir so zusammengestellt, dass die grosse Masse der Bevölkerung diese Massnahmen nicht merkt und auch wir sind wirklich der Meinung, diese Stadt ist gut unterwegs und wir sind trotz grossen Themen im Finanzbereich eine lebenswerte Stadt und gut unterwegs. Zur Finanzkontrolle (wir haben ja danach noch ein Traktandum) möchte ich einfach nochmals betonen: Bei den Feststellungen, bei der Anzahl der Feststellungen, geht man sehr stark auf die Quantität der Feststellungen. Es gab keine einzige wesentliche Bemerkung bei diesen Feststellungen. Bei unserem Austausch mit der Chefin der Finanzkontrolle hat sie uns attestiert, dass wir jetzt dort in einem «Normalzustand» sind. Es passieren Fehler, wir müssen einfach dafür sorgen, dass man diese Fehler nicht immer und immer wieder macht,

da machen, das ist richtig.

sondern dass man diese ausräumen kann. An diesen Arbeiten sind wir dran. Für mich ist die Qualifikation dieses Berichtes der Finanzkontrolle entscheidend, nämlich «normal». Dass man das nicht einfach so hinnehmen und dann zum Tagesgeschäft übergehen darf, dessen ist sich der Stadtrat bewusst. Da wollen wir etwas dagegen setzen und wir nehmen diese Berichte der Finanzkontrolle sehr ernst. Wir sind ja auch dankbar, dass die Finanzkontrolle auch noch hinschaut. Das ist ein sehr wichtiger Faktor, dass sie hinschaut, und ich werde nachher beim Tätigkeitsbericht nochmals etwas zur Finanzkontrolle sagen. Jetzt bitte ich Sie: Ziehen Sie auch die guten Seiten heran, was gesagt wurde und was ich erwähnt habe, und nicht nur die grossen Themen wie PK und Stadtwerk. Bei der PK kann ich ergänzen, was Yvonne Beutler schon sagte: Mit dieser Rückstellung ist noch kein Rappen ausgegeben. Der Gemeinderat, der jahrelang zu Recht sagte, man müsse nach vorne schauen, man müsse bei der Planung besser hinschauen – genau das machen wir mit die-

Ratspräsident F. Landolt: Besten Dank. Das war die Eintretensdebatte zur Rechnung 2016. Wir kommen jetzt zur Detailberatung, da kein Antrag auf Nicht-Eintreten gestellt wurde. Ich möchte so verfahren, dass ich pro Departement durchgehe (also nicht die Produktegruppen erwähne) und wenn es etwas gäbe, Michael Gross, das man ablehnen müsste, müsstest Du Dich dann dort nochmals melden – wie auch alle anderen, die da einen Antrag haben.

ser Rückstellung und das ist notabene auch etwas, das die Finanzkontrolle sagte: Was wir

Ich spreche von der Rechnung Teil B.

Departement Kulturelles und Dienste. Es gibt keinen Antrag, damit haben Sie diese Rechnung abgenommen.

**D. Oswald (SVP):** Das Departement insgesamt?

**Ratspräsident F. Landolt:** Ja. Es gibt keine Bemerkungen und Anträge zum Departement Kulturelles und Dienste.

Departement Finanzen. Gibt es da einen Antrag zu einer Produktegruppe?

M. Gross (SVP): Finanzamt und Städtische Allgemeinkosten / Erlöse.

Ratspräsident F. Landolt: Gibt es Wortmeldungen zu diesen beiden Ablehnungsanträgen?

**R. Kappeler (SP):** Ich finde es seltsam, dass offenbar solche neuen Gepflogenheiten da eingeführt werden müssen, dass man Sachen erst jetzt heute bringt. Einzelne Produktegruppen, die man nicht abnehmen will, wo in der Kommission eigentlich nicht die Rede davon war.

**Stadträtin Y. Beutler:** Mir ist auch nicht klar, wieso die Rechnung vom Finanzamt abgelehnt werden soll. Es wurde tatsächlich keinerlei Kritik geäussert in der Aufsichtskommission. Das Finanzamt hat die Rechnung resp. das Budget, das es hatte, sogar noch unterschritten und es ist mir wirklich schleierhaft, warum dass nun ein solcher Antrag kommt. Ich glaube, ich habe das vorhin genügend deutlich gesagt, wie viel und welch gute Arbeit dort geleistet wird im Finanzamt. Wenn das eine Unmutsbezeugung mir gegenüber war, dann wählen Sie mich doch bitte einfach das nächste Mal nicht, aber lassen Sie das Finanzamt aus dem Spiel.

Ratspräsident F. Landolt: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zu diesen Ablehnungsanträgen. Wir stimmen einzeln ab.

Wer die Rechnung des Finanzamtes auf Antrag der SVP ablehnen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer diese Rechnung annimmt, der soll das bezeugen durch Handerheben.

Das ist eine eindeutige Mehrheit, der Ablehnungsantrag zur Rechnung des Finanzamtes ist abgelehnt.

Beim nächsten Ablehnungsantrag geht es um die Städtischen Allgemeinkosten / Erlöse.

Wer diese Rechnung ablehnen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Wer diese Rechnung annehmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. **Damit habt Ihr die Rechnung von Städtische Allgemeinkosten / Erlöse abgelehnt.** 

- **S. Stierli (SP):** Ich möchte beliebt machen, dass Anträge begründet werden. Ich finde es schwierig, wenn Anträge ohne Begründung gestellt werden. Das ist wirklich nicht üblich.
- **U. Hofer (FDP):** Ich kann es einfach machen mit der Begründung. Es gibt Produktegruppen, in denen die PK drin ist und wenn wir die Rechnung gesamthaft wegen der PK ablehnen, können wir konsequenterweise auch Produktegruppen, in denen die PK drin ist, nicht gutheissen. Ich kann es vorwegnehmen, es sind die Städtischen Allgemeinkosten / Erlöse, Spitex, Alterszentren, Entsorgung und Parkplätze sowie Stadtwerk. Das als allgemeine Begründung für diese Departemente.
- **D. Oswald (SVP):** Unser Sprecher hat es im Eintretensvotum begründet, welche Produktegruppen wir wieso ablehnen und sogar dort die Anträge gestellt.

Ratspräsident F. Landolt: Zum Departement Bau. Gibt es da zu einzelnen Produktegruppen Anträge?

**M. Gross (SVP):** Produktegruppe Entsorgung, mit der gleichen Begründung PK-Rückstellung.

Ratspräsident F. Landolt: Wer die Produktegruppe Entsorgung auf Antrag der SVP ablehnen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer die Produktegruppe annimmt, soll das bezeugen durch Handerheben.

#### Die Produktegruppe Entsorgung wurde abgelehnt.

Damit möchte ich die Sitzung unterbrechen. Wir fahren mit dem Departement Sicherheit und Umwelt nach den Einbürgerungen um 20.10 Uhr weiter.

Ratspräsident F. Landolt: Ich begrüsse zur 5. Sitzung dieses Amtsjahres. Ich begrüsse Christoph Baumann, Christoph Magnusson, Matthias Gubler und Franco Albanese. Wir fahren weiter mit der Detailberatung Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes 2016. Wir haben vor dem Unterbruch die Departemente Finanzen, Bau und Kulturelles und Dienste bereits durchgenommen. Bei der Detailberatung gehe ich pro Departement vor. Wenn man bei einer Produktegruppe einen Antrag hat, muss man sich beim Departement melden.

Wir kommen zum Departement Sicherheit und Umwelt.

**M. Gross (SVP):** Wir stellen den Antrag, die Produktegruppe Betrieb Parkhäuser und Parkplätze abzulehnen. Grund: PK-Rückstellung.

Ratspräsident F. Landolt: Gibt es Wortmeldungen dazu?

Wer diesem Ablehnungsantrag stattgeben möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Wer diesem Ablehnungsantrag nicht stattgeben möchte, soll das bezeugen.

Das ist eine Minderheit. Sie haben damit dem Ablehnungsantrag der Produktegruppe Betrieb Parkhäuser und Parkplätze stattgegeben.

Wir kommen zum Departement Schule und Sport.

M. Zehnder (GLP/PP): Es geht um die Sonderschulung, also um 217 im Buch B. Da weist in der Rechnung Zeile Beschlüsse der Stadtrat über die Gebundenerklärung nicht budgetierter Ausgaben eine Höhe von 1.5 Mio. aus. Trotzdem resultiert auch eine Budgetüberschreitung von Fr. 860'000. Es wird insgesamt 1.8 Mio. ausgegeben und auch noch 1.3 Mio. weniger eingenommen als budgetiert. Das gibt dann einen Fehlbetrag von 3.1 Mio. Es scheint uns, dass da gewisse Kontrollmechanismen nicht funktionieren. Was zusätzlich stark stört ist der Umstand, dass der Stadtrat sich nicht in der Pflicht fühlt, dem Gemeinderat einen Nachtrags-

kredit zu beantragen. 1.5 Mio. als gebunden zu erklären scheint dem Stadtrat die bessere Lösung zu sein und doch hat er trotz dieser Aktion die Kosten noch immer nicht unter Kontrolle. Versagen da mehrere Auffangnetze oder Sicherheitsseile? Wer gibt denn das Geld einfach aus, ohne sich an das Budget zu halten? Es kann doch nicht sein, dass das Sprechen einer Therapie an einer Schule einen Automatismus bis hin zur Gebundenheitserklärung führt. Es können doch nicht einfach budgetfreie Settings gesprochen werden und es kann noch nicht einmal überprüft werden, ob die verordnete Therapie wirklich für den Schüler und nicht etwa für den Therapeuten einen Nutzen bringt. Und sollte die Anzahl der Therapien, die zur Entlastung der Lehrerschaft gesprochen werden, nicht in Zukunft allgemein bei Null sein? Wir sind mit der Rechnung und damit v.a. auch mit der Gebundenheitserklärung gar nicht einverstanden und stellen den Antrag, die Rechnung der Produktegruppe Sonderschulung nicht abzunehmen.

Stadtrat St. Fritschi: Die Frage war, weshalb wir keinen Nachtragskredit stellen und eine Gebundenheit im Stadtrat beschliessen. Sonderschulmassnahmen sind per Gesetz gebunden. Wir haben, wenn wir die nötigen fachlichen Abklärungen getroffen haben (vom SPD, von externen Fachmeinungen, von Medizinern, von verschiedenen Stellen), wenn diese klar den Anspruch erheben, dass das betreffende Kind eine Sonderschulbedürftigkeit hat, dann ist das eine gebundene Ausgabe. Martin Zehnder zählte einige Massnahmen auf, die vielleicht in einem Graubereich anzuhängen sind. Ja, Therapien, da gibt es manchmal einen Ermessensspielraum, wo die Therapiebedürftigkeit da ist und wo nicht. Das gebe ich offen zu. Wir haben dort ja auch schon einmal einige Stellen gestrichen, aber es bleibt da natürlich der Ermessensspielraum, der für uns als Stadtrat sehr schwierig abzuschätzen ist. Wir wissen, die Sonderschulbedürftigkeit findet an ganz verschiedenen Orten statt. Am Schluss wird es von den Kreisen unterschrieben. Aber auch die Kreisschulpräsidenten haben natürlich wenig Einfluss auf den einzelnen Prozess, der am Schluss ein Kind zu einer Sonderschülerin oder einem Sonderschüler macht. Wenn Ihr findet, es sei nicht gebunden, dann müsstet Ihr andere Mittel ergreifen als nur wütend zu sein, sondern dann hättet Ihr das Recht, an den Bezirksrat zu gelangen. Die könnten Euch bestätigen, dass es gebunden ist, die Sonderschulausgaben - und ich gehe davon aus, dass Ihr das auch abgeklärt habt und deshalb auch nicht macht. Aber einfach zu sagen, wir hätten einen Nachtragskredit stellen müssen, das ist ein bisschen einfach gesagt, denn Sonderschulkosten sind gebunden.

Ratspräsident F. Landolt: Wir kommen zur Abstimmung zur Rechnung 2016 der Sonderschulung.

Wer dem Ablehnungsantrag der GLP zustimmt, soll das bezeugen durch Handerheben. Wer diesen ablehnt, soll das bezeugen durch Handerheben.

Der Ablehnungsantrag wurde abgelehnt und die Rechnung der Sonderschulung wurde akzeptiert.

Wir kommen zum Departement Soziales.

**M. Gross (SVP):** Ich stelle den Antrag, Spitex und Alterszentren abzulehnen. Grund: PK-Rückstellungen.

Ratspräsident F. Landolt: Gibt es Wortmeldungen?

Wer die Rechnung der Spitex aufgrund der PK-Rückstellungen ablehnen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer anderer Meinung ist, soll das jetzt bezeugen.

Das ist die gleiche Mehrheit, die die Rechnung der Produktegruppe Spitex ablehnt. Wer Rechnung 2016 Alterszentrum ablehnen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben

Wer diese Ablehnung ablehnt, soll das ebenfalls bezeugen.

Es ist wieder die gleiche Mehrheit, die die Rechnung der Produktegruppe Alterszentren ablehnt.

Wir kommen zu den Technischen Betrieben.

**F. Helg (FDP):** Die FDP-Fraktion beantragt, die Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2016 von der Produktegruppe Stadtwerk nicht abzunehmen.

Ich beginne zuerst mit dem Positiven. Anfangs Juni 2016, also vor rund einem Jahr, nachdem die Zwischenergebnisse der Administrativuntersuchung vorlagen, hat der Gesamtstadtrat schnell reagiert. Stadtwerk hat damals eine interimistische Leitung bekommen mit der Stadträtin Barbara Günthard und eine neue operative Führung mit Urs Buchs. Man hat damals gezielt angefangen aufzuräumen, neues Vertrauen zu schaffen und die Betriebskultur von Stadtwerk zu verändern. Die FDP-Fraktion dankt ausdrücklich der Stadträtin Barbara Günthard und auch Urs Buchs für die grosse zusätzliche Arbeit im vergangenen Jahr. Daneben musste auch das ganze Alltagsgeschäft weitergeführt werden und die Fraktion möchte in den Dank auch alle Mitarbeitenden von Stadtwerk einschliessen, die täglich in einem schwierigen Umfeld ihre Arbeit machten und für Stadtwerk einstanden. In wenigen Tagen übernimmt Stadtrat Stefan Fritschi das Departement Technische Betriebe, zu dem eben auch Stadtwerk gehört, und mit Marco Gabathuler ist auch die neue operative Leitung von Stadtwerk definitiv neu besetzt. Somit sind die Weichen gestellt für einen Neustart und die FDP-Fraktion wünscht diesen beiden, Stefan Fritschi und Marco Gabathuler, alles Gute in diesen neuen Funktionen.

Mit der heutigen Debatte dürfte wohl die Aufarbeitung der Wärmeringaffäre im Wesentlichen für das Erste abgeschlossen werden. Wir werden sicher in diesem Haus dann nochmals zu diesem Thema reden müssen, wenn es darum geht, die Zukunft der Wärme Frauenfeld AG zu regeln. Aber heute ist auch nochmals die Gelegenheit zurückzuschauen auf die vergangenen Ereignisse und eine Würdigung der Ursachen und Konsequenzen vom ganzen Debakel vorzunehmen, soweit sie eben auch Einfluss gefunden haben in Rechnung und Geschäftsbericht 2016. Mit der Prüfung von Jahresrechnung und Geschäftsbericht nimmt der Gemeinderat eine politische Würdigung vor. Es geht also nicht um eine finanztechnische Beurteilung von einzelnen Zahlen im Rechnungsbuch. Mit dem Blick zurück ist nochmals den negativen Spuren zu folgen, die die Führung von Stadtwerk mit den damaligen Verantwortlichen (Alt-Stadtrat Matthias Gfeller und Alt-Direktor Markus Sägesser) im Geschäftsgebaren hinterlassen haben. Spuren, die auch durch die gute Arbeit der späteren Führung nicht überdeckt worden sind, sondern auch weiterhin sichtbar bleiben. Sie sind nicht nur sichtbar, sondern sie haben sich durch die Ergebnisse der Sonderprüfungen, die wir genau vor einem Monat präsentiert bekamen, noch weiter vertieft. Sie ziehen richtige Furchen durch das Rechnungsbuch, über das wir heute befinden müssen. Die Anzahl und die Schwere dieser Befunde sind in der Tat erschreckend. Stadtwerk wurde unter der Leitung von Alt-Stadtrat Matthias Gfeller völlig ungenügend geführt. Es gab unzureichende Abwicklungen, ungenügende Kontrollmechanismen und Geschäftspraktiken am Rande der Legalität haben einen Teil der Aktivität von Stadtwerk geprägt. Das Ganze nahm seinen Lauf bis Mitte 2016. Kann man angesichts dieser Umstände die Décharge erteilen? Will man mit der Genehmigung von Rechnung und Geschäftsbericht dieses Verhalten gutheissen? Unsere Antwort ist da klar: Nein. Und ich appelliere an alle da im Rat, die politische Verantwortung gleichermassen wahrzunehmen und die Rechnung und den Geschäftsbericht von Stadtwerk nicht abzunehmen.

P. Rütsche (SVP): Das Jahr 2016 wurde bei Stadtwerk Winterthur durch die Wärmering-Affäre und die darauffolgenden Untersuchungen geprägt. Geprägt von Fehler und Unstimmigkeiten, Machenschaften der ehemaligen Stadtwerkführungen auch noch in den ersten Monaten 2016. Stadtwerk Winterthur hatte durchaus ein schwieriges Jahr. Sie mussten vieles korrigieren, neue interne Massnahmen umsetzen und das Vertrauen wieder aufbauen. Es ist klar, das schafft man nicht alles in einem Tag. Es braucht Zeit und Stadtwerk muss daran arbeiten. Wir können aber heute schon sagen, dass ein Kulturwandel stattgefunden hat. Die interimistische Führung von Stadtwerk Winterthur hat sich Mühe gegeben, sich zu verbessern und aus Fehlern zu lernen, die Ereignisse der Vergangenheit zu korrigieren oder Lösungen zur Schadensbegrenzung auf den Tisch zu bringen. Nebst den erschreckenden Erkenntnissen hat Stadtwerk Winterthur das Alltagsgeschäft 2016 sehr gut abgeschlossen. Das Tagesgeschäft hat weiterhin funktioniert. Die SVP-Fraktion bedankt sich bei der Interim-

Leitung für ihre Bemühungen, für die Grundsteinlegung für die weitere Zukunft, für die konstruktive Zusammenarbeit und wünscht dem neuen Direktor alles Gute. Wie bereits schon bei der Eintrittsdebatte erwähnt, wird die SVP alle Rechnungen ablehnen, bei denen eine PK-Rückstellung vollzogen worden ist. Deshalb nimmt die SVP-Fraktion diese Rechnung auch nicht ab.

- M. Bänninger (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion ist wie die FDP enttäuscht und erschüttert über die Erkenntnisse aus der Sonderprüfung bei Stadtwerk. Es war gut und richtig, dass man diese Untersuchung gemacht hat. Wie wir schon in unserer Pressemitteilung sagten, empfinden wir es als äussert stossend, dass es neben den Unregelmässigkeiten zur Wärme Frauenfeld AG auch noch weitere Verstösse gegen übergeordnete Regelungen gab und eigenmächtiges Verhalten der damaligen Leitung festgestellt worden ist. Wir danken an dieser Stelle der Interimsleitung Herrn Buchs und Stadträtin Günthard-Maier für ihre transparente und zielgerichtete Übergangsleitung von Stadtwerk im letzten Jahr. Wir möchten auch der gesamten Belegschaft von Stadtwerk danken, dass sie in dieser turbulenten Zeit dafür sorgten, dass die Kunden von Stadtwerk weiter reibungslos die Leistungen beziehen konnten. Dass sie auch nach den Pensionskassenrückstellungen und der Abgabe an die Stadt Winterthur immer noch mehr als 7 Mio. Gewinn erwirtschaftet haben, zeigt ganz klar, dass Stadtwerk grundsätzlich auf guten Beinen steht. Da die Untersuchung abgeschlossen ist, die Verfehlungen aufgezeigt wurden und somit auch aktenkundig sind, und alle Bestrebungen von der Interimsleitung für eine Bereinigung der Dossiers in Angriff genommen wurden, sind wir der Meinung, dass wir die Rechnung und den Geschäftsbericht abnehmen können.
- R. Diener (Grüne/AL): Es ist für uns absolut klar, es wurde auch bereits gesagt, es sind sehr viele Sachen passiert, die nicht hätten passieren dürfen, in der Vergangenheit bei Stadtwerk. Wir wissen das alle. Es sind viele Sachen ans Licht gekommen, die jetzt zu Konsequenzen geführt haben. Diese Konsequenzen wurden auch gezogen. Die Hauptverantwortlichen sind nicht mehr hier, sie mussten entsprechend gehen sie haben ihre Konsequenzen gezogen Ich finde es deshalb nicht richtig und falsch, wenn man jetzt rückblickend wieder die heisse Luft oder den dunkeln Nebel heraufbeschwört und da nochmals versucht, eine politische Abrechnung zu machen, indem man jetzt die Rechnung aus diesen Gründen nicht abnehmen will.

Zu der Pensionskassen-Begründung von mir noch ein persönliches Statement: Ich finde es auch da bedenklich, dass man nicht zur Kenntnis nehmen will, dass diese Mechanismen, die man in der Vergangenheit hatte, bei den Pensionskassen nicht mehr funktionieren können. Es geht schlicht und ergreifend nicht mehr, weil die Möglichkeiten, die Basis dieses Mechanismus, den man vor vielen, vielen Jahren geschaffen hat, gar nicht mehr tragfähig ist. Wir werden die Pensionskassen alle auf eine andere Art sanieren müssen und wir werden die Rückstellungen dafür brauchen. Da könnt Ihr Euch noch lange drehen und wenden, wie Ihr wollt, auf der bürgerlichen Seite – es wird keinen anderen Weg geben.

Aber zurück zu Stadtwerk: Auch von unserer Seite ein riesiges Dankeschön an die tolle Aufarbeitung, die von dieser Interimscrew gemacht wurde. Auch von unserer Seite ein grosser Dank an die Crew, die im Hintergrund arbeitete und die alle diese vielen Informationen ans Tageslicht brachte, von denen heute alle hören konnten. Es ist aus unserer Sicht, wenn wir Rückblick nehmen auf das Jahr, 50% der Zeit noch unter der alten Führung gelaufen und 50% der Zeit bereits unter der neuen Interimsleitung gelaufen. Wenn Du also jetzt diese Rechnung ablehnst, dann diskreditierst Du also quasi zu 50% auch noch Deine eigene Stadträtin. Ich habe für das wenig Verständnis. Ich finde, sie haben einen sehr guten Job gemacht, es wurde alles offengelegt, wie es gesagt wurde, es gibt keinen Grund, um diese Rechnung jetzt so nicht abzunehmen. Ein kleiner Seitenblick auf Zürich würde da ein bisschen Aufklärung schaffen, um zu zeigen, dass es da um eine politische Abrechnung geht und nicht um eine inhaltlich sinnvolle und angepasste Diskussion. Dort gab es nämlich durchaus auch gewisse Vorkommnisse, die unter der Leitung einer FDP-Stadtregierung liefen, wo ebenfalls ganz unschöne Dinge zum Vorschein kamen. Ihr wisst es, rund um die Entsorgungsthematik, und auch dort von einem führenden leitenden Angestellten. Absolut vergleichbar mit dem, was wir hier in Winterthur erlebt haben. Ich habe im Gemeinderatsprotokoll von der Rechnungsabnahme letzte Woche ein paar interessante Dinge festgestellt, z.B. gab es dort (anders als es hier in Winterthur läuft) von der linken Seite einen Ablehnungsantrag und dort hat die FDP mit ihren zwei Vertretern, die sie in der Kommission hatte, sich vornehm der Stimme enthalten. Das kann für mich nur heissen: Wenn Blau etwas Schlechtes macht, dann ist das besser, als wenn das Grün tut.

Ch. Meier (SP): Auch wir sind erschrocken über die Untersuchungsergebnisse, die aufgrund dieser Wärmering-Affäre ans Tageslicht kamen, wo uns ja aufgezeigt wurde, dass die Probleme noch sehr viel weiter gestreut waren als dass sie sich nur auf die Wärmering-Affäre bezogen hätten. Es ist aber schon ein bisschen eine bizarre neue Mode, dass man beginnt, so allgemeine politische Unmutsbekundungen so zu demonstrieren, dass man einfach die Rechnungen nicht abnimmt. Da vergleicht man Äpfel mit Birnen, das hat schlicht nichts miteinander zu tun. Die Fehlbuchungen rund um die Wärmering-Affäre z.B. waren in der Jahresrechnung 2015 ersichtlich und haben mit der Jahresrechnung 2016 nichts zu tun. Für die SP gibt es keinen Grund, die Rechnung von Stadtwerk nicht abzunehmen. Wir wurden in der Kommission detailliert und transparent über die Rechnung informiert, die Zahlen sind nachvollziehbar und positiv. Die Ablehnung der Rechnung hat ja gemäss FDP auch gar nichts mit den Zahlen zu tun, was wirklich ein bisschen absurd ist, sondern es ist eben ein politisches Statement. Das nehmen wir so zur Kenntnis, aber es macht keinen Sinn. Erstens weil ein grosser Teil dieser Verfehlungen gar nicht im letzten Jahr passiert ist und sich deshalb auch nicht in der Rechnung 2016 zeigt, und v.a. eben deshalb, weil die Zahlen als solches stimmen, weil die Mitarbeitenden von Stadtwerk auch im letzten Jahr hervorragende Arbeit geleistet haben und ein entsprechend positives Ergebnis erzielt haben. Die SP nimmt deshalb die Rechnung von Stadtwerk aus Überzeugung ab und bedankt sich ganz herzlich bei allen, die sich in den letzten Monaten engagiert haben, die Verantwortung übernommen haben und die mithalfen, das Geschäft am Laufen zu halten und wieder auf Kurs zu bringen. Und ich bitte wirklich darum, für den Rest des Abends ein wenig Augenmass zu behalten.

Z. Dähler (CVP/EDU): Ich spreche meine Hoffnung aus, dass die Turbulenzen rund um die Wärme Frauenfeld AG und Stadtwerk bald ganz vorbei sind. Der Schreck, wir haben es gehört, war gross über das, was bei der Sonderprüfung noch herausgekommen ist. In der Rechnung sieht man diesbezüglich wenig, das ist so, und offensichtlich ist es nur die Umbuchung in Bezug auf WFAG. Aber lassen wir die Vergangenheit und schauen das Aktuelle an: Unter der Leitung der Stadträtin Barbara Günthard-Maier und Urs Buchs begann man aufzuräumen und man kann ein hervorragendes Resultat ausweisen. Ein Ertragsüberschuss von 36.6 Mio. vor Rückstellungen Pensionskasse und vor Abgabe an die Stadt Winterthur ist ausserordentlich erfreulich. Wir danken deshalb den Mitarbeitenden von Stadtwerk für ihren Einsatz und für dieses gute Resultat. Ein Grossteil dieses guten Ergebnisses ist auf den Gashandel zurückzuführen. Wir haben da (unter Annahme, dass der Gaspreis steigt) die Preise für die Gaskunden erhöht, konnten dann aber erfreulich gut Gas einkaufen. In dem Sinn sind wir daran interessiert, dass die Gaskunden dann auch einen Teil wieder zurückerhalten, wie das bereits angedacht ist.

Wir von der CVP/EDU-Fraktion lehnen die Rechnung trotz dem wirklich sehr guten Resultat ab, und zwar aufgrund der PK-Rückstellungen.

**M. Nater (GLP/PP):** Meine Vorredner haben eigentlich schon alles gesagt, aber auch wir möchten uns bei den Mitarbeitenden bedanken, bei diesen mehr als 350 Mitarbeitenden, für den guten Job, den sie gemacht haben. Die CVP/EDU-Fraktion sagte, sie hätten gut gearbeitet und einen Gewinn von 36 Mio. gemacht. Die 36 Mio. sind wirklich das Geld, das eigentlich den Kunden in Winterthur aus der Tasche gezogen wurde. Da müsste man sich wirklich überlegen, wie man dieses Geld den Kunden auch wirklich wieder zurückgeben könnte. Das ist sicher ein Punkt, den wir in Zukunft verfolgen werden. Aber nochmals danke für alles, was da geleistet wurde.

Ich möchte die FDP daran erinnern: Am z. November 2015 wurde die Rechnung vom Grossen Gemeinderat abgenommen. Die Mehrheit im Rat würdigte die politischen Schlüsse und vor allem die personellen Konsequenzen. Zudem dachte der Grosse Gemeinderat, dass man

den Stadtwerken einen guten Neustart ermöglichen will. Die Erkenntnisse aus der Untersuchung sind in der vorliegenden Rechnung 2016 nun abgebildet worden. Von daher ging dort einiges. Genauso argumentierte man letztes Jahr.

Die FDP möchte diese Rechnung nun wieder zurückstellen. Für ein Mal bin ich der Meinung der SP. Ich weiss nicht, wieso. Die Begründung ist, einfach weil sie ein ungutes Gefühl haben, v.a. für die ersten 6 Monate des Jahres 2016. Das ungute Gefühl ist wohl für die letzten 6 Monate 2016 nicht vorhanden, da habe ich sehr viel Lob gehört. Dass da der Misstrauensantrag herausgekommen ist, ist für mich schon noch fraglich, denn wir nehmen da ein ganzes Jahr ab. Wir nehmen nicht nur 6 Monate ab, wir nehmen die Rechnung 2016 ab. Eine solche Nicht-Abnahme aus den aufgezeigten Gründen, da kann man nicht einfach sagen, 6 Monate waren gut und 6 Monate waren schlecht. Wann ist der Zeitpunkt, wo es kippt? Wenn nur 1 Monat die alte Führung war, ist es dann noch gut oder auch schlecht? Das ist wirklich auch ein Misstrauensvotum gegen die eigene Stadträtin, die eigentlich die Stadtwerkrechnung 2016 auch in der Verantwortung hat. Dessen muss man sich bewusst sein und deshalb ist für mich die Frage auch, ob die FDP oder Stadträtin Barbara Günthard-Maier mehr Informationen aus den Stadtwerken hat, dass dort irgendwie noch etwas schief gelaufen ist bei den Stadtwerken, das wir im Rat so nicht wissen?

Wir von der Fraktion der GLP/PP erachtet die politischen und operativen Massnahmen aus dem Jahr 2016 als genügend. Wir sehen mit der erneuten Ablehnung keinen Nutzen für Stadtwerke oder für Winterthur. Man muss sich ja auch immer fragen, was für einen Nutzen es hat für Winterthur, wenn man die Stadtwerkrechnung jetzt ablehnt aus den Gründen, wie sie von Felix Helg aufgezeigt wurden.

Die über 350 -Mitarbeitenden von Stadtwerk haben es verdient, dass man hinter ihnen steht, dass man sie unterstützt und ihnen sagt, dass sie bis jetzt einen guten Job gemacht haben. Eine Ablehnung ist aus diesen Gründen nicht legitim. Wir von der GLP wollen unsere Energie in die Zukunft der Stadtwerke setzen, wir wollen, dass die Stadtwerke effizienter werden und wollen v.a., dass diese hohen Gewinne längerfristig wieder zurück an die Kunden fliessen. Aus diesen Gründen würden wir die Rechnung und den Geschäftsbericht nicht ablehnen – aber wegen der Pensionskasse werden wir sie entsprechend ablehnen.

- **M. Wäckerlin (GLP/PP):** Ganz kurz, Reto, ich muss einen Punkt wirklich noch klarstellen: Du hast gesagt, bei der Pensionskasse hätte man im Moment nichts beschlossen. Selbstverständlich hat man etwas beschlossen. Man hat nämlich eine Verordnung, die gilt, und die sollte man umsetzen. Es wäre vielleicht an der Zeit, dass man das einmal machen würde.
- St. Feer (FDP): Zu den seltsamen Vergleichen von Reto Diener mit Zürich und der FDP: Wir wollen nicht die ganze Geschichte einflechten, aber wir können das auch nicht unbeantwortet lassen können. So wie aus Zürich informiert wird, liegt der Fall klar anders als in Winterthur. Eine Führungsperson kann nie wissen, was alles passiert in ihrem Führungsbereich. Man kann noch so viele Regeln aufstellen und noch so viele Regulatoren einbauen am Schluss gibt es etwas, das alles zusammenhält: Das ist das Vertrauen. Wenn das nicht vorhanden ist, dann muss die Führungsverantwortung entsprechend handeln. Wenn dann etwas auftaucht, muss man entsprechend sofort handeln, das ist wichtig und richtig und auch eine politische Führung muss das machen. Wenn aber wie in Winterthur die politische Führung selber Teil des Schlamassels ist, dann sieht die Sache ganz anders aus. Was Du da irgendwie zusammenkonstruieren wolltest, ist wieder einmal eine Nebelpetarde in der grünen politischen Landschaft. Ich denke, darauf fällt niemand mehr gross herein. Es war ein Trauerspiel, was passiert ist mit Stadtrat Gfeller, es hinterlässt tiefe Spuren, wie das Felix Helg gesagt hat, und wir möchten das Thema definitiv beerdigen und hoffen, dass auch Ihr das so macht.
- **D. Oswald (SVP):** Ich möchte eines in Erinnerung rufen bei dieser Rechnungsabnahme: Es geht nicht um die Mitarbeiter usw. Das ist nicht unsere Aufgabe bei der Rechnungsabnahme, sondern es geht schlussendlich um die Entlastung der operativen Führung des Stadtrates, indem wir sagen, dass wir diese Verantwortung auch übernehmen, dass die Rechnung korrekt ist. Schlussendlich haben wir mittlerweile die Finanzkontrolle, die eine Untersuchung

gemacht hat, die viele Sachen entdeckt hat. Die Finanzkontrolle hat das mit beschränkten Mitteln gemacht. Sie hatte nicht unendlich Zeit, um das anzuschauen. Ich persönlich glaube nicht, dass wir der jetzigen verantwortlichen Führung einen Dienst erweisen, wenn wir diese Rechnung abnehmen. Im Gegenteil. Und v.a. geben wir den 99.9% der Mitarbeitenden, die korrekt gearbeitet und gehandelt haben, eine Ohrfeige, wenn wir die Rechnung abnehmen, wegen den 0.1% der Mitarbeitenden, die nicht korrekt gehandelt haben. Wenn Ihr mit den korrekten Mitarbeitenden korrekt sein wollt, dann müsst Ihr jetzt die Rechnung ablehnen.

**F. Helg (FDP):** Es ist schon ein bisschen eine mangelnde Wahrnehmung auf der linken Seite. Ich möchte doch noch einmal daran erinnern, was in der letzten Zeit in der Presse mitgeteilt wurde: Ich denke an die Aquifer-Zahlungen, die ausgelöst wurden, das war auch noch in der ersten Hälfte des Jahres 2016. Ich denke aber auch an das Geschäft Schöntal mit dem Zusatzkredit, wo uns im vergangenen Jahr in der ersten Hälfte noch unter alter Führung an Ort und Stelle gesagt wurde, es sei alles im Lot. Das sind doch wirklich genügende Gründe, um mit einer politischen Würdigung zu sagen, dahinter können wir nicht stehen. Diejenigen, die der Rechnung zustimmen, billigen das damit. Ob man das verantworten kann, dass muss man selber mit sich ausmachen. An dieser Stelle einen Dank an Sandra Berberat, die ich auf der Tribüne entdeckt habe, die mit ihrem Effort dazu beigetragen hat, dass wir da zu einer vertieften Aufarbeitung gekommen sind.

**Stadträtin B. Günthard-Maier:** Besten Dank für die engagierten Voten. Ich habe eigentlich nicht viel anzufügen, sondern möchte einfach sagen, dass ich diese Misstrauensvoten, die, wenn ich das richtig verstanden habe, explizit die Phase vor der Interimsphase mit mir als Vorsteherin und Urs Buchs als Direktor ad interim, und auch die Phase vor der zukünftigen Crew, Stefan Fritschi und Marco Gabathuler (der übrigens dort auf der Tribüne sitzt), dem neuen Stadtwerkdirektor (er hat heute den politischen Einstand), betreffen. Ich nehme zur Kenntnis die Phase vor der Interimsführung und der künftigen Führung betrifft und möchte von daher die Aussagen gar nicht weiter kommentieren.

Was ich noch sagen kann zu den Mehr-Informationen, die vorhanden wären: Nein, mir wäre nichts bewusst. Ich glaube, Ihr habt das wahrgenommen in den Kommissionen, dass wir versucht haben, wirklich ehrlich, transparent und zeitnah das auf den Tisch zu legen, was uns bewusst ist. Was ich sehr gerne mache, sind die diversen Danksagungen an die Mitarbeitenden und die Geschäftsleitung, z.B. Michael Stalder, Leiter Unternehmensentwicklung, der neben Marco Gabathuler sitzt, diesen Dank mitzunehmen. Diese Mitarbeitenden und die Geschäftsleitung haben mir wirklich sehr, sehr intensiv und sehr transparent geholfen, aufzuräumen und den Boden zu legen für eine gute Zukunft bei Stadtwerk, so dass Stefan Fritschi ein gutes Schiff übernehmen kann. Diesen Dank werde ich sehr gerne so weitergeben.

Ratspräsident F. Landolt: Besten Dank. Wir kommen zur Abstimmung über die Ablehnung der Rechnung von Stadtwerk.

Wer diese Ablehnung unterstützen will, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer diese Ablehnung nicht unterstützt, soll das bezeugen.

Eine Mehrheit ist für eine Ablehnung. Damit haben Sie die Rechnung von Stadtwerk abgelehnt.

Wir kommen zu Behörden und Stadtkanzlei. Gibt es Wortmeldungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. **Damit haben Sie die Rechnung von Behörden und Stadtkanzlei abgenommen.** 

Damit haben wir Rechnung Teil B abgeschlossen.

Es kommt die Rechnung Teil A. Gibt es Bemerkungen dazu? - Nein.

Rechnung Teil C. Gibt es Wortmeldungen dazu? - Nein.

Damit kommen wir zur Schlussabstimmung der Rechnung.

Die Prüfungsinstanz des Gemeinderates ist die Finanzkontrolle. Bei der Begründung der Ablehnung wurde mehrere Male erwähnt, dass man das wegen der Rückstellungen und wegen der Höhe dieser Rückstellungen macht. Deshalb habe ich die Leiterin der Finanzkontrolle, Sandra Berberat, vor der Sitzung angefragt, ob sie zu diesen beiden Punkten kurz eine

Stellungnahme machen könnte aus einer sachlich-professionellen Sicht. Sie kommt diesem Wunsch nach.

**S. Berberat:** Wie es der Ratspräsident sagte, fragte er mich in der Pause an, ob ich noch etwas zu der Rückstellung sagen würde. Das ist ein Thema, zu dem es heute Abend sehr viele Voten gab. Ich kann das nachvollziehen. Es ist ein sehr grosser Betrag, der zurückgestellt wurde, der das Eigenkapital der Stadt Winterthur praktisch aufbraucht. Zudem weiss man aus Erfahrungen, dass Rückstellungen immer einen ziemlich grossen Ermessensspielraum haben. Das schürt gewisse Unsicherheiten. Als Finanzkontrolle haben wir die Aufgabe, eine Rückstellung nicht finanzpolitisch zu würdigen, sondern finanztechnisch. Finanztechnisch heisst, dass wir zwei Dinge prüfen: Einerseits, ob die Kriterien erfüllt sind, damit man eine Rückstellung bilden darf, und zweitens, ob der Ermessensspielraum, den man hat, angemessen ist, d.h. ob der zurückgestellte Betrag plausibel ist. Wir haben diese Prüfung gemacht, wir haben alle Unterlagen erhalten, die wir dazu brauchten, und wir konnten diese Rückstellung überprüfen. Wir kamen zum Schluss, dass diese Rückstellung, die der Stadtrat gebildet hat, in der Höhe angemessen, also plausibel, ist und dass es richtig war, dass man sie gebildet hat.

Ratspräsident F. Landolt: Vielen Dank an die Leiterin der Finanzkontrolle, Sandra Berberat.

Wir kommen zur Schlussabstimmung des Geschäftes 2017.46, Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes 2016.

Ich muss den 1. Antrag folgendermassen ändern: «Die Jahresrechnung 2016 wird mit den Änderungen gemäss Ziffer 3 wie folgt abgenommen:»

Bei Ziffer 3 heisst es dann: «Die Globalrechnungen 2016 der Produktegruppen werden mit Ausnahme der Produktegruppen Städtische Allgemeinkosten / Erlöse, Entsorgung, Betrieb Parkhäuser und Parkplätze, Spitex, Alterszentren und Stadtwerk wie folgt abgenommen:», danach kommen die drei Aufzählungen.

Ist das soweit klar, wie das ablaufen soll?

Wir kommen zum Antrag 1:

Die Jahresrechnung 2016 wird mit den Änderungen gemäss Ziffer 3 wie folgt abgenommen: Die Erfolgsrechnung schliesst bei 1'665'832'991 Franken Bruttoaufwand (inkl. Rückstellung Sanierung Pensionskasse steuerfinanziert von 115,5 Mio. Franken) und 1'568'737'567 Franken Bruttoertrag mit einem Aufwandüberschuss von 97'095'424 Franken ab, der dem Eigenkapital belastet wird.

Die Investitionsrechnung zeigt im Verwaltungsvermögen bei Bruttoausgaben von 219'353'846 Franken und Bruttoeinnahmen von 45'967'013 Franken eine Nettoinvestition von

173'386'833 Franken. Im Finanzvermögen resultiert bei Ausgaben von 19'542'136 Franken und Einnahmen von 8'222'531 Franken eine Nettoinvestition von 11'319'606 Franken. Die Bilanz weist Aktiven und Passiven von je 2'819'810'977 Franken aus.

**U. Hofer (FDP):** Nur damit es klar ist: Wir stellen zu dieser Ziffer trotz dieser Änderung den Ablehnungsantrag, es geht wie gesagt um eine finanzpolitische Würdigung.

Ratspräsident F. Landolt: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Antrag 1 ablehnen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer den Antrag 1 annehmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Der Antrag 1 wird mit 33:24 Stimmen abgelehnt.

Antrag 2: Der generelle Einlagesatz in die Produktegruppen-Reserven und der generelle Entnahmesatz aus denselben betragen 20 Prozent der Nettozielabweichung.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer diesen Antrag ablehnen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Ihr habt diesem Antrag 2 einstimmig zugestimmt.

Antrag 3: Die Globalrechnungen 2016 der Produktegruppen werden mit Ausnahme der Produktegruppen Städtische Allgemeinkosten / Erlöse, Entsorgung, Betrieb Parkhäuser und Parkplätze, Spitex, Alterszentren und Stadtwerk wie folgt abgenommen:

- das Ergebnis des Soll-Ist-Vergleichs der parlamentarischen Zielvorgaben,
- die abgerechneten Globalkredite,
- die Einlagen in die bzw. die Entnahmen aus den Produktegruppen-Reserven.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer diesen Antrag ablehnen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

#### Ihr habt diesem Antrag 3 einstimmig zugestimmt.

Antrag 4: Der Geschäftsbericht 2016 wird genehmigt.

Man konnte die Vorbehalte vernehmen. Um das etwas abzukürzen, werde ich direkt abstimmen lassen.

Wer den Geschäftsbericht ablehnt, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer den Geschäftsbericht annimmt, soll das bezeugen durch Handerheben.

Meine Vermutung hat sich bestätigt. Ihr habt den Geschäftsbericht abgelehnt.

Damit ist das Traktandum 6 abgeschlossen.

#### 7. Traktandum

GGR-Nr. 2017.80: Tätigkeitsbericht 2016 der Finanzkontrolle

Ratspräsident F. Landolt: Ich möchte Sandra Berberat nach vorne bitten.

M. Gross (SVP): Ich habe mit der Leiterin Finanzkontrolle den Bericht und die Jahresrechnung 2016 ausführlich besprochen. Zusammengefasst möchte ich an dieser Stelle festhalten, dass mir die Finanzkontrolle einen sehr professionellen und positiven Eindruck hinterlassen hat. Der Revisionsbericht des Kantons Zürich über die Finanzkontrolle bestätigt dieses Urteil. Er stellt fest, dass die Vermögens-, Finanz- und Leistungssituation der Finanzkontrolle der Stadt Winterthur per 31. Dezember 2016 in Übereinstimmung mit den rechtlichen Anforderungen ist. Die Finanzkontrolle hat ordnungsgemäss gearbeitet und die parlamentarischen Zielvorgaben zu 100% erreicht.

Die Rechnung 2016 der Finanzkontrolle schliesst positiv ab. Die Kosten waren 10% unter dem Budget. Der tiefere Lohnaufwand infolge einer wegfallenden Ausbildungsstelle sowie nicht budgetierter Mutterschaftsentschädigung sowie Verschiebung von Weiterbildungen haben zu diesem Ergebnis geführt.

Für die Erwartungen, die wir an die Finanzkontrolle haben, sind die Personalressourcen jedoch relativ knapp. Mit 6.3 Vollzeitstellen sind die verschiedenen Aufgaben, die sie zu bewältigen haben, nur schwer zu schaffen. Trotzdem hat es die Finanzkontrolle geschafft, allen Anforderungen zu genügen und zusätzlich zwei Sonderprüfungen bei Stadtwerk durchzuführen. Diese waren, wie das Ergebnis zeigt, auch dringend notwendig. In Zukunft sollen auch die Besoldungsprüfungen intensiviert werden. Eine Kontrolle alle 8 bis 10 Jahre ist einfach zu wenig, wie zahlreiche Feststellungen auch zeigen.

Zum Tätigkeitsbericht selber: Im vergangenen Jahr hat die Finanzkontrolle 51 interne sowie 18 externe Revisionen durchgeführt. Aufgrund der zwei Sonderprüfungen entspricht das nur 90% des Prüfprogramms. Zusätzlich wurden noch 111 Mitberichte verfasst.

Die Stadt Winterthur führte per Ende 2016 ein formalisiertes internes Kontrollsystem (IKS) ein. Dieses wurde von der Finanzkontrolle nun ein erstes Mal geprüft. Wobei die Finanzkontrolle nur prüft, ob es existiert, und nicht die Kontrolle selber bestätigen muss und auch nicht die Wirksamkeit der Kontrolle.

Die zwei Sonderprüfungen von Stadtwerk waren sicher in der Öffentlichkeit von zentralem Interesse. Wir haben es der Finanzkontrolle zu verdanken, dass die Missstände bei Stadtwerk so detailliert zum Vorschein kamen. Es sind Berichte wie diese zu Stadtwerk, die uns Gemeinderäten und der breiten Öffentlichkeit vor Augen führen, wie wichtig eine unabhängige und gut funktionierende Kontrollinstanz ist. Ich möchte den Mitarbeitern von Sandra Berberat und Sandra Berberat selber an dieser Stelle für den speziellen Effort ganz herzlich

danken und ein grosses Lob aussprechen. Ich weiss, es waren viele Überstunden notwendig, um die Sonderberichte in kurzer Frist und hoher Qualität anzufertigen.

Auch bei den Besoldungsprüfungen ist es wichtig, dass die Kontrolle genau hinschaut. Insbesondere Mängel bei Spesenabrechnungen und bei Funktionsbeilagen sind festgestellt worden. Die Intensivierung dieser Kontrollen soll auch vorbeugend wirken.

Insgesamt stellt die Finanzkontrolle erfreulicherweise aber auch fest, dass in den meisten Departementen sehr gut und genau gearbeitet wird. Feststellungen werden umgesetzt und systematische Fehler behoben.

Die Aufsichtskommission hat den Tätigkeitsbericht und die Rechnung 2016 der Finanzkontrolle mit 10:0 Stimmen abgenommen. Ich beantrage dem Parlament, den Bericht und die Rechnung 2016 ebenfalls positiv zur Kenntnis zu nehmen.

Zum Schluss nochmals ein ganz grosses Dankeschön an Sandra Berberat und ihr Team für die geleistete Arbeit. Unerschrocken, sehr sachlich, aber trotzdem hartnäckig versuchen sie für uns Gemeinderäte die Schwachstellen in der Verwaltung zu finden. Wie wertvoll das für uns ist, haben die letzten Monate eindrücklich bewiesen.

U. Hofer (FDP): Ich könnte es kurz machen, möchte ich aber nicht. Ich finde, Sandra Berberat und ihr Team sind wirklich ein Glücksfall für die Stadt Winterthur. Und auch wegen den Vorkommnissen des vergangenen Jahres möchte ich das heute besonders würdigen. Ihre Berichte, Festlegungen und Expertisen sind für uns von der FDP-Fraktion von unschätzbarem Wert, da wir als Milizparlamentarier weder das Wissen noch die Zeit hätten, derart genau hinzuschauen. Sie hat im vergangenen Jahr meines Erachtens Ausserordentliches geleistet, auch ihr Team, allen voran die bereits erwähnten Sonderprüfungen zum Thema Stadtwerk, aber der Wert und die Qualität der täglichen Arbeit zeigt sich auch im Kleinen bei den zahlreichen Revisionsberichten. Ihr Team und sie finden meines Erachtens die richtige Mischung. Sie haben den Mut, auf Missstände hinzuweisen, dafür auch ein bisschen auf die Füsse zu stehen, Beharrlichkeit zu zeigen, in wichtigen Punkten nicht einfach nachzugeben, unbestechlich und neutral von Partei-Couleur gegenüber Personen und Departementen zu bleiben. Man hat es vorhin gemerkt. Sie hat etwas gesagt, das mir nicht so gefiel - ich finde das super. Sie sagt ihre Meinung. Sie zeigt auch Vernunft und Einsicht, um auch wieder einmal Wogen zu glätten und bei wenigen Punkten pragmatisch vorzugehen. Die Privatwirtschaft wäre wohl neidisch auf unsere Finanzkontrolle und wir sollten uns hüten, diese Arbeit und Qualität nicht entsprechend zu würdigen. Und das ist auch der Zweck dieser kleinen Lobeshymne. Besten Dank.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Auch die Fraktion Grüne/AL bedankt sich für den Bericht der Finanzkontrolle. Aus dem Bericht ist erkennbar, dass jedes Mal, wenn sich Vorschriften ändern, es eine gewisse Zeit braucht, bis sich das Finanzamt und die Finanzkontrolle darauf geeinigt haben, was das für die Stadt Winterthur dann auch konkret heisst. Wie bereits erwähnt wurde, hat man mehrere Punkte gefunden, die man bereits im Vorjahr kritisiert hat, die noch nicht geändert wurden. Aber ich konnte anlässlich der Kommissionsberatung feststellen, dass nicht alles, das heiss gekocht wird, auch wirklich so heiss gegessen wird. Bei der Finanzkontrolle hatte man bei einzelnen Punkten durchaus Verständnis, dass man etwas länger braucht für die Anpassung. Wie gesagt: Vielen Dank für das kritische Auge, auch vielen Dank für das Finden von pragmatischen Lösungen.

M. Sorgo (SP): Nachdem man den Tätigkeitsbericht inhaltlich in den letzten drei Stunden immer wieder eingebaut und durchdiskutiert hat, glaube ich auch, dass man inhaltlich nicht mehr allzu viel dazu sagen muss. Man hat schon sehr viel besprochen in der Rechnung. Wir möchten uns auch bei Sandra Berberat und ihrem Team bedanken für die Arbeit, die sie auch 2016 geleistet haben. Es zeigt auch auf, dass die finanziellen Abläufe in der Stadt Winterthur, so wie sie sind, grossmehrheitlich sehr gut funktionieren, dass Kritik und Anmerkungen auch aufgenommen werden und zumindest grossmehrheitlich und dort wo es passt auch umgesetzt werden. Es ist für uns auch besonders erfreulich hervorzuheben, dass erstmals seit 2013 der Revisionsbericht im Normallaut publiziert worden ist. Wir wissen auch, dass das letzte Jahr für die gesamte Finanzkontrolle, für das gesamte Team, sicher ein aufwändi-

geres Jahr war mit den zwei Sonderprüfungen von Stadtwerk, die dazukamen. Es war aber trotzdem möglich, den allergrössten Teil des geplanten Prüfprogrammes durchzuführen. Wir möchten da aber auch nochmals festhalten, dass es für die Verantwortlichen vom Finanzamt und die Verantwortlichen von verschiedenen Departementen, die mit den Finanzen zu tun hatten, die letzten Jahre auch ausserordentlich waren, sei es mit HRM2, das zwar inzwischen eingeführt ist, wo aber sicher noch nicht ganz alle Abläufe sitzen, sei es mit dem IKS, wo die Einführung ebenfalls viele Ressourcen brauchte. Und auch da gehen wir deshalb davon aus, dass gewisse Feststellungen in Zukunft nicht mehr vorkommen werden. Wir können klar festhalten: Dass bei den Sachen, die neu eingeführt werden, am Anfang noch nicht alles ganz rund läuft, das ist aus unserer Sicht normal. Deshalb möchten wir uns bei der Finanzkontrolle bedanken für die Arbeit, die sie geleistet hat, ebenso wie bei allen anderen Mitarbeitenden, die schauen, dass die Finanzen der Stadt Winterthur so verlaufen wie sie sollten.

Th. Deutsch (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion dankt Sandra Berberat und ihrem Team von der Finanzkontrolle für die geleistete Arbeit. Wir stellen fest, dass die Kontrolle sehr sorgfältig war und nehmen den Tätigkeitsbericht positiv zur Kenntnis. Dass die Finanzkontrolle die Arbeit der Verwaltung und ihrer Mitarbeitenden ebenfalls positiv zur Kenntnis nimmt, habe ich ja bereits in meinem Votum zur Rechnung gesagt. Die Finanzkontrolle hat, wie wir schon gehört haben, ein anstrengendes Jahr hinter sich. Im Nachgang der Administrativuntersuchung beschäftigten zwei Sonderprüfungen bei Stadtwerk Winterthur die Finanzkontrolle. Diese Prüfungen, die die Jahre 2012-2016 abdeckten, waren sehr umfassend und haben die personellen Ressourcen der Finanzkontrolle stark beansprucht. Nicht alles ist positiv. Probleme gab es z.B. im Bereich der Besoldungsprüfungen. Eine Revision musste sogar abgebrochen werden, damit der entsprechende Bereich zuerst interne Prozesse aufarbeiten und verbessern kann. Diese Prüfungen zeigen auch Mängel im Bereich der Spesenabrechnungen, beim Bereich vom Stellenplan sowie bei den Funktionszulagen auf. Alles in allem, von einigen Ausnahmen abgesehen, sind die Ergebnisse der Kontrollen in diesem Jahr eigentlich sehr erfreulich. Beispiele für die Ausnahmen habe ich bereits erwähnt. Positiv hervorzuheben ist z.B., dass die Stadt Winterthur auf einem guten Weg ist, was die Einführung vom internen Kontrollsystem IKS betrifft. Ebenfalls sehr erfreulich finden wir, dass der Stadtrat der Finanzkontrolle volle Protokolleinsicht gewährt hat.

**M. Wäckerlin (GLP/PP):** Es wurde so viel gesagt, ich kann mich dem Referenten eigentlich nur vollumfänglich anschliessen. Ich freue mich natürlich, dass die Finanzkontrolle einen solch regen Zuspruch erfährt. Inhaltlich haben wir es eigentlich bereits vorher bei der Rechnung besprochen, da müssen wir nicht mehr gross darauf eingehen. Ich möchte auch nochmals betonen, weil es wirklich eine hervorragende Leistung war dieses Jahr, weil noch so viel Extra-Arbeit dazukam, die man Anfang Jahr nicht geplant hatte, und doch alles noch rechtzeitig kam.

Als ich 2009 in diesen Rat kam, war die Finanzkontrolle noch um Welten anders. Jetzt merke ich, dass wir als Gemeinderäte wirklich ein Instrument haben, das uns auch hilft, das uns unterstützt. Das ist wichtig.

Noch kurz zu Christian Griesser – nein, da sage ich nichts mehr. Das wäre es gewesen. Herzlichen Dank, weiter so. Auch wenn es besser wird mit der Zeit, es gibt noch viel zu tun. Verliere nicht den Mut und mache weiter so, wie Du es bisher gemacht hast, vielen Dank.

I. Kuster (CVP/EDU): Auch ich möchte sagen, dass die Berichte der Finanzkontrolle bei der Besprechung und Beurteilung der Jahresrechnung sehr hilfreich waren - auch wenn wir nicht überall gefolgt sind. Auch die von der Finanzkontrolle durchgeführte Sonderprüfung bei Stadtwerk Winterthur gab wertvolle Hinweise auf Schwachstellen im Controlling und Risikomanagement bei Stadtwerk Winterthur. Wir von der CVP/EDU-Fraktion danken der Leiterin der Finanzkontrolle, Sandra Berberat, und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich für ihre sorgfältige und gewissenhafte Arbeit. Unserer Ansicht nach ist eine kompetente und unabhängige Finanzkontrolle eine wichtige Voraussetzung, damit wir als Gemeinderäte

unsere Aufsichtsfunktion gegenüber der Verwaltung seriös wahrnehmen können. Nochmals ganz herzlichen Dank. Wir stimmen dem Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle zu.

Stadtpräsident M. Künzle: Auch seitens des Stadtrates stimmen wir in die Lobeshymne an die Adresse der Finanzkontrolle ein. Auch wir danken für die gute Zusammenarbeit. Weil halt auch wir im Stadtrat unerschrocken und hartnäckig sind, gibt es manchmal Meinungsverschiedenheiten, aber ich denke, ob es grössere oder kleinere waren, wir haben den Weg immer irgendwie gefunden. Manchmal braucht es etwas Zeit, um sich auf eine Praxis zu einigen, denn aus dieser Optik kommt etwas Neues, es kommen auch neue Erkenntnisse in diesem ganzen Bereich. Auch wir haben unsere Vorstellungen und auch wir holen uns Rat (beim Gemeindeamt). Und wir haben also beide schon Recht bekommen, sowohl Ihr wie wir. Beide Seiten unerschrocken und hartnäckig.

Ich möchte doch nochmals anfangen und dann auf eine andere Schiene kommen. Im Landboten war am 10.6. getitelt «Falsche Spesen, Stellenpläne und Zulagen». Das war der Bericht der Finanzkontrolle, der in der Qualifikation bei uns intern und in Absprache mit Sandra Berberat wirklich nicht «schlimm» war. Es waren Dinge, die wir korrigieren müssen, aber es hatte nicht die wesentlichen Punkte drin, wo wir alles falsch machen würden. Aber so kam der Bericht im Landboten daher. Nachdem da schon die Finanzfachleute gelobt worden sind, möchte ich noch eine Lanze brechen für den ganzen HR-Bereich, sei es im Personalamt oder bei den dezentralen HR-Stellen in den einzelnen Departementen. Wir arbeiten professionell und effizient. Und aufgrund von unserer Vielfalt von unterschiedlichen Stellenprofilen und Stellenprozenten - wir sind wirklich ein Gemischtwarenladen mit über 4'500 Mitarbeitenden in der ganzen Stadtverwaltung - stellt das für den Alltag eines HR-Fachmannes oder einer HR-Fachfrau ebenfalls eine Herausforderung dar. Wir leisten unsere Arbeit mit den Ressourcen, die wir zur Verfügung haben. Und diese Ressourcen lassen, einfach damit Sie das einmal gehört haben, keine konsequente Überprüfung der Anstellungsverhältnisse zu, sondern wir müssen uns auch mit Stichproben begnügen bei dieser Masse an Arbeitsverhältnissen. Und deshalb kann es sein, dass einmal eine Funktionszulage – und es gibt also auch da wieder verschiedene Funktionszulagen - nicht in der exakt richtigen Lohnart verbucht worden ist. Es ist zu betonen: Es wurden keine Funktionszulagen oder Spesen falsch ausbezahlt, es bekam niemand etwas, das er nicht hätte bekommen sollen, sondern es waren Buchungsfehler. Und es sind Buchungsfehler und nicht vorsätzliches Kaschieren von irgendwelchen Zahlen. Die Finanzkontrolle prüft das Finanzwesen der Stadt Winterthur. Sie prüft unsere Zahlen, sie prüft unsere Arbeit, das ist richtig so. Der Prüfungsumfang und die Tiefe sind um einiges grösser geworden als noch vor einigen Jahren, das ist richtig so. Dafür hat die Finanzkontrolle heute auch mehr Mitarbeitende zur Verfügung, das ist auch richtig so. Wenn wir aber seitens der Stadtverwaltung mehr Kontrollaufwand haben, wenn wir mehr Arbeit haben, um diese Feststellungen wirklich auch zu verhindern, wenn wir unsere Prozesse noch mehr justieren müssen, noch mehr verfeinern müssen – dann müssten auch wir in diesen Bereichen, die bisher gleich geblieben sind, aber mehr Aufwand haben, eigentlich auch mehr Ressourcen haben, was letztendlich eben auch richtig wäre.

**S. Berberat:** Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für diese vielen positiven Voten, die ich gehört habe. Das liess mein Herz aufgehen. Ich möchte das mitnehmen und meinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen weiterleiten, ohne die das gar nicht möglich gewesen wäre und die da einen Wahnsinnsbeitrag geleistet haben im vergangenen Jahr.

Ratspräsident F. Landolt: Damit haben Sie den Tätigkeitsbericht 2016 der Finanzkontrolle sehr zustimmend zur Kenntnis genommen.

## 8. Traktandum

GGR-Nr. 2017.72: Jahresbericht 2016 der Ombudsstelle

I. Kuster (CVP/EDU): Ich darf über den Jahresbericht der Ombudsstelle berichten. Die Ombudsstelle hat einen umfassenden, ausführlichen Jahresbericht vorgelegt, in dem über die erbrachten Dienstleistungen und Beratungen Auskunft gegeben wird. Im Berichtsjahr ist 191 (im Vorjahr 190) Mal mit unterschiedlichsten Fragestellungen die Ombudsstelle angegangen worden. Davon waren 125 telefonische Kontaktaufnahmen, 46 schriftliche Eingänge und 20 Personen sind persönlich erschienen. Wir danken Viviane Sobotich und ihrem Team für diesen grossen Einsatz und ihre Offenheit.

Die Wahl des Schwerpunktthemas des Jahresberichtes fiel dieses Mal auf die Schule. Zum einen, weil das Thema noch nie berücksichtigt wurde, zum anderen, weil eine schriftliche Empfehlung im Berichtsjahr abgegeben wurde. Die schriftliche Empfehlung ist das schärfste Mittel, das der Ombudsstelle zur Verfügung steht. Rund um die Schule wird im Hauptteil aufgezeigt, wie komplex die Schule ist. Angefangen von den rechtlichen Grundlagen über die Anzahl und Breite der Beteiligten: Kommunale und kantonale Behörden, Lehrpersonen, Eltern, Schülern und Schülerinnen, freiwillige Mitarbeitende aber auch Schulhausabwarte, Reinigungs- und Betreuungspersonal und auch Schulsozialarbeitende. Die daraus resultierenden vielfältigen Problemstellungen werden anhand von Beispielen aufgezeigt. Es zeigt sich, dass die Kreisschulpflegen die erste Anlaufstelle für die meisten Fragen sind, und nicht das Departement Schule und Sport, wie oft irrtümlich angenommen wird. Die Ombudsstelle berät kompetent, vermittelt und hilft bei der Suche nach Lösungen, die von beiden Seiten getragen werden können. Das wird oft erreicht. Dann werden im Jahresbericht Beispiele tiefer beschrieben und aufgezeigt, wie die Lösung gefunden wurde. Im Anschluss an den Hauptteil werden Beispiele aus den Departementen aufgeführt und eine Auswahl von internen und externen Fällen. Auf der hintersten Seite als Anhang werden Zahlen und Fakten aufgeführt. Die verwaltungsinternen Fälle haben leicht abgenommen, 72 gegenüber 75 im Vorjahr, sind aber gegenüber den Vor-Vorjahren noch immer höher. Die verwaltungsexternen Fälle haben sich in den vergangenen Jahren zwischen 110 - 120 Fällen eingependelt, im Berichtsjahr waren es 119 Fälle. Die AK empfiehlt einstimmig, den Bericht der Ombudsstelle zu genehmigen.

Die CVP/EDU-Fraktion hat den Jahresbericht der Ombudsstelle aufmerksam gelesen und das diesjährige Schwerpunktthema Schule hat uns sehr gefallen. Es zeigt: Die Schule bewegt, es ist ein wichtiges Thema für alle Betroffenen und auch für uns als Gesellschaft. Die Parität der Schule ist eine wichtige Grundlage für unsere zukünftigen Erwerbstätigen und ihre Qualifikation. Wir werden die Bewegungen von den internen und externen Fällen aufmerksam weiterverfolgen. Uns ist wichtig, dass die Ombudsstelle für beide eine offene Türe hat. Die Zahl der Fälle in Abhängigkeit zu Bevölkerung und Stellenwachstum ist auch ein Hinweis für die Qualität und die Stimmung für die Arbeit in der Verwaltung und darf deshalb nicht ausser Acht gelassen werden. Wir von der CVP/EDU-Fraktion danken Viviane Sobotich und ihrem Team ganz herzliche für die Arbeit und den Einsatz im vergangenen Jahr und genehmigen den Jahresbericht.

R. Keller (SP): Der Jahresbericht, den Viviane Sobotich vorgelegt hat, wählte den Schwerpunkt nicht ganz zufällig: Nämlich die Schule, weil die Schule durch die komplexe Struktur, durch die rechtliche Grundlage und auch die Mischung zwischen Verwaltung und Behörde besonders herausfordernd ist, auch für eine Ombudsstelle, wenn Fragen an sie gelangen. Ich bin immer wieder überrascht, wie unterschiedlich die Fragen sind, die Viviane Sobotich beantwortet. Da geht es z.B. darum, wie das Verhältnis ist von Freiwilligen, die in der Schule arbeiten, oder um Kleinstpensen von Lehrkräften und wie diese in der Pensionskasse dann abgedeckt oder abgebildet werden, oder es geht darum, ob man Kindergartenkinder disziplinarisch bestrafen soll. Also eine sehr breite Palette von Fragen, die da auf Viviane Sobotich zukommen. Das wesentliche Thema, das sagte Iris Kuster bereits, quasi der Hauptteil, gilt dem Fall einer Lehrkraft, die das Recht auf ein faires Zeugnis einfordert und auch verteidigt und die immer wieder aufläuft bei diesen Versuchen, ein angemessenes Zeugnis zu erhalten, das die Leistungen abbildet während der Zeit, zu der diese Lehrperson angestellt ist. Es zeigt auch, dass es gerade in solchen Fällen immens wichtig ist, dass wir eine solche neutrale Stelle haben, wo die Einwohnerinnen und Einwohner von Winterthur, aber natürlich auch

die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, hingehen können und die mit hoher Sachkompetenz, Hartnäckigkeit und mit Nachdruck Behörden und Verwaltung dann auch auf Versäumnisse aufmerksam gemacht werden und die auch zur Verfügung steht, um die Leute zu unterstützen, wenn sie z.B. das Recht auf ein faires Zeugnis einfordern.

Dass es sich bei diesem beschriebenen Fall, diesem Hauptfall, um ein Problem im Schulkreis Töss handelt und dass der Schulpflegepräsident involviert ist, macht den Jahresbericht noch besonders bemerkens- und bedenkenswert.

Die SP-Fraktion dankt Viviane Sobotich und ihrem Team dafür, dass sie mit Einfühlungsvermögen und Klarheit der Bevölkerung und den Mitarbeitenden unterschiedliche Fragen beantworten und sie unterstützen, auch wenn diese Unterstützung manchmal nur darin besteht, zu sagen: «Ich verstehe Sie. Es ist subjektiv für Sie gesehen ein Unrecht, objektiv gibt es keine Rechtsgrundlage, um da etwas zu machen.» Diese Stelle leistet aus unserer Sicht einen wichtigen Beitrag zum Vertrauen zwischen Bevölkerung, Mitarbeitenden, Behörden und Verwaltung. Wir nehmen diesen Bericht sehr gerne und zustimmend zur Kenntnis.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL bedankt sich für den ausgezeichneten Bericht. Im Bericht kann man die üblichen Dauerbrenner erkennen (soziale Dienste, personalrechtliche Fragen, KESB). Neu dazugekommen ist sicher die Schule als Schwerpunktthema. Wenn man die Themen durchgeht, muss man sehen: Die Kunden der sozialen Dienste haben kein Geld und deshalb ist es für sie auch nicht möglich, gegen Bezahlung Unterstützung zu organisieren. Deshalb müssen sie dort Unterstützung holen, wo es sie nichts kostet. Das wäre dann eben die Ombudsstelle. Bei den personalrechtlichen Fragen muss man sehen: Heute wird wesentlich mehr gestritten als früher, das ist nicht nur bei der Stadt so, sondern auch bei anderen Arbeitgebern. Von den Friedensrichtern konnten wir hören, dass dort die Anzahl Arbeitsschwierigkeiten massiv zugenommen haben. Das ist heute einfach so. Bei der KESB ist es klar: Die einen finden, die KESB greife zu stark und am falschen Ort ein, und die anderen finden, gerade in dem Fall hätten sie etwas machen sollen und haben nichts gemacht. Es ist auch klar, dass man da ab und zu bei der Ombudsfrau landet. Die Schule ist sicher ein interessantes Thema. Lange war gar nicht klar, welche Ombudsstelle überhaupt zuständig ist, ob es die Ombudsstelle der Stadt ist oder ob es die kantonale Ombudsstelle ist. Schon das zeigt: Wenn die Fachleute sich noch nicht einig sind, wer da zuständig ist, wie soll das denn der Laie herausfinden, wie es genau läuft in der Schule. Man muss auch sehen: Für die eigenen Kinder will man selbstverständlich nur das Beste. Damit ist dann häufig die Objektivität einfach weg. Lehrpersonen, das ist sicher so, sind kritische Menschen. Das ist auch richtig so und sie lassen sich auch nicht in militärischer Art und Weise führen.

Sehr gut finde ich den Hinweis der Ombudsfrau, dass es bei Kleinstpensen bereits Pensionskassenprobleme gibt - es fühlt sich niemand zuständig und da besteht wirklich Handlungsbedarf. Ich möchte darauf hinweisen, dass es andere Branchen gibt, die gewerkschaftlich sehr gut vertreten sind (z.B. die Journalisten), die haben das geschafft. Dort haben freischaffende Journalisten, die häufig 20 und mehr Arbeitgeber haben, auch die Möglichkeit, dass ihnen für einen einzelnen Artikel die PK abgerechnet wird und damit haben sie dann doch irgendwann ein bisschen Pensionskassenrecht.

Nochmals vielen Dank für den Bericht, wir werden diesen selbstverständlich abnehmen.

**U. Hofer (FDP):** Selbstverständlich möchten wir auch der Ombudsstelle ganz, ganz herzlich danken für die geleistete Arbeit. Dass die Lobeshymne vielleicht etwas geringer ist, liegt nicht daran, dass wir mehr Kritikpunkte hätten, im Gegenteil, aber wir als Gemeinderatsmitglieder nehmen die Arbeit der FiKo einfach viel mehr zur Kenntnis. Ich hoffe jedoch, d.h. ich bin sicher, dass die Bevölkerung ihre Arbeit zur Kenntnis nimmt und sehr froh ist darüber. Der Jahresbericht ist wie gewohnt professionell gemacht, man ist versucht zu sagen, fast zu professionell, und widmet sich, auch das ist typisch für die Ombudsstelle, wie stets einem äusserst kontroversen Schwerpunktthema. Der Jahresbericht zeigt die Komplexität und die Vielschichtigkeit von unserer Schulorganisation und die vielschichtige Art und Weise, welche Fragen aufkommen können. Es ist sehr eindrücklich und wie immer eine Pflichtlektüre. Dass das Thema Schule vor dem Hintergrund der jüngsten Vorkommnisse als Schwerpunktthema

gewählt wurde, erscheint richtig. Wir möchten uns nicht verkneifen, einen Satz daraus zu zitieren, den auch wir unterstreichen möchten: «Verständnis und Respekt für die Gegenseite ermöglichen es, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, auf die man alleine nicht käme. Voraussetzung hierfür ist, dass man seine Überlegungen klar darlegt und die Gründe für seine Haltung preisgibt. Verweigert sich eine der Konfliktparteien und setzt sich mit den von mir gestellten Fragen oder Darlegungen nicht auseinander, verunmöglicht sie mir, meine vom Gesetz zugewiesene Aufgabe der Rechtskontrolle und Vermittlung zu erfüllen.» Wie wir alle heute lesen konnten, hindern die Vorwürfe nicht daran, in Kürze Präsident eines Zürcher Gerichtes zu werden. Was mich, das möchte ich heute auch erwähnen, irgendwie ein bisschen bedenklich stimmt. Aber ich möchte zurückkommen zum Thema. Auch wir nehmen den Bericht sehr zustimmend zur Kenntnis, herzlichen Dank.

- **Th. Deutsch (EVP/BDP):** Die EVP/BDP-Fraktion hat den Bericht von Viviane Sobotich mit Interesse zur Kenntnis genommen und dankt ihr und ihren Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit. Mit dem Fokus auf das Thema Schule widmet er sich einem sehr aktuellen Thema. Auffällig ist, dass es zu diesem Thema sogar eine schriftliche Empfehlung gegeben hat. Die Fragestellungen und Probleme rund um das Thema Schule sind interessant und werden in diesem Bericht zu einem grossen Ganzen zusammengesetzt. Wir erachten es auch als sehr wertvoll, dass die Ombudsstelle zusammen mit der Finanzkontrolle als Anlaufstelle für Lösungssuchende fungiert.
- M. Wäckerlin (GLP/PP): Auch die GLP/PP-Fraktion nimmt den Bericht sehr zustimmend zur Kenntnis. Es ist ein Bericht, über den man nicht viel sagen sollte, den sollte man wirklich selber gelesen haben. Er ist immer sehr interessant, ich kann ihn jedem nur empfehlen. Wir sind zufrieden mit unseren Angestellten, Sie sind eigentlich auch eine unserer Angestellten. Diese Ombudsstelle reduziert definitiv die Kosten und den Aufwand, und zwar in der Regel nicht nur für die Verwaltung, sondern auch für die Bürger, und das finde ich wichtig. Wenn irgendetwas bei der Verwaltung harzt, dann ist es gut, wenn es eine Anlaufstelle gibt. Einen kleinen Verbesserungsvorschlag vielleicht: Was ich immer sehr interessant finde, es gibt ja immer die Dreiteilung mit dem Hauptfall, dem Schwerpunkt. Beim Schwerpunkt gibt es immer noch kurze Infos über Ihre Einschätzung zu den einzelnen Punkten. Dann gibt es noch eine Auflistung vom ganzen Rest. Dort fehlt mir der ganz knappe Satz, wie das wohl rechtlich zu beurteilen wäre. Ich versuche dann immer zu rätseln, wie das dort sein könnte in diesem Fall, aber ich weiss dann natürlich nicht, ob ich recht habe. Das nur als kleine Randbemerkung. Die Sache mit dem Schulpflegepräsidenten finde ich äusserst bedenklich. Was sich da wieder gezeigt hat, ist eine sture Lernunfähigkeit, eine richtige Selbstherrlichkeit. Das ist ein bedenkliches Psychogramm und wenn man so nachher wiedergewählt wird, schätze ich persönlich als bedenklich ein. Der Bericht war hervorragend und sehr spannend.
- **D. Oswald (SVP):** Auch im Namen der SVP-Fraktion möchte ich diesen Bericht ganz herzlich verdanken. Mir fällt nichts mehr ein, das nicht schon gesagt worden wäre. Auch wir werden diesen Bericht abnehmen.
- V. Sobotich: Ich möchte mich zuallererst ganz herzlich bedanken für Ihr Vertrauen und Ihre Voten und die wohlwollende Kenntnisnahme. Ich muss aber etwas korrigieren oder anfügen, das kurz angesprochen wurde: Wir haben 4 Kreisschulpflegepräsidenten in Winterthur. Ich habe in diesem Bericht nie gesagt, um welchen Kreisschulpflegepräsidenten es geht. Ich muss darauf Wert legen, dass klar ist, dass ich diese Information nie gesagt habe. Da wurde ein Schluss aus meiner Thematik gezogen und gefunden, das sei so ich muss darauf bestehen, dass ich Ihnen nicht sagen kann, um wen es sich dabei wirklich handelt. Ich habe mir lange, sehr lange Gedanken gemacht, ob ich die Funktionsbezeichnung nennen soll oder nicht, weil es natürlich bei nur 4 Kreisschulpflegepräsidenten ein relativ kleiner Kreis ist. Meine Verschwiegenheitspflicht ist sehr wichtig für den Job. Ich habe mich mit der Ratsleitung ausgetauscht, ob ich das machen soll oder nicht. Ich habe den Bericht natürlich lange vorher verfasst, bevor in den Medien über Kreisschulpflegepräsidenten und die Schule Brühlberg berichtet wurde. Ich weiss nicht, ob ich anders entschieden hätte, wenn das damals schon

gewesen wäre. Aber ich habe diese Medienwelle nicht kommen sehen. Es zeigt natürlich schon, dass es ein aktuelles Thema ist, aber es ist mir ganz wichtig, nochmals zu betonen: Es wurde von mir nie erwähnt, welcher Kreisschulpflegepräsident diese Empfehlung verursacht hat. Ich danke Ihnen herzlich.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Wenn ich nun im Namen des Stadtrates der Ombudsfrau Danke sage, dann ist klar, wer das ist: Wir haben eine. Wir schliessen uns diesem Dank an. Wir dürfen bei der Arbeit bei uns feststellen, dass unsere Ombudsfrau sehr sachlich an die Fragestellungen herangeht, dass sie jemandem, der Fragen hat, erklären kann, warum wir so gehandelt haben und dass wir richtig gehandelt haben. Oder sie kann uns sagen, wenn wir falsch liegen und was wir verbessern müssen. Ich danke an dieser Stelle für diesen Austausch sehr herzlich.

Ratspräsident F. Landolt: Damit haben Sie den Jahresbericht 2016 der Ombudsstelle wohlwollend angenommen.

## 9. Traktandum

GGR-Nr. 2017.61: Tätigkeitsbericht 2016 des Datenschutzbeauftragten

Ratspräsident F. Landolt: Ich möchte den Datenschutzbeauftragten Philip Glass nach vorne bitten.

I. Kuster (CVP/EDU): Der Jahresbericht des Datenschutzbeauftragten der Stadt Winterthur ist in seiner schlanken, schlichten Form wieder erschienen. Im Bericht wird ausführlich stellvertretend auf zwei Beispiele aus dem Tätigkeitsfeld eingegangen. Zum einen die Jubiläen in den Quartierzeitungen, bei dem es darum ging, zu evaluieren, wie mit dem Wunsch der Quartierzeitungen nach Publikation der Jubiläen der Bewohnerinnen und Bewohner und dem Datenschutz der Einwohnerkontrolle umzugehen ist. Die Datenaufsicht schlug dann zwei Lösungen vor: Die Jubilare anzufragen, ob sie eine Publikation möchten oder zweitens eine Leistungsvereinbarung mit den Quartierzeitungen, mit den entsprechenden gesetzlichen Grundlagen, zu schaffen. Beim zweiten Beispiel ging es um das Einsichtsrecht der Finanzkontrolle gegenüber der Verwaltung. Auch da hat eine differenzierte Analyse und Lösung stattgefunden. Die thematische Übersicht der neu eröffneten Dossiers aufgrund der Anfragen durch Behörden und Privatpersonen zeigt, wie breit gefächert das Spektrum der Datenschutzstelle ist. Es waren insgesamt 75 Neueingänge, davon mehr als die Hälfte von den städtischen Behörden. Erfreulich ist, dass die Datenschutzstelle immer häufiger und frühzeitiger bei Projekten der Verwaltung einbezogen wird. Das zeigt, dass das Bewusstsein für Fragen und Anliegen vom Datenschutz am Zunehmen ist und ihre Bedeutung anerkannt ist. Dazu leistet Philip Glass einen wesentlichen Beitrag - mit seiner Arbeit, seinen verwaltungsinternen Schulungsangeboten und mit dem Vorstellen der Stelle an Kaderschulungstagen für neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Das führt aber zum anderen vielleicht auch mit zu einer Zunahme der Pendenzen und diese müssen wir aufmerksam im nächsten Jahr beobachten, wie sich das weiterentwickelt. Zum Glück ist die Datenschutzstelle aber gut vernetzt mit dem Kanton, mit der Stadt Zürich und mit einer Vereinigung. So können Probleme gemeinsam besprochen und abgeklärt werden, wie zu reagieren ist. Im Spannungsfeld von der technologischen Entwicklung und dem Schutz der Privatsphäre liegt eine grosse Herausforderung unserer Gesellschaft in den kommenden Jahren, dem begegnet die Datenschutzstelle. Die AK empfiehlt einstimmig, den Jahresbericht des Datenschutzbeauftragten der Stadt Winterthur zu genehmigen.

Wir von der CVP/EDU-Fraktion haben den Jahresbericht des Datenschutzbeauftragten aufmerksam gelesen. Wir danken Philip Glass für seinen Einsatz und seine geleistete Arbeit. Wir sind uns bewusst, dass die zunehmende Digitalisierung neue Herausforderungen stellt. Wir hoffen, dass seine gute Vernetzung ihm Unterstützung bringt. Wir genehmigen den Jahresbericht des Datenschutzbeauftragten.

R. Keller (SP): Wie bei der Ombudsstelle finde ich es als Leserin immer wieder faszinierend, was für Fragen und was für unterschiedliche Sachen der Datenschützer behandeln muss (wie auch die Ombudsfrau) und in wie vielen Bereichen unseres Lebens der Datenschutz auch eine Rolle spielt. Gerade das Beispiel, das Iris Kuster bereits nannte, mit der Veröffentlichung der Geburtstage in den Quartierzeitungen: Da würde man nicht auf Anhieb denken, dass das etwas ist, das datenschutzrechtlich relevant sein könnte. Ebenfalls erstaunlich finde ich es immer wieder, wie komplex diese Materie ist. Man kann nicht einfach aus dem Bauch heraus beurteilen, ob etwas datenschutzrechtlich heikel ist oder nicht. Das ebenfalls bereits genannte Beispiel mit der Einsicht in die Stadtratsprotokolle zeigt das auch. So einfach sind diese Dinge nicht. Und es ist umso wichtiger, dass wir mit Philip Glass eine sehr kompetente und versierte Person als Datenschützer haben, der diese Fragen beantworten kann. Deutlich wird auch aus dem Bericht, dass es ganz wichtig ist, dass die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung immer wieder in Datenschutzfragen sensibilisiert werden. Gerade auch, weil wir davon ausgehen müssen, dass die Komplexität im Zusammenhang mit der Digitalisierung von Daten sicher nicht kleiner wird in den nächsten Jahren, sondern eher grösser wird, und dass die Mitarbeitenden laufend à jour gehalten werden müssen, damit sie da nicht in Fallen hineintappen. Dass Philip Glass auch immer mehr bei Projekten vorzeitig oder in früheren Phasen einbezogen wird, ist sicher begrüssenswert und verhindert, dass man im Nachhinein flicken muss. Sorgen macht auch uns die Zunahme der pendenten Fälle aufgrund des Anstiegs der Anfragen. Es scheint uns nicht sehr wahrscheinlich, dass die Zahl der Anfragen und Dossiers in den nächsten Jahren abnehmen wird. Wir sind der Meinung, die Belastungsgrenze ist erreicht und die Frage einer Umgestaltung der Datenschutzstelle muss jetzt ernsthaft angegangen und diskutiert werden. Die SP-Fraktion dankt dem Datenschutzbeauftragten sehr herzlich für seine Arbeit, für den knappen, kompakten Jahresbericht und wir nehmen diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Th. Deutsch (EVP/BDP): Auch die EVP/BDP-Fraktion dankt Philip Glass für seine Arbeit und nimmt den Tätigkeitsbericht dankend zur Kenntnis. Der Bericht zeigt auf, wie vielseitig und breit das Spektrum des Aufgabenbereichs des Datenschützers ist. Wir haben bereits gehört, dass man in diesem Bericht auf der einen Seite über die Problematik lesen, dass die Einwohnerkontrolle die Geburtstage nicht an die Zeitungen melden möchte. Übrigens könnte auch der Stadtrat über eine solche Leistungsvereinbarung nachdenken. Auf der anderen Seite geht es um die Dateneinsicht der Finanzkontrolle in die Protokolle des Stadtrates. Bedenklich stimmt uns, dass die Fallzahlen weiter zunehmen. Im letzten Jahr verzeichnete die Datenschutzstelle einen deutlichen Anstieg von eingehenden Anfragen. Das hat zur Folge, dass die pendenten Fälle weiter anstiegen. Hier ist es auch an uns, die Situation im Auge zu behalten und ggf. künftig passende Massnahmen zu ergreifen.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Im Namen der GLP/PP-Fraktion möchte ich mich für den Bericht bedanken. Auch wir sind damit einverstanden, wir sind zufrieden mit der Leistung. Ich denke auch: Man muss sehen, es ist ein Pensum von nur 30%. Dafür macht er doch ziemlich viel. Ich habe mir zwei Punkte aufgeschrieben: Das eine sind Schulungen. Ich finde es gut, dass man das macht, denn man muss ja möglichst früh ansetzen und die Leute für diese Datenschutzproblematik sensibilisieren. Der andere Punkt sind die Pendenzen, die halt relativ hoch sind und wo man schauen muss, dass die wieder hinuntergehen. Im Übrigen gute Arbeit, vielen herzlichen Dank. Noch eine Nebenbemerkung: Ich hätte nicht gedacht, dass eine Zeitung an Geburtstagen Interesse hat. Es ist auch immer wieder interessant zu sehen, was es für Themen gibt.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Die Fraktion Grüne/AL dankt dem Datenschutzbeauftragten für den Bericht und das darin erkennbare pragmatische Vorgehen. Gerade die Geschichte mit den Jubiläen in den Quartierzeitungen dünkt mich sehr interessant, da sie aufzeigt, wie das Ganze in etwa funktioniert. Es war nämlich eine Gesetzesänderung, die dazu führte, dass der Datenschützer seine Beurteilung geändert hat. Es war nicht etwa eine Gesetzesänderung im Bereich Datenschutzgesetz oder entsprechender Verordnung, sondern es war das

Gesetz über Meldewesen und Einwohnerregister, das dazu führte, dass man nachher datenschutzrechtlich auf eine andere Beurteilung kommt. Wie gesagt, wir bedanken uns für den Bericht, wir bedanken uns dafür, dass unsere Daten geschützt werden. Und einen kleinen Seitenhieb noch: Es ist richtig, wir haben in der Aufsichtskommission im Jahr 2012 einmal über eine Stellenaufstockung diskutiert und soweit ich mich erinnern kann, war ich wohl der einzige, der damals diesem Ansinnen gegenüber positiv gestimmt war. Ich bedanke mich für die nachträgliche und vielleicht auch zukünftige Unterstützung.

**U. Hofer (FDP):** Es passt vom Timing her perfekt, dass ich jetzt sprechen darf... Nein. Es wurde vieles gesagt, vieles richtig gesagt. Auch wir möchten mit unserem Dank anschliessen. Ergänzen möchte ich vielleicht, dass wir es wirklich sehr begrüssen, wie mit den zugegeben begrenzten Ressourcen sehr pragmatisch und mit aus unserer Sicht richtiger Prioritätensetzung umgegangen wird. Illustrativ finde ich da gerade den Jahresbericht. Es ist kein Hochglanzprospekt wie von der Ombudsstelle, sondern es ist einfach gehalten vom Layout her und doch hat man alle wichtigen Informationen, das finden wir richtig. Nun einfach die Frage der Ressourcen. Klar, wir sind auch der Meinung, dass man den Anstieg der pendenten Fälle im Auge behalten muss. Aber aktuell würden wir eine Ressourcenaufstockung eher noch mit Skepsis tragen. Nicht, weil sie die Arbeit nicht gut machen, im Gegenteil - es ist schlicht und einfach eine Frage der Prioritätensetzung. Man könnte immer mehr machen.

**D. Oswald (SVP):** Auch ich möchte mich dem Dank anschliessen und nochmals danken für die Arbeit. Die Leistung des Datenschutzbeauftragten und auch der Bericht sind so gut. Zur gerade gestellten Frage nach den Ressourcen sehe ich das differenzierter und sage: Auf der einen Seite klar, es wird immer komplexer. Andererseits kann man davon ausgehen, dass wir in Winterthur nicht komplett andere Fragestellungen haben als andere öffentliche Institutionen (andere Gemeinden, andere Städte etc.). Wir sind der Meinung, dass man nicht in jeder Kommune das Rad selber erfinden muss und solange wir uns mit runden Geburtstagen in Quartierzeitungen beschäftigen können, glaube ich nicht, dass wir zusätzliche Ressourcen brauchen. Wir empfehlen auch, den Bericht anzunehmen, besten Dank.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Auch wenn wir mit Philip Glass weniger zu tun haben als mit der Finanzkontrolle und der Ombudsstelle, möchten auch wir uns herzlich bedanken für die Zusammenarbeit. Wir haben noch ein gemeinsames Ziel, nämlich dass die Vorstösse, die in seinem Bereich zu erarbeiten sind, so angenehm kurz werden wie sein Tätigkeitsbericht. Danke vielmals.

**Ph. Glass:** Herzlichen Dank. Es gibt eigentlich nicht mehr viel dazu zu sagen, da es jedes Jahr eigentlich immer das Gleiche ist. Ich sage «Ich habe viel zu tun», Sie sagen «Ja ja, geht schon irgendwie». Von daher bedanke ich mich für die positiven Kenntnisnahmen. Es ist klar, man kann immer mehr oder weniger machen. Noch etwas zu den Zeitungen: Vielleicht sollte man sich überlegen, um was es geht, bevor man die Prioritätensetzung hinterfragt. Es geht eigentlich nicht um Zeitungen, die Geburtstage publizieren, das ist nur das Symptom. Es ist eine sehr alte Geschichte, schon früher gab es Leute, die in den Zeitungen schauten, wer Geburtstag hat und dort anriefen, von den Jubilaren Geld herausholten und dann auf Nimmerwiedersehen verschwanden. Das ist etwas, das im Zug der Aufgaben des Datenschutzes noch aktueller wird, denn der Zugang wird einfacher. Zeitungen sind heutzutage auf der ganzen Welt abrufbar. Das geht manchmal ein bisschen vergessen, die Dimensionen, wo die Informationen hingehen und wer sie abrufen kann, steigen ständig. Danke vielmals.

Ratspräsident F. Landolt: Damit haben Sie den Tätigkeitsbericht 2016 des Datenschutzbeauftragten zustimmend zur Kenntnis genommen.

## 10. Traktandum

GGR-Nr. 2017.79: Investitionskredit von Fr. 576'000 für die Übernahme des Scanning Provider-Auftrags des Kantons Solothurn durch das Steueramt Winterthur

R. Keller (SP): Ich darf zum Abschluss noch dieses spannende Geschäft vorstellen. Um was geht es? Es geht um einen Investitionskredit von Fr. 576'000 zu Lasten der Investitionsrechnung. Um was geht es aber inhaltlich? Es geht um ein Scan Center, das für 112 Gemeinden im Kanton Zürich bisher die Steuererklärungen einliest, also scannt. Die ganzen Beilagen und die Blätter, die man als Steuererklärungen ausfüllt, erhalten sie und scannen diese alle ein, damit das Steueramt dann die Steuererklärungen einfacher beurteilen kann. Das geht in verschiedenen Arbeitsschritten: Couverts öffnen, Steuererklärungen einscannen und Kontrolle, dass auch wirklich alle Zahlen über dieses Scanning erfasst wurden. Dann werden die eingescannten Steuererklärungen an das Steueramt übermittelt bzw. an die Steuerämter der 111 anderen Gemeinden im Kanton Zürich übermittelt. Das Mengengerüst bis jetzt sind ca. 370'000 Steuererklärungen, die da in diesem Scan Center bearbeitet werden. Es gibt eine Vorgabe an das Scan Center: Innert 4 Arbeitstagen nach Eingang der Steuererklärungen müssen sie eingescannt und an den Auftraggeber zurückgegeben sein. Das Scan-Center hat aber auch andere Aufgaben, sie scannen schon nicht nur Steuererklärungen ein, sondern sie haben z.B. alle Personaldossiers der Stadt Winterthur eingescannt, die wir heute digital verwalten und nicht mehr in Hängemäppchen o.ä. hat. Oder das Papierarchiv vom DSO. Das Scan Center hat sich an einem Ausschreibeverfahren des Kanton Solothurn beteiligt, bei dem es darum geht, dass der Kanton Solothurn seine Steuererklärungen einem neuen Anbieter zum Einscannen geben möchte. Der Kanton Solothurn war bisher bei einem anderen Anbieter. Zuerst bei einer Firma, die in amerikanischen Händen war, was offensichtlich die Gefahr mit sich brachte, dass diese Steuererklärungen auch von amerikanischen Behörden hätten eingesehen werden können. Das wollte der Kanton Solothurn natürlich nicht und deshalb haben sie den Auftrag mit dieser Firma gekündigt und suchen nun einen neuen Anbieter, der diese Steuererklärungen einscannt. Ganz wichtig für den Kanton Solothurn ist, dass sie einen vertrauenswürdigen Anbieter haben, damit sie nicht in Gefahr laufen, dass ihre Steuererklärungen in falsche Hände geraten könnten. Man beteiligte sich am Ausschreibeverfahren, selbstverständlich unter dem Vorbehalt, dass der Grosse Gemeinderat diesem Investitionskredit auch zustimmt.

Was kommt dazu? Man arbeitet da schon länger mit einer Firma zusammen, mit dieser Interact Consulting AG. Mit dieser Firma hat man bereits eine sehr lange Zusammenarbeit, die Interact Consulting AG macht den technischen Teil dieses Scannens. Mengenmässig geht es um 185'000 zusätzliche Steuererklärungen, die man in den Jahren 2020 – 2024, also 5 Jahre lang, für den Kanton Solothurn einscannen würde. Es ist offen, ob dieser Vertrag danach weitergeführt würde – das könnte durchaus möglich sein. Es geht darum, dass man Bilder erstellt aus den Steuererklärungen, Daten herausliest usw. Es kommt nochmals ein Volumen von ca. 50% mehr auf das Scan Center zu, das ist ein grosses Volumen, es ist ein grosser Auftrag. Damit man dieses Volumen verarbeiten kann, braucht es einen zusätzlichen Scanner, es braucht mehr Personal, es braucht 8.5 Stellen mehr. Dabei geht man davon aus, dass 4 Stellen Festangestellte wären, der Rest im Stundenlohn angestellte Personen, die in gewissen Zeiten dann nicht für das Scan Center arbeiten, und es braucht ein bisschen mehr Räumlichkeiten, v.a. in der Hochsaison. Die Hochsaison dauert dann ein bisschen länger. Das Scan Center hat dann die Möglichkeit, ein bisschen länger sehr hoch ausgelastet zu sein. Das weiss man ja, man muss die Steuererklärungen bis Ende März einreichen, bei den Unternehmungen ein bisschen später. Mit dem Kanton Solothurn hat man ein spezielles Abkommen, so dass man auch ein wenig mehr Zeit hätte, um diese Steuererklärungen einzuscannen.

Der Antrag an den Gemeinderat ist ein Investitionskredit, das habe ich schon gesagt. Fr. 576'000 sind es ganz genau. Die Betriebskosten, quasi die Folgekosten, sind 1.2 Mio., davon

sind Fr. 730'000 Personalkosten (8.5 Stellenwerte) und die Miete ist in diesen 1.2 Mio. auch enthalten. Der Ertrag ist rund 1.4 Mio. Daraus resultiert dann ein Nettogewinn von ca. Fr. 230'000. Das Geschäft ist nicht wahnsinnig risikoreich. Wenn man das macht, dann gibt es eigentlich kaum Risiken. Die wesentlichen Eckpfeiler werden im Vertrag mit dem Kanton Solothurn festgelegt. Es geht darum, dass man die Menge, den Preis, die geforderte Qualität und die Laufzeit des Vertrages fixiert. Das finanzielle Risiko ist von daher sehr übersichtlich. Die Investition von Fr. 576'000 wird über die Dauer des Auftrages bis 2024 abgeschrieben und der Vorteil ist sicher, dass man Arbeitsplätze schaffen kann im Bereich von wenig qualifizierten Menschen. Es sind sehr einfache Arbeiten, die aber trotzdem eine hohe Konzentration brauchen. Das sind oft auch Leute, die von der Sozialhilfe abhängig sind oder über das RAV dorthin kommen und so ihre Abhängigkeit reduzieren können. Der Vorteil ist sicher, dass das Scan Center einen höheren Kostendeckungsgrad hat, den Gewinn um Fr. 230'000 steigern kann und die Auslastung der Infrastruktur. Wenn das Scan Center den Auftrag nicht erhält, dann ist das Ganze obsolet und selbstverständlich gegenstandslos, was wir heute Abend beschliessen.

Damit zur Haltung der SP: Die SP stimmt dem Investitionskredit zu. Wir denken, das ist eine Chance für Winterthur. Wir haben hohe Kompetenzen, das Scan Center hat hohe Kompetenz im Einlesen von Steuererklärungen. Sie waren bei den ersten, die so etwas überhaupt angeboten haben. Ich denke, das macht Sinn, da gewinnt man sehr viel: Auf der Geldebene, aber auch im Bereich von Einsatz von Personal, das wenig qualifiziert ist. Die SP unterstützt diesen Antrag und hofft, dass auch die Unterstützung von anderen Seiten da ist.

Ratspräsident F. Landolt: Es gibt einen Ablehnungsantrag, Chantal Leupi bitte.

**Ch. Leupi (SVP):** Nach langer interner Diskussion stellt die SVP-Fraktion einen Ablehnungsantrag zu diesem Geschäft.

Der Stadtrat schreibt in seiner Weisung zum Investitionskredit von Fr. 576'000 für die Übernahme des Scanning Auftrags des Kantons Solothurn durch das Steueramt Winterthur, dass der Nutzen und die Motivation dieses Investments primär darin bestehen, mehr Ertrag für die Stadtkasse Winterthur zu generieren und dadurch neue Arbeitsplätze in Winterthur zu schaffen. Dabei scheint der Stadtrat zwei grundlegende Voraussetzungen eines gesunden und schlanken Staatshaushalts, ob bewusst oder unbewusst sei hier mal dahingestellt, zu missachten.

Nämlich einerseits, dass gesunde Staatsfinanzen nicht primär durch Mehreinnahmen aus staatshoheitlich nicht notwendiger Quelle generiert und wie im vorliegenden Fall erkauft werden darf und dass andererseits ein schlanker Staat nicht zum stellvertretender Stellenschaffer der Privatwirtschaft werden darf, indem er seine eigene Verwaltung immer weiter aufbläht. Vielmehr liegt die Aufgabe des Staates darin, die geeigneten Rahmenbedingungen zu bilden, damit mehr private Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Letzteres ist auch der Hauptgrund unseres Ablehnungsantrags zum vorliegenden Investitionskredit: Der stetig ansteigende Stellenetat bei der städtischen Administration. Diesem scheinbar urgewaltigen Drang nach innerer Vermehrung muss der Stadtrat endlich Einhalt gebieten.

Wäre der vorliegende Stadtratsantrag wenigstens ohne Erhöhung des städtischen Stellenetats dahergekommen, wäre er auch bei uns unter einem besseren Stern dagestanden. Aber auch vor dem Hintergrund, dass der Stadtrat selber schreibt, die Digitalisierung von Steuererklärung künftig durch die Möglichkeit der Online-Einreichung bald abnehmen wird, lässt die Stellenerhöhung schief in der Landschaft stehen. In dieser Form können wir aus den genannten Gründen diesem Investitionskredit nicht zustimmen und stellen deshalb den Ablehnungsantrag.

**M. Wäckerlin (GLP/PP):** Vielen Dank, Chantal, für Deinen Ablehnungsantrag. Ich bedaure, dass die SVP diesen nicht schon in der AK gebracht hat, ich hätte den sehr gerne mit Euch diskutiert. Der Antrag wurde leider in der AK ohne Gegenstimme angenommen, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Von daher kommt das ein bisschen unvorbereitet, aber ich nehme trotzdem gerne Stellung und ich werde trotzdem mit meiner Fraktion dabeibleiben,

dass wir dem am Schluss zustimmen. Und zwar aus folgenden Gründen: Du sagst, die Stellen, die da aufgebaut werden, seien Dir ein Dorn im Auge. Das kann ich grundsätzlich zwar verstehen, aber Yvonne Beutler hat uns in der Aufsichtskommission versichert, dass es ein Gewinn-Geschäft sein wird, dass es konservativ gerechnet ist und dass es, auch wenn einiges schieflaufen würde, immer noch ein Gewinngeschäft ist. Die Stadt hat ein Scan Center, die Stadt hat sich dieses Know-how aufgebaut. Es ist ein bisschen ein spezielles Know-how. Ein Scan Center braucht man wirklich nicht so oft. Die meisten Büros sind nicht so lahm wie der Staat und haben schon lange auf elektronische Verarbeitung umgestellt und brauchen das gar nicht mehr. Es ist nur etwas Vorübergehendes. Irgendwann einmal werden hoffentlich alle Steuererklärungen vollelektronisch und ohne Ausdrucken und Unterschreiben einer Quittung funktionieren. Aber diese Weisung kommt genau als das daher: Es ist eine vorübergehende, provisorische Lösung, über 5 Jahre limitiert. Es ist zeitlich sehr stark limitiert. Wenn das nicht der Fall wäre, hätte ich auch Nein gesagt. Ich habe mir wirklich in der Aufsichtskommission Mühe gegeben, zu suchen, ob da irgendwo ein Haar in der Suppe ist und ich habe keines gefunden. Entsprechend werde ich dem nun zustimmen müssen. Aber selbstverständlich, Yvonne, ich hoffe, Du bestätigst das am Schluss nochmals, gehe ich davon aus, dass diese Stellen nur befristet aufgebaut werden und wenn das Geschäft vorbei ist, werden diese Stellen auch wieder abgebaut. Für das Protokoll: Yvonne hat genickt. Von daher mache ich mir da keine Sorgen. Es sind alles Sachen, die ich mir auch überlegt habe. Die Gewinnspanne ist an und für sich gut. Es gibt akkumuliert am Schluss einen Gewinn von 1.167 Mio., jährlich Fr. 233'000. Es ist nicht ein Haufen, aber es ist immerhin etwas. Und vor allem: Wir haben das aufgebaut, wir können das nutzen, wir können die Infrastruktur auch zur Verfügung stellen. Ich denke, das ist etwas, das unter dem Strich Sinn macht. Daher wird unsere Fraktion das trotz dem Ablehnungsantrag unterstützen.

Th. Deutsch (EVP/BDP): Ich muss zugeben, ich war auch ein bisschen skeptisch. Uns wurde immer wieder gesagt, man müsse das Scan Center besser auslasten, die Infrastruktur besser nutzen. Ob wir das mit dem Scannen von Steuererklärungen erreichen? Es wurde in der AK aber plausibel dargelegt, dass man mit diesem Auftrag den Peak aber nicht vergrössern, sondern verbreitern kann. Das heisst: Obwohl Steuererklärungen immer zur gleichen Zeit Saison haben, findet tatsächlich eine bessere Auslastung statt. Steuererklärungen einscannen ist das Fachgebiet unseres Scan Centers. Wir sind Pioniere auf diesem Gebiet und haben eine gute Reputation. Was die Kosten angeht, diese Investitionen: Die fallen nur an, wenn Solothurn uns den Auftrag auch gibt. Wir gehen nicht in eine Vorleistung und setzen dafür Geld ein, auch weil die Offerte sehr konservativ berechnet ist, aber trotzdem kompetitiv ist. Wir finden das daher eine gute Sache und werden der Weisung zustimmen und beim Ablehnungsantrag Nein stimmen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Warum soll man gegen ein Geschäft sein, das 5 x rund Fr. 230'000 in die Kasse spült? Das ist in etwa die Zusammenfassung. Das Geschäft wurde ausführlich vorgestellt, viel zu ergänzen gibt es nicht. Natürlich ist Scanning, insbesondere wenn man es für Dritte macht, keine klassisch hoheitliche Tätigkeit. Aber das Steueramt konnte darlegen, dass zurzeit keine andere potentiellen Kunden in Aussicht sind und dass man mit der Vereinbarung mit dem Kanton Solothurn die Spitze eher glätten kann. Im Übrigen gilt es schon zu erwähnen, dass genau mit diesem Geschäft Jobs mit tiefen Anforderungen geschaffen werden - und von denen haben wir in der Stadt Winterthur einfach zu wenige. Und dann möchte ich doch auch noch darauf hinweisen: Stadträtin Yvonne Beutler musste heute Abend diverse Kritik hören. Ich finde zu unrecht. Aber in diesem Fall muss man sehen: Diese Chance hätte man auch einfach vorbeiziehen lassen können, die Hände in den Hosensack stecken und sagen können, das würde ja einen Mehraufwand bedeuten. Einen zwar bereits jetzt geleisteten Mehraufwand, aber trotzdem Mehraufwand. Und deshalb vielen Dank für dieses innovative Handeln des Scanning Centers, vom Steueramt und von der Stadträtin Yvonne Beutler.

I. Kuster (CVP/EDU): Wir von der CVP/EDU-Fraktion begrüssen es, dass sich das Scan Center um den Auftrag von Solothurn beworben hat und so die Auslastung und den Kosten-

deckungsgrad verbessern will. Und das, obwohl die Steuererklärungen in etwa zur gleichen Zeit stattfinden. Aber Thomas hat das ja schon erwähnt, sie können die Auslastung verbreitern. Unsere Frage, ob die Kalkulation Kostendeckung zu Vollkostenrechnung erfolgt sei, wurde bejaht. Infolgedessen werden wir das natürlich in den Folgejahren aufmerksam weiterverfolgen, ob sich diese Prognose erfüllt. Und wir hoffen natürlich, dass der versprochene Gewinn erreicht oder sogar übertroffen wird und gehen davon aus, dass die Inflation und Kostensteigerungen genügend berücksichtigt wurden. Für uns ist ein weiterer positiver Aspekt, dass die Räumlichkeiten im Superblock, nämlich 100m², ganzjährlich vermietet werden können. Deshalb stimmen wir von der CVP/EDU-Fraktion dem Kredit zu.

**U. Hofer (FDP):** Wenn sogar Marc kein Haar in der Suppe finden kann, dann steht auch die FDP-Fraktion dahinter... Nein, im Ernst, wir begrüssen das explizit. Wir sehen das anders als die SVP. Wir haben in der Vergangenheit immer Ressourcenoptimierung gepredigt und unterstützen einen Vorstoss, der eine realistische Chance hat, dieser Predigt gerecht zu werden. Wir begrüssen besonders, dass es auf sinnvollen betriebsökonomischen Überlegungen basiert, initiativ ist und nicht bloss reaktiv, sorgfältig geprüft wurde und eben dazu führen kann, dass bestehende Ressourcen in der Stadt besser genutzt werden können. Und natürlich auch den finanziellen Beitrag zu gesunden Stadtfinanzen. Klar hat das Projekt auch Risiken, ungewisse Komponenten bzw. Faktoren, die nicht in unserem Einflussbereich liegen. Es wäre nicht vernünftig zu glauben, dass wir im worst case nicht auch Geld liegen lassen könnten, aber das spricht für uns nicht dagegen, denn es ist insgesamt viel besser begründet und abgeklärt als Ocean Breeze, Biorender, Swiss Power etc. dahergekommen ist. Also wir stehen dem Projekt nicht im Weg und danken für die Initiative.

Stadträtin Y. Beutler: Vielen Dank für die positive Aufnahme. Das Steueramt wird sich sehr darüber freuen. Ich kann mich nur dem anschliessen, was Christian Griesser gesagt hat: Sie hätten auch einfach nichts machen müssen. Denn das grösste Risiko, das sie im Moment haben, ist das Reputationsrisiko. Wir haben bei der Lancierung auf Seite 5 des Landboten unten links zwei Spalten erhalten. Wenn es nicht kommen sollte, haben wir dann vermutlich die Titelseite, wenn wir den Zuschlag nicht erhalten. Aber ich finde es wirklich toll, dass das Scan Center so unternehmerisch denkt, dass es sich dem Wettbewerb stellt und natürlich braucht es zusätzliche Stellen, dass sie Ertrag erwirtschaften können. Es ist nicht möglich, 50% mehr Menge mit dem gleichen Stellenetat abzudecken. Aber ich glaube, diese Stellen, die mehr als nur refinanziert sind, die lohnen sich auch aufzubauen. Das Scan Center arbeitet jetzt schon zur Hauptsache mit temporären Arbeitskräften, mit weniger Festangestellten, und so wird das auch dort sein. Letztlich wird es eine Planung geben für den quasi ordentlichen Scan-Prozess mit Leuten, die festangestellt sind, damit es da dann nicht zu Entlassungen kommen sollte, wenn der Auftrag dann fertig ist. Was auch wichtig ist: Die Investitionen werden über 5 Jahre abgeschrieben. 5 Jahre sind eine überschaubare Grösse, wenn man schaut, wie wenige Steuererklärungen bis jetzt digital eingereicht werden. Was auch wichtig ist: Auch bei denen, die digital eingereicht werden, muss gescannt werden, auch denen erhält man Pauschalen, obwohl man viel weniger zu tun hat. In dieser Hinsicht ist es wirklich sinnvoll.

Mir war wichtig, dass wir keinen Privaten konkurrenzieren. Wir haben abgeklärt, ob es jemanden gibt auf dem Platz Winterthur, der die Anforderungen gemäss der Submission erfüllen würde für einen solchen Auftrag. Wir haben in dem Sinne niemanden gefunden und wir denken nicht, dass es an uns ist, für andere Städte und Gemeinden für andere Erträge zu sorgen, wenn wir die auch für uns machen könnten.

Was mir auch wichtig ist: Es ist nicht eine Gebührenerhöhung, die jetzt zusätzliches Geld bringt, sondern es ist wirklich unternehmerische Tätigkeit des Steueramtes. Wenn man der Verwaltung Beamtentum und was auch immer vorwirft – ich glaube, das ist wirklich ein sehr positives Gegenbeispiel, wie da gehandelt wird. Es wurde auch gesagt: Es wurde mit dem Vorsichtsprinzip gerechnet. Ich kann Euch sagen, wenn das Steueramt «Vorsichtsprinzip» sagt, dann ist das so etwas von unglaublich vorsichtig, dass ich manchmal dachte, ob sie den Auftrag überhaupt wollen oder nicht. Es ist wirklich alles sehr, sehr vorsichtig gerechnet

und von daher denke ich, dass das Risiko wirklich hauptsächlich in der Reputation besteht. Es ist eine Balance-Massnahme, die mehr als erfüllt wird dadurch.

Ich habe es vorher nachgerechnet: Es wären 777 Bänkli, die man für dieses Geld in diesen 5 Jahren in der Stadt aufstellen könnte. Ich fände es schön, man könnte das Geld anderswo einsetzen als für Bänkli, aber ich würde mich sehr freuen, wenn wir so rund 1 Mio. für die Winterthurer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erwirtschaften könnten.

Ratspräsident F. Landolt: Besten Dank. Wir kommen zur Abstimmung über den Investitionskredit von Fr. 576'000 für die die Übernahme des Scanning Provider-Auftrags des Kantons Solothurn durch das Steueramt Winterthur.

Wer diesem Investitionskredit zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Wer das ablehnt, soll das ebenfalls bezeugen durch Handerheben.

Der Antrag wurde mit einer grossen Mehrheit angenommen.

## Bürgerrechtsgeschäfte

1. B2016/022: GOVORI Smajl, geb. 1960, mit Kind Marigona, geb. 2000, kosovarische Staatsangehörige

**M. Gubler (SVP):** Wir haben das Gesuch geprüft und um ein halbes Jahr zurückgestellt mangels Staatskundekenntnissen.

Ratspräsident F. Landolt: Gibt es Wortmeldungen dazu?

Dann haben Sie Herrn Smajl Govori ein halbes Jahr zurückgestellt.

B2016/030: TETIKASAR geb. KANSIZ Zühal, geb. 1963, türkische Staatsangehörige

**Ratspräsident F. Landolt:** Traktandum 2 ist eine einstimmige Aufnahme. Gibt es Wortmeldungen?

Dann haben Sie Frau Zühal Tetikasar ins Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen.

3. B2016/060: KUBASIK geb. YAGICIBULUT Fatma, geb. 1975, mit Kindern Arda, geb. 2005, und Araz, geb. 2007, türkische Staatsangehörige

**M. Steiner (SP):** Die BüK stellt mit 7:0 den Antrag, das Gesuch der Familie Kubasik um ein halbes Jahr zurückzustellen. Grund sind ungenügende Kenntnisse des befragten Stoffes.

Ratspräsident F. Landolt: Gibt es Wortmeldungen dazu? Dann haben Sie dieser Rückstellung zugestimmt.

- 4. B16/068: VRBAN Mijo, geb. 1965, kroatischer Staatsangehöriger
- 5. B16/070: KELMENDI Arbnora, geb. 1977, mit Kind JUNIKU Ensar, geb. 2016, kosovarische Staatsangehörige

**Ratspräsident F. Landolt:** Traktandum 4 und 5 sind einstimmige Aufnahmen. Gibt es Wortmeldungen?

Dann haben Sie Herrn Mijo Vrban und Frau Arbnora Kelmendi mit Sohn Ensar Juniku ins Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen.

6. B2016/097: SENCHEREY Peter Nana Kofi, geb. 1962, mit Kindern Petra Nana, geb. 2004, Kenneth Nana Yaw, geb. 2006, und Melissa Nana, geb. 2010, ghanaische Staatsangehörige

**G. Milosevic (Grüne/AL):** Peter Nana Kofi Sencherey ist von der BüK zurückgestellt worden, auch mangels Kenntnissen in der Staatskunde.

Ratspräsident F. Landolt: Gibt es Wortmeldungen dazu? Dann haben Sie dieser Rückstellung zugestimmt.

- 7. B2016/118: SHILLOVA geb. BUZOKU Valentina, geb. 1989, kosovarische Staatsangehörige
- 8. B2016/128: JUEN geb. SOKÓL Jolanta, geb. 1963, und Ehemann JUEN Hermann, geb. 1945, österreichische Staatsangehörige
- 9. B2016/130: MAYE MOHAMED Ruchia, geb. 1964, somalische Staatsangehörige
- 10. B2016/131: PAUNOVIC Danijela, geb. 1988, serbische Staatsangehörige
- 11. B2016/132: SENKAL Murat, geb. 1974, türkischer Staatsangehöriger
- 12. B2016/135: WENDEL Jörg, geb. 1970, und Ehefrau WENDEL geb. KRUFT Bettina, geb. 1970, mit Kindern Jakob Maximilian, geb. 2000, und Rebekka Luisa, geb. 2006, deutsche Staatsangehörige
- 13. B2016/136: WURST Annalotte, geb. 1963, deutsche Staatsangehörige
- 14. B2016/137: BYTYQI geb. SHALA Safije, geb. 1982, mit Kindern Jonida, geb. 2007, und Elson, geb. 2009, kosovarische Staatsangehörige
- 15. B2016/138: CALIEBE Alexander, geb. 1978, deutscher Staatsangehöriger
- 16. B2016/139: FERRO geb. MERMELSTEIN Lorena Regina, geb. 1974, argentinische Staatsangehörige
- 17. B2016/140: FUSCO Antonio, geb. 1964, italienischer Staatsangehöriger
- 18. B2016/142: GUNTERMANN Axel Peter Hermann, geb. 1966, deutscher Staatsangehöriger

**Ratspräsident F. Landolt:** Traktandum 7 – 18 sind alles einstimmige Aufnahmen. Gibt es Wortmeldungen?

Dann haben Sie Frau Valentina Shillova, Frau Jolanta Juen und Herrn Hermann Juen, Frau Ruchia Maye Mohamed und Frau Danijela Paunovic ins Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen. Sie haben Herrn Murat Senkal, Herrn Jörg Wendel und Frau Bettina Wendel mit Kindern Jakob Maximilian und Rebekka Luisa ins Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen und Frau Annalotte Wurst ebenfalls. Sie haben Frau Safije Bytyqi mit Kindern Jonida und Elson ins Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen. Sie haben Herrn Alexander Caliebe, Frau Lorena Ferro, Herrn Antonio Fusco und Herrn Axel Peter Hermann Guntermann ins Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen.

19. B2016/143: LESCHKE Wolfram Bernhard, geb. 1953, deutscher Staatsangehöriger

Das Traktandum ist noch nicht behandlungsreif.

- 20. B2016/144: NEJI Okba, geb. 1969, mit Kindern Malhek, geb. 2005, und Zied, geb. 2007, tunesische Staatsangehörige
- 21. B2016/145: PATZKE Marc, geb. 1968, und Ehefrau PATZKE geb. WICHMANN Jessica, geb. 1975, mit Kindern Amelia, geb. 2012, und Celia, geb. 2014, deutsche Staatsangehörige

**Ratspräsident F. Landolt:** Traktandum 20 und 21 sind einstimmige Aufnahmen. Gibt es Wortmeldungen?

Dann haben Sie Herrn Okba Neji mit Kindern Malhek und Zied ins Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen und gleichzeitig Herrn Marc Patzke und Frau Jessica Patzke mit Kindern Amelia und Celia ins Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen.

22. B2016/146: PINHEIRO REGO Basílio António, geb. 1978, mit Kind GOMES REGO Gonçalo Basílio, geb. 2006, portugiesische Staatsangehörige

Das Traktandum ist noch nicht behandlungsreif.

- 23. B2016/147: RODRIGUEZ VALER Raymar Jesus, geb. 1972, und Ehefrau RODRIGUEZ CARBALLOSA Idalmis, geb. 1974, mit Kind RODRIGUEZ RODRIGUEZ Lia, geb. 2001, kubanische Staatsangehörige
- 24. B2016/148: SCHICHT Olivier Olaf, geb. 1970, deutscher Staatsangehöriger
- 25. B2016/150: SEKER Erdal, geb. 1969, türkischer Staatsangehöriger
- 26. B2017/007: NZULI Ngui Kioko, geb. 1971, mit Kindern Happiness Zawadi, geb. 2008, Joy Wanjiru, geb. 2010, und Blessing Mumbe, geb. 2016, kenianische Staatsangehörige

**Ratspräsident F. Landolt:** Traktandum 23 – 26 sind einstimmige Aufnahmen. Gibt es Wortmeldungen?

**27**.

Dann haben Sie Herrn Raymar Jesus Rodriguez Valer und Frau Idalmis Rodriguez Carballosa mit Kind Lia ins Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen. Sie haben Herrn Olivier Olaf Schicht ins Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen und ebenfalls Herrn Erdal Seker. Sie haben Herrn Ngui Kioko Nzuli mit Kindern Happiness Zawadi, Joy Wanjiru und Blessing Mumbe ins Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen.

B2017/017: SPASOVSKA geb. TRAJKOVSKA Vesna, geb. 1966, mazedo-

nische Staatsangehörige		
Das Traktandum ist noch n	icht behandlungsreif.	
Mit dem vorliegenden Proto	koll erklären sich einverstanden:	
Der Präsident:	Die 1. Vizepräsidentin:	Der 2. Vizepräsident:
F. Landolt (SP)	A. Steiner (GLP)	A. Geering (CVP)